



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Zwischen Klassenzimmer und Wahlkabine: Der Einfluss des Unterrichtsfachs
Geschichte und Politische Bildung auf die politische Willensbildung
Jugendlicher in Österreich

verfasst von | submitted by

Michael Nemeth BEd

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Education (MEd)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 199 500 511 02

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Lehramt Sek (AB) Unterrichtsfach
Bewegung und Sport Unterrichtsfach Geschichte
und Politische Bildung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Johannes Brzobohaty

Vorwort

Sich eine eigene Meinung bilden können ist schwer, vor allem im jugendlichen Alter. Daher habe ich es mir zur Aufgabe gesetzt, dies zu ändern. Ich möchte Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, sich mit den verschiedensten Fragen auseinandersetzen zu können, auch und gerade im politischen Kontext. Die Wahl des Themas kam für mich sehr früh, denn diese Forschungsarbeit sollte an meine Bachelorarbeit anschließen, die unter dem Titel *„Förderung des reflexiven Denkens der Schülerinnen und Schüler im Unterrichtsfach Politische Bildung und Recht durch die Analyse der Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien im Nationalrat zum Thema Bildung“* geschrieben wurde. Die Entwicklung und Förderung der politischen Willensbildung ist für mich ein zentraler Baustein für das Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung. Es stimmt mich besonders nachdenklich, dass junge Österreicherinnen und Österreich ihr Wahlrecht nicht oder nicht ausreichend wahrnehmen. Um diesen Missständen zu begegnen, wurden auf Grundlage empirischer Daten Lösungsvorschläge entwickelt, die in Schulen praktisch umgesetzt werden können. Denn es ist wichtig, sich in einer so turbulenten Welt eine eigene Meinung bilden zu können, diese zu verteidigen und auch weiterzuentwickeln.

Zu Beginn möchte ich meiner Familie danken, die mir durch ihre finanzielle und ermutigende Unterstützung das Studium überhaupt erst ermöglicht hat. Mein besonderer Dank gilt jedoch meiner Freundin Sarah Pehr, MEd, BEd, die mich in allen Phasen dieser Arbeit begleitet, mich in jeder Situation unterstützt und die Arbeit sorgfältig Korrektur gelesen hat. Ein herzliches „Vergelt’s Gott“ richte ich zudem an meinen Direktor Mag. Klaus Pahr vom Wimmer Gymnasium Oberschützen, der mir während des Forschungsprozesses dieser Arbeit eine große Hilfe war. Ebenso danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen im Fach Geschichte und Politische Bildung für ihr Vertrauen und die Gelegenheit, meine Erhebung im Rahmen ihres Unterrichts durchführen zu dürfen. Nicht zuletzt möchte ich auch die Schülerinnen und Schüler des Wimmer Gymnasiums Oberschützen erwähnen: Über 70 Jugendliche der Klassen 6M, 7A, 7M, 8A, 8B und 8M im Schuljahr 2024/2025 nahmen an der Umfrage teil und trugen damit maßgeblich zu einer soliden Datenbasis für die Auswertung bei – vielen Dank!

Mein größter Dank gilt jedoch meinem Professor Mag. Dr. Johannes Brzobohaty, der mich während des gesamten Prozesses mit großem Engagement betreut hat. Seine fachliche Begleitung, seine stets zuverlässige Unterstützung und die intensive Zusammenarbeit auf

hohem Niveau haben diese Arbeit entscheidend geprägt. Gerne denke ich an unsere Gespräche zurück, in denen wir die Inhalte detailliert diskutierten. In jedem seiner Seminare konnte ich wertvolles Wissen gewinnen, und ich bin sehr dankbar, meine Masterarbeit unter seiner Betreuung verfasst zu haben.

Abstract

Die vorliegende Masterarbeit untersucht, welchen Beitrag schulische Bildung zur Entwicklung politischer Orientierung von Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren leisten kann. Die Untersuchung stützt sich auf eine Mixed-Methods-Studie mit mehr als 70 Schülerinnen und Schülern des Wimmer Gymnasiums Oberschützen. Mittels eines Fragebogens wurden sowohl die Wissensbestände der Befragten hinsichtlich politischer Institutionen und Prozesse als auch ihre Einstellungen, Interessen und Erwartungen an politische Bildung erfasst. Die Forschungsarbeit leistet einen Beitrag zur Diskussion um die Bedeutung politischer Bildung im schulischen Kontext und formuliert Implikationen für Unterricht und Bildungspolitik. Es lässt sich feststellen, dass politische Bildung eine zentrale Voraussetzung für die Förderung demokratischer Werte sowie für die aktive Partizipation junger Menschen darstellt.

This master's thesis examines the contribution that school education can make to the development of political orientation among young people aged between 16 and 18. The study is based on a mixed-methods study involving more than 70 pupils at Wimmer Gymnasium Oberschützen. A questionnaire was used to assess the respondents' knowledge of political institutions and processes as well as their attitudes, interests and expectations regarding political education. The research contributes to the discussion on the importance of political education in the school context and formulates implications for teaching and education policy. It can be concluded that political education is a central prerequisite for promoting democratic values and for the active participation of young people.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
1.1	Forschungsvorhaben.....	1
1.2	Aktueller Forschungsstand	2
1.3	Aufbau und Methodik	4
1.4	Forschungsmethode „Mixed Methods“	6
1.4.1	Empirische Forschung.....	6
1.4.2	Unterschiede der beiden Forschungsmethoden	7
1.4.3	Methodenmix	8
1.5	Begründung der Themenwahl	8
2.	Politische Bildung als Unterrichtsfach	10
2.1	Der Werdegang des Unterrichtsfachs im österreichischen Bildungssystems	10
2.1.1	Die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn (bpb)	16
2.1.2	Die Landeszentralen für politische Bildung in Deutschland.....	16
2.1.3	Politische Bildung im Bereich Schule (Volksschule, Mittelschule, Berufsschule, Gymnasium, Berufsbildende mittlere und höhere Schulen)	16
2.1.4	Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen.....	17
2.1.5	Die Erwachsenenbildung.....	17
2.1.6	Das österreichische Bundesheer	18
2.1.7	Die politischen Vereine	18
2.1.8	Das Zentrum Polis	19
2.1.9	Fazit	19
2.2	Das österreichische Kompetenzmodell für Politische Bildung.....	20
2.2.1	Die Kompetenzen der politischen Bildung	20
2.2.2	Die Ziele der politischen Bildung in der Schule	27
2.2.3	Die Umsetzung in die Praxis	28

2.3	Lehrplanbezug	31
2.3.1	AHS-Oberstufe	33
2.3.2	BHS (am Beispiel Handelsakademie)	36
2.4	Aktuelle Umfragen zum politischen Interesse bei Jugendlichen	40
2.4.1	Ö3 Jugendstudie 2025	41
2.4.2	Demokratie Monitor 2024	42
2.4.3	Junge Menschen und Demokratie in Österreich 2023	43
2.4.4	Politische Partizipation von Jugendlichen bei der EU-Wahl 2024.....	48
2.5	Schulisches und außerschulisches Angebot	49
2.5.1	Schulisches Angebot	50
2.5.2	Außerschulisches Angebot	51
2.5.3	Politische Bildung in anderen Staaten.....	52
2.5.4	Die Problematik und die Angebote für Nichtwählerinnen und Nichtwähler	53
3.	Empirische Erhebung	60
3.1	Das Erhebungsinstrument Fragebogen.....	60
3.1.1	Testgütekriterien	61
3.1.2	Testarten	64
3.1.3	Analyse des Fragebogens nach Testgütekriterien.....	65
3.2	Vorstellung des Fragebogens.....	68
3.2.1	Mixed Methods-Forschungsmethode	68
3.2.2	Qualitative Inhaltsanalyse	69
3.2.3	Quantitative Inhaltsanalyse	70
3.2.4	Fragebogenbeschreibung.....	70
3.3	Vorgangsweise bei der Unterrichtsforschung.....	73
4.	Auswertung der Ergebnisse mittels Excel.....	75
4.1	Demographische Daten	75
4.2	Politisches Interesse und Informationsquellen	76

4.3	Befugnisse des Bundespräsidenten	79
4.4	Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung	81
4.5	Politische Partizipation und direkte Demokratie	82
4.6	Fragen für Nichtwählerinnen und Nichtwähler	84
4.7	Politische Bildung in der Schule	85
4.8	Zusatzfragen	85
4.9	Auffälligkeiten	87
4.10	Zusammenfassung	88
5.	Interpretation der Ergebnisse	90
5.1	Interpretation von Testresultaten in der Theorie	90
5.2	Politisches Interesse und Mediennutzung	91
5.3	Politisches Wissen und kognitive Kompetenzen	92
5.4	Einflussfaktoren auf politische Sozialisation	93
5.5	Politische Beteiligung und direkte Demokratie	94
5.6	Wahrnehmung und Bewertung schulischer politischer Bildung	95
5.7	Gesamtdeutung	96
6.	Resümee und Ausblick	99
6.1	Limitierung der Forschung	99
6.2	Handlungsempfehlungen	100
6.2.1	Empfehlungen für die schulische politische Bildung	101
6.2.2	Didaktische Empfehlungen für den Unterricht	102
6.2.3	Förderung digitaler Medienkompetenz	102
6.2.4	Kooperation mit außerschulischen Akteurinnen und Akteuren	104
6.2.5	Zielgruppenorientierung und Diversität	105
6.2.6	Fazit der Forschungsergebnisse	106
6.3	Resümee der Arbeit	106
7.	Quellen- und Literaturverzeichnis	110

7.1	Primärquellen	110
7.2	Sekundärliteratur	111
7.2.1	Bücher (Monographien)	111
7.2.2	Beiträge in Sammelbänden.....	113
7.2.3	Berichte und Dokumente von Organisationen	113
7.2.4	Online-Quellen	114
7.2.5	Universitätsdokumente.....	116
8.	Weitere Verzeichnisse.....	117
8.1	Abbildungsverzeichnis	117
8.2	Tabellenverzeichnis	118
9.	Anhang	119
9.1	Fragebogen.....	119
9.2	Forschungsergebnisse.....	129

1. Einleitung

Die vorliegende Forschungsarbeit, welche den Titel „Zwischen Klassenzimmer und Wahlkabine: Der Einfluss des Unterrichtsfachs Geschichte und Politische Bildung auf die politische Willensbildung Jugendlicher in Österreich“ trägt, untersucht die politische Willensbildung bei Schülerinnen und Schülern von 16 bis 18 Jahren unter der Berücksichtigung des Unterrichtsfachs Geschichte und Politische Bildung. Dabei wurde eine Untersuchung am Privaten Evangelischen Gymnasium mit musikalischem Schwerpunkt, kurz Wimmer Gymnasium Oberschützen, mit über 70 Probandinnen und Probanden durchgeführt. Die Befragung mittels Online-Fragebogen beinhaltete sowohl geschlossene als auch offene Fragen sowie Fragen über ihr Interesse an der Tagespolitik und Wissensfragen über das politische System in Österreich und der EU. Im Kapitel „Einleitung“ wird Auskunft über das Forschungsvorhaben, den aktuellen Forschungsstand, den Aufbau und die Methodik der Arbeit sowie die Forschungsmethode „Mixed Methods“ gegeben. Am Ende dieses Kapitels begründet der Autor seine Themenwahl und rundet so das erste Kapitel der Masterarbeit ab.

1.1 Forschungsvorhaben

Die zentrale Forschungsfrage dieser Masterarbeit lautet: **„Inwieweit kann die politische Willensbildung von Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 16 und 18 Jahren in Österreich durch schulische Bildung gefördert werden?“**. Im Verlauf der geplanten wissenschaftlichen Arbeit soll diese Forschungsfrage mithilfe einer Befragung und der Auseinandersetzung mit der aktuellen Forschung rund um diese Thematik beantwortet werden. Außerdem sollen weitere, kleinere Fragestellungen zur Optimierung im Schreibprozess und der Auswertung dienen. Die Kernfragen und Unterfragestellungen sind:

- Welche Kenntnisse über politische Prozesse und Institutionen besitzen Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren in Österreich?
- Wie bewerten Schülerinnen und Schüler den Unterricht im Fach Geschichte und Politische Bildung in Bezug auf dessen Relevanz für ihr politisches Verständnis?
- Welche Rolle spielt das Interesse der Schülerinnen und Schüler am Fach Geschichte und Politische Bildung für die Entwicklung ihrer politischen Willensbildung?

Das Ziel dieser Masterarbeit ist es, die Forschungsfrage und die Unterfragestellungen bestmöglich zu beantworten und anhand der Interpretation der Ergebnisse zu erkennen, an welchem schulischen und außerschulischen Angebot es mangelt bzw. welche dieser Angebote gut funktionieren, um eine politische Willensbildung gewährleisten zu können bzw. zu erzeugen. Am Ende soll festgestellt werden können, ob die politische Willensbildung von Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 16 und 18 Jahren in Österreich durch schulische Bildung gefördert wird oder nicht. Außerdem sollen die Weiterbildungsmöglichkeiten innerhalb der Schule und im privaten Bereich benannt werden und diesbezüglich Optionen genannt werden, um aufzeigen zu können, wie viel Potenzial in dieser Thematik steckt.

1.2 Aktueller Forschungsstand

Die Senkung des Wahlalters von 16 Jahre¹ wurde aus politischer Perspektive mit der Stärkung des Interesses an politischer Partizipation von Jugendlichen begründet. Damit einher gingen neue, bildungspolitische Herausforderungen für den schulischen Bereich. Neue Forschungsergebnisse zeigen, dass die politische Sozialisation von Schülerinnen und Schülern durch die schulische Bildung stark beeinflusst werden kann (vgl. Filzmaier & Klepp, 2009, S. 415; Zeglovits & Zandonella, 2013, S. 465). Die politische Willensbildung, die als Prozess der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in politischen Fragen verstanden wird, steht dabei in engem Zusammenhang mit den Bildungsangeboten in der Schule. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung (2015, S. 14) zeigt, dass Jugendliche, die bereits mit 16 Jahren wählen dürfen, langfristig eine höhere politische Partizipation aufweisen als Jugendliche, die erst mit 18 Jahren ihre erste Wahlentscheidung treffen. Diese Befunde untermauern die These, dass ein vorgezogenes Wahlrecht das politische Engagement der jungen Menschen langfristig fördern und somit deren Partizipationsverhalten nachhaltig stärken kann.

Soziale und bildungsbezogene Faktoren üben jedoch einen Einfluss auf die politische Partizipation aus. Filzmaier und Klepp (2009, S. 418) stellen in ihrer Studie fest, dass das politische Interesse von der sozialen Herkunft und der Bildungsbiografie der Jugendlichen abhängt. Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Elternhäusern zeigen demnach häufig

¹ „Mit dem **Wahlrechtsänderungsgesetz 2007** wurde das Wahlrecht auf Bundesebene u.a. durch eine Senkung des Wahlalters reformiert: Das aktive Wahlalter wurde von 18 auf 16 Jahre, das passive Wahlalter von 19 auf 18 Jahre (ausgenommen die Wahl zur Bundespräsidentin/zum Bundespräsidenten) gesenkt.“ (Bundesministerium für Inneres, 2025).

eine geringere politische Partizipation, während Jugendliche aus bildungsnahen Elternhäusern häufiger aktiv an politischen Diskussionen teilnehmen und sich früher mit politischen Themen auseinandersetzen. Der schulischen Bildung bzw. dem Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung kommt demnach eine wichtige Rolle bei der Entwicklung politischer Kompetenzen und der Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit politischen Themen zu. In der schulischen Praxis kann politische Bildung auf unterschiedliche Weise umgesetzt werden, unter anderem durch projektorientierten Unterricht, Diskussionen über aktuelle politische Ereignisse oder die Simulation politischer Prozesse (vgl. Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz, 2024, S. 7). Die gängigsten Konzepte zielen darauf ab, das politische Interesse und die aktive Beteiligung junger Menschen an demokratischen Prozessen zu fördern.

Zeglovits und Zandonella (2013, S. 472) zeigen auf, dass Schülerinnen und Schüler, die im schulischen Kontext politische Bildung erfahren, eine erhöhte Wahrscheinlichkeit aufweisen, sich aktiv an politischen Prozessen zu beteiligen. Als besonders wirksam haben sich Unterrichtsformen erwiesen, die die Schülerinnen und Schüler aktiv einbeziehen, wie beispielsweise politische Planspiele oder Debatten. Diese Methoden stärken das politische Bewusstsein und fördern eine fundierte Meinungsbildung. Trotz der positiven Effekte der Politischen Bildung gibt es auch Herausforderungen, die in der Praxis bewältigt werden müssen. Diesbezüglich weist eine Studie der Universität Wien darauf hin, dass Jugendliche zwar ein gestiegenes politisches Interesse zeigen, jedoch häufig über unzureichende Kenntnisse hinsichtlich politischer Inhalte verfügen (2017, S. 4). Dies lässt auf Defizite in der schulischen Vermittlung politischer Inhalte schließen. Ein weiteres Problem ist die unterschiedliche Gewichtung der politischen Bildung in den Lehrplänen der einzelnen Bundesländer und Schulformen (vgl. Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz, 2024, S. 9). In einigen Schulen wird politische Bildung als eigenständiges Fach unterrichtet, in anderen nur als Teil des Geschichts- oder Sozialkundeunterrichts. Dies kann dazu führen, dass sich die politischen Kompetenzen der Jugendlichen ungleich entwickeln. Die Bertelsmann Stiftung (2015, S. 19) empfiehlt daher eine verstärkte Integration politischer Bildung in den Schulalltag und die Einführung verbindlicher Curricula, um sicherzustellen, dass alle Jugendlichen – unabhängig von ihrer Schulform und sozialen Herkunft – eine fundierte politische Bildung erhalten. Darüber hinaus wird die Weiterentwicklung von Methoden der politischen Bildung empfohlen, um die Wirksamkeit zu erhöhen und die Zielgruppe der Jugendlichen besser zu erreichen (vgl. ebd., S. 19).

Die vorliegenden Forschungsergebnisse zeigen deutlich, dass der Einfluss von Schule in der politischen Bildung von jungen Menschen im politischen Willensbildungsprozess in Österreich als signifikanter Faktor erachtet werden muss. Empirische Studien belegen, dass durch die Implementierung spezifischer didaktischer Konzepte sowie eine frühzeitige Integration in politische Prozesse das politische Interesse junger Menschen gefördert werden kann. Nichtsdestotrotz bestehen Herausforderungen hinsichtlich der Qualität und Verbindlichkeit politischer Bildung in den Schulen. Eine systematisch angelegte, umfassende politische Bildung könnte demnach einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der politischen Partizipation und zum Aufbau eines nachhaltigen Demokratiebewusstseins bei jungen Wählerinnen und Wählern leisten (vgl. Filzmaier & Klepp, 2009, S. 420; Zeglovits & Zandonella, 2013, S. 475; Bertelsmann Stiftung, 2015, S. 21; Universität Wien, 2017, S. 6; Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz, 2024, S. 11).

1.3 Aufbau und Methodik

Im Rahmen dieser Arbeit wird zunächst eine Analyse der wissenschaftlichen Literatur zum Themenbereich politische Willensbildung im Kontext des Unterrichtsfaches Geschichte und Politische Bildung durchgeführt. Ziel dieses ersten Schrittes ist es, die Bedeutung dieses Unterrichtsfaches innerhalb des österreichischen Bildungssystems zu beleuchten und dessen historische Entwicklung darzustellen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Vermittlung politischer Bildung, wobei die verschiedenen Lehrpläne der AHS-Oberstufe und der BHS berücksichtigt werden. Im weiteren Verlauf richtet sich der Fokus auf aktuelle Umfragen zum politischen Interesse von Jugendlichen. Dieser Abschnitt basiert auf einer Auswertung der vorhandenen Literatur und Studien, wobei methodische Aspekte der Datenerhebung und Datenauswertung auf literaturgestützter Basis erläutert werden.

Im zweiten Teil der Arbeit wird ein Fragebogen entwickelt, der auf den theoretischen Erkenntnissen der vorangegangenen Analyse basiert. Dabei werden sowohl das Faktenwissen als auch das persönliche Interesse der Zielgruppe berücksichtigt. Zudem wird untersucht, in welchem Ausmaß Schülerinnen und Schüler im Alter von 16 bis 18 Jahren das politische Alltagsgeschehen verfolgen und über zentrale Institutionen informiert sind. Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird eine quantitative Untersuchung unter den Schülerinnen und Schülern des Wimmer Gymnasiums in Oberschützen durchgeführt. Der Fragebogen umfasst

verschiedene Fragetypen, darunter offene und geschlossene Fragen, Skalenbewertungen sowie Zuordnungsaufgaben. Die erhobenen Daten werden mithilfe des Tabellenkalkulationsprogramms Microsoft Excel ausgewertet, anschließend zusammengefasst und interpretiert. Ziel dieser Untersuchung ist es, auf Basis der Ergebnisse zu ermitteln, inwieweit das Unterrichtsfach zur politischen Willensbildung bei Jugendlichen beiträgt.

Um die Forschungsfrage möglichst präzise zu beantworten, wird eine teilstandardisierte Befragung durchgeführt. Der entwickelte Fragebogen ist darauf ausgerichtet, die Meinungen und Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler zum Thema Politik in Österreich gezielt zu erfassen. In der empirischen Sozialforschung gilt der standardisierte Fragebogen als ein bewährtes und häufig eingesetztes Messinstrument (vgl. Kromrey & Roose & Strübing, 2016, S. 367). Seine praktische Relevanz ist hoch einzuschätzen, da er vielseitig einsetzbar ist. Als Methode der quantitativen Datenerhebung ermöglicht der Fragebogen die numerische Darstellung empirischer Sachverhalte. Dabei stellt der standardisierte Fragebogen eine zentrale Erhebungsmethode dar (vgl. Kromrey, 2009, S. 237). Abschließend lässt sich festhalten, dass die Forschungsmethode der vorliegenden Arbeit als „Mixed Methods“ bezeichnet wird, siehe dazu Kapitel 1.4. Forschungsmethode „Mixed Methods“.

Im Verlauf der Arbeit werden den Leserinnen und Lesern an verschiedenen Stellen Exkurse zu spezifischen Themenbereichen präsentiert. Diese Exkurse sind nicht als bloße Abschweifungen zu verstehen, sondern erfüllen eine gezielte didaktische und inhaltliche Funktion: Sie strukturieren den Haupttext, indem sie ihn punktuell unterbrechen und zugleich durch erläuternde Vertiefungen oder anschauliche Beispiele erweitern. Auf diese Weise dienen die Exkurse als inhaltliche Einschübe, die komplexe Argumentationslinien verständlicher machen, zusätzliche Perspektiven eröffnen und den Gesamtzusammenhang der Arbeit bereichern. Die Auswahl der in dieser Arbeit eingefügten Exkurse folgt keiner zufälligen Logik, sondern beruht auf inhaltlichen und methodischen Überlegungen. Jeder Exkurs wurde mit einer Intention ausgewählt, um zentrale Aspekte des Themas zu vertiefen und das Verständnis des Haupttextes zu erweitern.

1.4 Forschungsmethode „Mixed Methods“

„Mixed Methods“ verweist auf die Verbindung qualitativer und quantitativer Forschungsmethoden innerhalb eines Untersuchungsdesigns. Ursprünglich stammt der Begriff aus der anglo-amerikanischen Methodendiskussion in den Sozial- und Erziehungswissenschaften. Seit Ende der 1990er-Jahre hat das Konzept jedoch erheblich an Bedeutung gewonnen (vgl. Kelle, 2022, S. 163). Hussy et al. (2013, S. 278) beschreiben Mixed Methods als „eine Forschungsmethode, die eine Kombination von Elementen qualitativer und quantitativer Forschungstraditionen beinhaltet, typischerweise (aber nicht notwendig) innerhalb einer Untersuchung“.

1.4.1 Empirische Forschung

Empirische Forschungsmethoden beinhalten im Allgemeinen alle Verfahren, die auf Erfahrungen beruhen. In Anlehnung dazu wird der griechische Begriff „empeiria“ in die deutsche Sprache mit „Erfahrung“ übersetzt. Demnach beziehen sich empirische Erkenntnisse stets auf Erfahrungen in diverseren Formen. Im engeren Sinne zählen speziell Mess- und Zählverfahren zu diesen Forschungsmethoden. Empirische Forschung ist insofern durch die Überprüfung von Aussagen über Darstellungen anhand realer Gegebenheiten charakterisiert. Die Wirksamkeit einer Hypothese wird durch ihre Resistenz gegenüber strenger Prüfung bestimmt. Bewährte Behauptungen, die sich in mehreren Tests als valide erweisen, dienen der Erklärung und Lösung von Problemen, während widerlegte Annahmen verworfen werden. Quantitative Forschungsmethoden orientieren sich an wissenschaftlichen Prinzipien und beruhen auf logischen und mathematischen Strukturen. Ihr vorrangiges Ziel besteht darin, vorab formulierte Hypothesen zu bestätigen oder zu widerlegen (vgl. Rübken & Wetzel, 2017, S. 9-10). Empirisches wissenschaftliches Arbeiten verfolgt drei zentrale Ziele:

1. Es wird jenes Ziel verfolgt, welche Phänomene der Welt präzise erfassen, strukturieren und quantifizieren können.
2. Es sollen Gesetzmäßigkeiten formuliert werden, die eine Erklärung und Vorhersage dieser Phänomene ermöglichen.
3. Theorien und Forschungsergebnisse sollen sorgfältig genutzt werden, um Verhalten gezielt zu beeinflussen und zu optimieren, sodass sie als mögliche Grundlage für zukünftige Entscheidungen dienen können (vgl. Rübken et al., S. 10).

Im Rahmen der empirischen Forschung sind die einzelnen Phasen durch eine spezifische Abfolge von Aufgaben und Arbeitsschritten gekennzeichnet:

Der empirische Forschungsprozess in einzelnen Arbeitsschritten

1. Entwicklung der Problemstellung
2. Theoretischer Rahmen
3. Konzeptionelle Phase
4. Operationalisierung (Messinstrumente entwickeln)
5. Auswahl der Untersuchungseinheit
6. Datenerhebung
7. Datenaufbereitung
8. Datenauswertung
9. Dateninterpretation
10. Publikation der Forschungsergebnisse (Litz & Rosemann, 2010, Kap. 2.)

1.4.2 Unterschiede der beiden Forschungsmethoden

Röbken et al (S. 12) beschreibt die Unterscheidung der Forschungsmethoden wie folgt: „Abhängig von der Auswahl der Problemstellung des geplanten Forschungsprojektes eignen sich verschiedene Methoden und Techniken der empirischen Sozialforschung zur Bearbeitung.“ Da es sich in der Forschungsarbeit um eine Kombination quantitativer und qualitativer Forschung handelt, sollte im Vorfeld klargestellt werden, inwieweit sich die beiden Methoden unterscheiden (vgl. Tabelle 1) und welche Gemeinsamkeiten sie haben.

Methodenklasse	Quantitativer Ansatz	Qualitativer Ansatz
Forschungsansatz (Forschungsdesign)	(Labor-)Experiment Quasiexperiment Metaanalyse etc.	Deskriptive Feldforschung Handlungsforschung Biografische Methode Gegenstandsbezogene Theoriebildung etc.

(Daten-) Erhebungsmethoden	Beobachten Zählen Urteilen Testen etc.	Interview Struktur-Lege-Verfahren Gruppendiskussion Teilnehmendes Beobachten etc.
(Daten-) Analysemethoden	Beschreibende Methoden Schlussfolgernde Methoden Multivariate Methode Modelltests etc.	Inhaltsanalyse Hermeneutik Semiotik Diskursanalyse etc.

Tab. 1: Unterschiede zwischen quantitativer und qualitativer Forschung (Hussy et al., 2013, S. 26)

1.4.3 Methodenmix

Die Grundlage dieser Forschungsarbeit stellt ein Fragebogen dar, welcher sowohl geschlossene als auch offene Fragen beinhaltet (siehe dazu 3. Empirische Erhebung). Aus der Literatur geht hervor, dass für die Erhebungstechnik Fragebogen die qualitative und quantitative Methode kombiniert werden kann (vgl. Hussy et al., 2013, S. 280). In diesem konkreten Fall kann daher von einer Mixed Methods-Forschungsmethode gesprochen werden. Diese Forschungsmethode wird genauer im Kapitel 3.2.1 Mixed-Methods Forschungsmethode beschrieben.

1.5 Begründung der Themenwahl

Der Autor der vorliegenden Masterarbeit beschäftigt sich in dieser wissenschaftlichen Arbeit mit dem Thema der politischen Willensbildung beschäftigen. Seine Bachelorarbeit² widmete sich einem ähnlichen Thema. Diese handelte über die Bedeutung von Politikunterricht in der Schule nach. Das besondere Interesse des Autors gilt dem Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung, in dem er seine pädagogische und fachliche Schwerpunktsetzung sieht.

² Titel der Bachelorarbeit „Förderung des reflexiven Denkens der Schülerinnen und Schüler im Unterrichtsfach Politische Bildung und Recht durch die Analyse der Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien im Nationalrat zum Thema Bildung – Eine didaktische Ausarbeitung der Grundsatzprogramme zum Thema Bildung“ mit der Forschungsfrage „Inwieweit kann die politische Willensbildung der Schülerinnen und Schüler im Unterrichtsfach Politische Bildung und Recht durch Arbeitsmaterialien und Ausarbeitungen der Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien im Nationalrat zum Thema Bildung angeregt werden?“

Im Rahmen dieser Masterarbeit wird die Beantwortung der Forschungsfrage angestrebt, um auf dieser Grundlage die zukünftige Laufbahn als Lehrkraft im Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung gestalten zu können. Das Ziel besteht darin, auf Basis dieser Arbeit im Unterricht Impulse zu setzen, um eine bewusstere Wahrnehmung von Politik und politischer Bildung bei Schülerinnen und Schülern sowie Kindern und Jugendlichen zu fördern und sie dazu zu motivieren, sich zumindest vor den Wahlen mit den Grundsatzprogrammen auseinanderzusetzen.

Die vorliegende Masterarbeit kann in diesem Sinne auch als eine Art pädagogisches Selbstverständnis des Autors interpretiert werden. Politische Bildung wird dabei nicht nur als ein Bestandteil des Unterrichts betrachtet, sondern als ein zentrales Mittel zur Mitgestaltung einer demokratischen und modernen Gesellschaft.

2. Politische Bildung als Unterrichtsfach

In diesem Kapitel steht die Geschichte der politischen Bildung als Unterrichtsfach im Zentrum; dabei wird auch auf den Lehrplan der Sekundarstufe II, im konkreten Fall der AHS und HAK (als Beispiel der BHS), eingegangen. Darüber hinaus werden Ergebnisse von aktuellen Umfragen zum politischen Interesse bei Jugendlichen genannt und ein Bezug zum schulischen und außerschulischen Angebot von politischer Bildung genommen. Das Ziel dieses Kapitels ist es, einen Überblick über den Werdegang des Unterrichtsfachs zu geben, die Leserinnen und Leser mit dem Kompetenzmodell der politischen Bildung und dessen Lehrplan vertraut zu machen sowie einen Exkurs zu aktuellen Zahlen und Erwartungen der Jugend von diesem Unterrichtsfach inklusive deren Möglichkeiten innerhalb und außerhalb des Schulalltags zu gewährleisten.

2.1 Der Werdegang des Unterrichtsfachs im österreichischen Bildungssystems

Zeilner (2011, S. 15) beschreibt die politische Bildung im österreichischen Bildungssystem grundsätzlich als „ein hervorragendes Instrumentarium, um in den ‚Sozialisierungsprozess‘ gezielt und effektiv eingreifen zu können.“ Filzmeier und Klepp (2009, S. 341) sind sich in ihrem Artikel in der österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) sicher, dass durch das Herabsenken des aktiven Wahlalters von 18 auf 16 Jahre (siehe Kapitel 1.2 Aktueller Forschungsstand, Wahlrechtsänderungsgesetz 2007) auf ein erkennbares Defizit der politischen Bildung von Jugendlichen aufmerksam gemacht worden ist. Sowohl die Wichtigkeit des Unterrichtsfachs als auch die Probleme, die durch eine Reduzierung des Wahlalters entstanden sind, sollen in diesem Unterkapitel aufgezeigt werden.

Die Wurzeln der politischen Bildung reichen historisch bis in die Epoche der Antike zurück. Da dieser umfassende Rückblick den Rahmen dieser wissenschaftlichen Arbeit sprengen würde und thematisch nicht in den Gesamtkontext passt, richtet sich dieses Kapitel vor allem an die Entwicklung ab Beginn der Zweiten Republik. Die Ausgangssituation für die Entwicklung der politischen Bildung war in den Ländern der Besatzungsmächte Deutschland und Österreich sehr unterschiedlich. Während die Republik Österreich von den Alliierten als befreites Land

behandelt wurde, musste sich Deutschland einem alliierten „Umerziehungsprogramm“³ unterziehen (vgl. Zeiler, S. 59). Der Werdegang der politischen Bildung in Österreich steht in enger Relation zu den Transformationsprozessen politischer, gesellschaftlicher und institutioneller Natur, welche die Zweite Republik durchlief. Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wurde österreichisches Selbstverständnis maßgeblich durch die Entwicklung des sogenannten „Opfermythos“ geprägt. Eine systematische Umerziehungspolitik wurde in Österreich im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland seitens der Alliierten nicht implementiert. Vielmehr etablierte sich eine Form der politischen Bildung, deren Fokus auf der Stärkung staatsbürgerlicher Loyalität sowie nationalem Bewusstsein lag (vgl. Luksik & Wonisch, o. J., S. 1-2).

Die Gründung des Instituts für Wissenschaft und Kunst (IWK) im Jahr 1946 markierte einen ersten institutionellen Meilenstein, da es sich dabei um eine frühzeitige Fokussierung auf die Erwachsenenbildung in der Nachkriegszeit handelte. Unter anderem gab es wissenschaftliche Vorträge von dem damaligen Bundespräsidenten Dr. Karl Renner. Gemäß des vom 6. Juli 1949 beschlossenen „Erlasses zur staatsbürgerlichen Erziehung“ (siehe Abb. 1.) wurde die politische Bildung explizit in den schulischen Bereich integriert. Das Hauptziel dieser Maßnahme bestand darin, die Schülerinnen und Schüler zu „treuen und tüchtigen Bürgerinnen und Bürgern“ der Republik zu erziehen (vgl. ebd., S. 3-4).

In den darauffolgenden Jahrzehnten wurden zusätzliche signifikante Schritte unternommen. Im Jahr 1950 erfolgte die Gründung des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen (VÖV), und im Jahr 1956 wurde das Bundesvolksbildungsheim St. Wolfgang eröffnet, welches 1974 in



Abb. 1: „Erlass zur staatsbürgerlichen Erziehung“ (vgl. ebd., S. 4)

³ Das „Umerziehungsprogramm“ bzw. die „Re-education-Politik der Alliierten fand nur in Deutschland statt. Ziel der Maßnahmen war es, Deutschland bei der „Entnazifizierung“ und bei der Einführung von Demokratie und Bildung zu unterstützen. (vgl. Zeiler, S. 60).

das heutige bifeb (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung) umgewandelt wurde. Im Kontext zunehmender gesellschaftlicher Demokratisierung erfuhr die politische Bildung insbesondere in den 1970er-Jahren eine signifikante Aufwertung. Dieser Prozess manifestierte sich in der Initiierung von Zertifikatslehrgängen sowie weiteren Institutionen im Feld der Erwachsenenbildung, welche durch parteipolitische Implikationen geprägt waren (vgl. ebd., S. 5-9).

Exkurs Beutelsbacher Konsens (1976):

Währenddessen gab es in den 1970er-Jahren in Deutschland viele Diskussionen bezüglich der Wichtigkeit des Schulfachs „Politische Bildung“. Ein zentraler Punkt für diese Debatten war ein Streit über die Richtlinien von Schulbüchern. Aus dieser Eskalation heraus entstand der noch heute bestehende und für die Schule nach wie vor essenzielle Beutelsbacher Konsens. Ein Teilnehmer des Beutelsbacher Konsens war Hans Georg Wehling. Dieser Mann legte drei Grundprinzipien fest (Zeiler, S. 63-64).

Die drei Grundprinzipien des Beutelsbacher Konsens nach Wehling (2016, S. 24):

1. **Überwältigungsverbot:** Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbstständigen Urteils“ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.
2. **Kontroversitätsgebot:** Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muß [sic!] auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muß [sic!], die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind. Bei der Konstatierung dieses zweiten Grundprinzips wird deutlich, warum der persönliche Standpunkt des Lehrers, seine wissenschaftstheoretische Herkunft und seine politische Meinung verhältnismäßig

uninteressant werden. Um ein bereits genanntes Beispiel erneut aufzugreifen: Sein Demokratieverständnis stellt kein Problem dar, denn auch die entgegengesetzten, anderen Ansichten kommen ja zum Zuge.

3. **Aktualitätsgebot:** Der Schüler muß [sic!] in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was aber eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist. Der in diesem Zusammenhang gelegentlich etwa gegen Hermann Giesecke und Rolf Schmiederer – erhobene Vorwurf einer „Rückkehr zur Formalität“, um die eigenen Inhalte nicht korrigieren zu müssen, trifft insofern nicht, als es hier nicht um die Suche nach einem Maximal-, sondern nach einem Minimalkonsens geht.

Mittnik, Lauss und Schmid-Heher (2018, S. 8) betonen, dass im Zentrum des Konsenses vor allem die eigenständige und selbstreflektierte Analyse politischer Systeme und Grundsatzfragen des Zusammenlebens stehen. Außerdem sei es wichtig, sich unter Berücksichtigung der politischen Prinzipien (z.B. Beutelsbacher Konsens) im Unterricht über die Tagespolitik und aktuelle Geschehnisse zu unterhalten und zu diskutieren, dazu zählen auch Politikerinnen und Politiker.

Ein weiterer Meilenstein der politischen Bildung der Zweiten Republik ist vor allem das Jahr 1972 von wichtiger Bedeutung, denn da wurde das „Bundesgesetz über die Förderung der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik“ verabschiedet. Dieses Gesetz sah zum ersten Mal eine staatliche Förderung der politischen Bildung im parteipolitischen Kontext vor. Im darauffolgenden Jahr wurde das „Bundesgesetz über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens“ beschlossen, welches die politische Bildung als förderungswürdigen Bereich definierte (vgl. Luksik et al., S. 14-17).

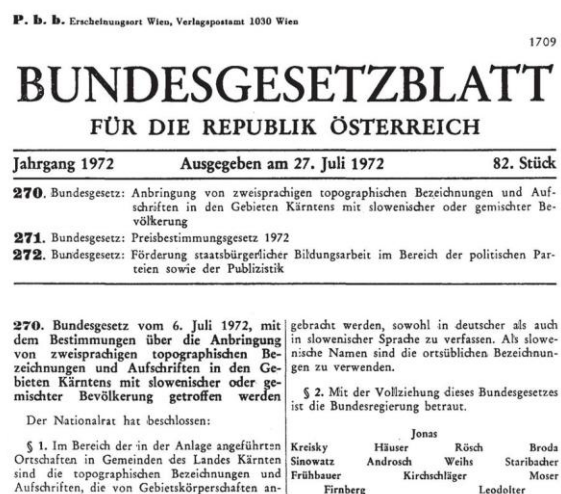


Abb. 2: „Bundesgesetzblatt 1972“ (vgl. ebd., S. 17)

Auch im schulischen Bereich wurden in den 1970er-Jahren Reformschritte gesetzt. So wurde im Schuljahr 1970/71 für die 8. Klassen der Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) erstmals die unverbindliche Übung „Politische Bildung“ eingeführt. Ab 1976 ersetzte „Politische Bildung“ das bisherige Fach „Staatsbürgerkunde“ in den Berufsschulen. Ein wesentlicher Impuls war der Grundsatzterlass Politische Bildung von 1978, in dem politische Bildung als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip verankert wurde. Seit den 1990er-Jahren ist eine verstärkte Ausdifferenzierung und Ausweitung des Angebots an politischer Bildung zu beobachten. Neben schulischen Maßnahmen entwickelten sich zunehmend zivilgesellschaftliche Initiativen sowie universitäre Programme, wie etwa das ab 2009 angebotene Masterstudium „Politische Bildung“ an der Johannes Kepler Universität in Linz. Ergänzend wurden entsprechende Professuren eingerichtet, etwa an der Universität Wien. Parallel dazu gewann die Erwachsenenbildung auch an institutioneller Struktur, insbesondere durch die Arbeit der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB), die seit 1991 Bildungsprojekte, Fördermaßnahmen und Veranstaltungen in allen Bundesländern koordiniert. Trotz dieser Fortschritte steht die Einführung eines eigenständigen Schulfachs „Politische Bildung“ noch aus. Dennoch ist die politische Bildung heute ein wesentlicher Bestandteil der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit in Österreich und leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratiekompetenz (vgl. ebd., S. 22ff).

Exkurs Senkung des Wahlalters (2008):

2008 ist ein weiteres zentrales Jahr im Werdegang der politischen Bildung in Österreich, denn in diesem Jahr wurde das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre gesenkt. Die Implementierung des Wahlrechts ab dem vollendeten 16. Lebensjahr hat in Österreich eine Erweiterung und Intensivierung der politischen Bildungsprogramme zur Folge gehabt. Maßnahmen dieser Art sind prinzipiell auch unabhängig vom Wahlalter als sinnvoll zu erachten. Zuvor erfolgte die Konzentration politischer Bildung maßgeblich auf die Schulstufen 11 bis 13, sodass Themen wie Wahlen häufig erst behandelt wurden, nachdem Jugendliche bereits mehrfach an Wahlen – auf kommunaler, Landes-, Bundes- oder EU-Ebene sowie bei der Bundespräsidentenwahl – teilgenommen hatten. Mit der Herabsetzung des Wahlalters wurde politische Bildung bewusst früher angesetzt, um Jugendliche besser zu erreichen. Dies ist insbesondere während der Schulzeit von großer Bedeutung, da die Schule für viele von ihnen einen zentralen Lebensraum darstellt. Für Lehrlinge trifft dies auf die Berufsschule allerdings nur eingeschränkt zu. Dies verdeutlicht die Dringlichkeit, politische Bildung verstärkt auch außerhalb des schulischen Rahmens zu verankern. In dieser Hinsicht kommt den Sozialpartnern, wie der Arbeiterkammer,

der Wirtschaftskammer, den Gewerkschaften und den Betriebsräten, eine entscheidende Funktion zu. Ihre Aufgabe besteht darin, sicherzustellen, dass junge Menschen in Ausbildung nicht gegenüber denen in höheren Schulen bei der politischen Bildung benachteiligt werden. Eine Vielzahl von Lehrkräften sieht sich mit signifikanten Herausforderungen konfrontiert, wenn es um die eigene politische Identität geht. Zudem differieren die Vorstellungen der Lehrkräfte hinsichtlich der Inhalte politischer Bildung signifikant von denen der Schülerinnen und Schülern. Dies resultiert in unterschiedlichen Problemlagen, wie beispielsweise der Tendenz mancher Lehrkräfte, aus einem inneren Konflikt heraus ihre eigene Haltung zu verbergen und stattdessen eine scheinbare Neutralität zu wahren, anstatt offen mit ihren politischen Standpunkten umzugehen. Obwohl es nicht notwendig ist, den inhaltlichen Erwartungen der Jugendlichen in jedem Fall nachzugeben, besteht möglicherweise ein zu geringes Bewusstsein dafür, wie stark die Perspektiven der Jugendlichen von den eigenen abweichen können (vgl. Filzmeier et al., S. 351-352).

Nach Zeilner (2011, S. 17–21) gibt es in der Gegenwart zentrale und wichtige Institutionen der politischen Bildung, sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für Erwachsene. Dazu zählt der Autor folgende Organisationen und Einrichtungen:

- Die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn (bpb)
- Die Landeszentralen für politische Bildung in Deutschland
- Politische Bildung im Bereich Schule (Volksschule, Mittelschule, Berufsschule, Gymnasium, Berufsbildende mittlere und höhere Schulen)
- Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen
- Die Erwachsenenbildung
- Das österreichische Bundesheer
- Die politischen Vereine
- Das Zentrum Polis

Die genannte Aufzählung präsentiert eine Auswahl von Institutionen und Akteuren im Bereich der politischen Bildung, die sich durch eine besonders breite gesellschaftliche Reichweite oder bildungspolitische Relevanz auszeichnen.

2.1.1 Die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn (bpb)

Im Jahr 1952 erfolgte in Westdeutschland die Gründung der Bundeszentrale für politische Bildung als eine dem Bundesministerium des Innern unterstellten Einrichtung. Ursprünglich wurde sie als „Bundeszentrale für Heimatdienst“ bezeichnet, bevor sie im Jahr 1953 durch einen Erlass des Bundesinnenministeriums ihre heutige Bezeichnung erhielt. Mit dieser Umbenennung wurde die Aufgabe der Institution präziser definiert: Sie sollte durch verschiedene Maßnahmen das politische Bewusstsein der Bevölkerung fördern, die Bereitschaft zur politischen Beteiligung stärken und das Interesse an politischen Themen steigern. Im Jahr 1969 wurde in einem zusätzlichen Erlass festgelegt, dass die bpb Maßnahmen zur politischen Bildung der Bevölkerung durchzuführen hat. Ziel war es, das demokratische Verständnis und die Bereitschaft zur Mitwirkung am politischen Leben zu stärken. Seit August 1992 wird die Bundeszentrale von einer Präsidentin oder einem Präsidenten geleitet, der von zwei Vizepräsidentinnen oder Präsidenten unterstützt wird. Organisatorisch ist die Bundeszentrale dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern unterstellt (vgl. ebd., S. 17).

2.1.2 Die Landeszentralen für politische Bildung in Deutschland

Die jeweiligen Bundesländer besitzen im Normalfall über eigenständige Landeszentralen für politische Bildung. Diese kooperieren eng mit der Bundeszentrale für politische Bildung, um Bildungsangebote auf regionaler Ebene umzusetzen (vgl. ebd., S. 18).

2.1.3 Politische Bildung im Bereich Schule (Volksschule, Mittelschule, Berufsschule, Gymnasium, Berufsbildende mittlere und höhere Schulen)

Bereits in der frühen Kindheit und Jugend kommt es zur Konfrontation mit politischen Themen, da junge Menschen von politischen Entscheidungen betroffen sind. Politikerinnen und Politiker gestalten die Lebensrealität junger Menschen mit, weshalb es von entscheidender Bedeutung ist, sie früh an politische Inhalte heranzuführen. In Österreich wird das Thema politische Bildung bereits in der Volksschule aufgegriffen und es werden grundlegende politische Konzepte vermittelt. In Österreich ist politische Bildung ein fächerübergreifendes Thema, insbesondere im Sachunterricht. An österreichischen Volksschulen stellt sie ein zentrales

Bildungsziel dar. Für das Lehrpersonal an Volksschulen sowie weiteren Schulformen besteht die Verpflichtung, dieses Unterrichtsprinzip zu implementieren. (vgl. ebd., S. 18-19).

2.1.4 Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen

An den Universitäten Wien, Graz, Salzburg, Klagenfurt und Innsbruck ist das Fach „Politische Bildung“ ein integraler Bestandteil der Lehramtsstudiengänge für allgemeinbildende und höhere Schulen. Das Lehramtsfach „Geschichte und Politische Bildung“ ist in vielen dieser Programme vertreten und spielt eine zentrale Rolle in der Ausbildung sowie in der späteren beruflichen Praxis von Lehrkräften. Für angehende Lehrkräfte im AHS- und BMHS-Bereich stellt politische Bildung einen zentralen Ausbildungsbestandteil dar. An österreichischen Hochschulen – darunter Universitäten und Pädagogischen Hochschulen – existieren entsprechende Bachelor- und Masterstudiengänge. Besonders hervorzuheben ist der Universitätslehrgang „Politische Bildung“, der 2008 sein 25-jähriges Bestehen feierte. Ein viersemestriger Masterstudiengang mit dem Titel „Politische Bildung“ wird seit dem Wintersemester 2009/10 an der Johannes Kepler Universität Linz angeboten. Der Studiengang zeichnet sich durch einen starken Praxisbezug und einen kompetenzorientierten Ansatz aus und eröffnet den Absolventinnen und Absolventen durch individuell wählbare Schwerpunkte vielfältige berufliche Perspektiven. Absolventinnen und Absolventen des Master of Arts (MA) werden befähigt, in staatlichen sowie internationalen Organisationen im politischen Umfeld zu arbeiten. Auch für die Erwachsenenbildung spielt politische Bildung eine wichtige Rolle. Nach Abschluss des entsprechenden Studiums qualifizieren sich Lehrkräfte dazu, das Fach „Geschichte und Politische Bildung“ oder verwandte Fächer an Schulen zu unterrichten (vgl. ebd., S. 19).

2.1.5 Die Erwachsenenbildung

Im Bereich der Erwachsenenbildung sind Volkshochschulen als zentrale Akteure zu identifizieren. Seit Jahrzehnten sind sie wesentliche Partner des Österreichischen Volkshochschulverbandes im Bereich der politischen Bildungsangebote. Inzwischen wird politische Bildung als gleichwertiger Auftrag der Volkshochschulen in allen Bundesländern verstanden. Darüber hinaus bieten auch Religionsgemeinschaften entsprechende Bildungsangebote an, bei denen politische Bildung häufig im Zusammenhang mit Lebenshilfe und Alltagsbewältigung steht. In der Verantwortung von Arbeitnehmerorganisationen hingegen

steht politische Bildung vor allem für die Stärkung der Leistungsbereitschaft und des Willens zur Mitgestaltung. Werden die Programme hingegen von politischen Parteien getragen, liegt der Schwerpunkt in der Regel auf der Verbesserung der Lebensbedingungen und Arbeitsverhältnisse. In der Konsequenz zeigt sich, dass der konkrete Inhalt politischer Bildung in hohem Maße von der jeweiligen Trägerschaft abhängt. Dies führt zu einer hohen Diversität in der Ausgestaltung politischer Bildung in der Erwachsenenbildung (vgl. ebd., S. 19-20).

2.1.6 Das österreichische Bundesheer

In der Republik Österreich ist politische Bildung auch beim Bundesheer gesetzlich verankert. Gemäß dem sogenannten Grundsatzerlass stellt politische Bildung einen integralen Bestandteil der Ausbildung innerhalb des Militärs dar, insbesondere hinsichtlich staats- und wehrpolitischer Inhalte. Zwar ist keine strikte Trennung zwischen zivilen und militärischen Bildungsinhalten vorgesehen, jedoch wird politische Bildung als wesentlich für die Einsatzbereitschaft und Pflichterfüllung der Soldaten erachtet. Das übergeordnete Ziel besteht in der Förderung demokratischer Werte sowie der Stärkung der Verteidigungsbereitschaft und der Loyalität gegenüber der Republik Österreich. Zu diesem Zweck kooperiert das Bundesheer mit Bildungseinrichtungen, wobei sogenannte Info-Offiziere für die Aufklärungsarbeit zuständig sind. Ihre Aufgabe besteht darin, Schülerinnen und Schüler über die Aufgaben und die Bedeutung des Bundesheeres zu informieren. Die Bestellung dieser Offiziere erfolgt auf Antrag und setzt eine spezielle Ausbildung voraus (vgl. ebd., S. 20).

2.1.7 Die politischen Vereine

Politische Vereine haben lange Zeit eine signifikante Rolle für politische Bildung gespielt, sowohl in Deutschland als auch in Österreich. Seit den 1980er-Jahren lässt sich jedoch in Österreich ein Rückgang dieser Relevanz beobachten. Nichtsdestotrotz haben sich aus der Vereinslandschaft neue Formen des politischen Engagements entwickelt, darunter informelle Gruppen, Basisinitiativen sowie Beiträge in Schülerzeitungen und Umweltprojekten. Diese bieten Jugendlichen alternative Möglichkeiten, sich politisch einzubringen, ohne sich langfristig an klassische Strukturen zu binden (vgl. ebd., S. 20-21).

2.1.8 Das Zentrum Polis

Das *Zentrum Polis*⁴ fungiert als zentrale Anlaufstelle für politische Bildung in Österreich. Es bietet Lehrerinnen und Lehrern insbesondere praktische Unterstützung bei der Planung des Schuljahres. Seit Januar 2006 wird zudem die digitale Fachzeitschrift „Polis aktuell“ publiziert, die monatlich kostenlos zur Verfügung steht. Das Zentrum ist dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur unterstellt und hat sich auf die Gebiete politische Bildung, Umweltbildung sowie Konsumentenbildung spezialisiert. Die institutionelle Trägerschaft obliegt dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (vgl. ebd., S. 21).

2.1.9 Fazit

Abschließend lässt sich sagen, dass sich die progressive Entwicklung der politischen Bildung – außerhalb und innerhalb der Schule – positiv auf die Jugendlichen und die Erwachsenenbildung auswirkt. Filzmeier et al. (S. 353) beschreiben es wie folgt: „Politische Bildung ist schließlich von einem öffentlichen Themenbewusstsein ihrer Wichtigkeit abhängig. Anerkennt die Gesellschaft eine solche, wird das auch Quantität und Qualität der Ressourcen für Politische Bildung erhöhen.“ Das heißt, um die Wirksamkeit und Ausrichtung politischer Bildungsmaßnahmen langfristig zu sichern, bedarf es zudem fortlaufender Forschung, die sowohl die Perspektiven der Zielgruppen als auch der Lehrenden berücksichtigt.

Nach Mitnik et al. (2018, S. 49) ist die politische Bildung im österreichischen Schulsystem auf drei Säulen aufgebaut:

1. „Als selbstständiger Unterrichtsgegenstand oder als Kombinations- bzw. Flächenfach in den Lehrplänen verankert, wird
2. im Rahmen der Schulpartnerschaft und der gesetzlichen Vertretung der SchülerInnen wirksam und ist
3. als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip auf allen Schulstufen ein bedeutender Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft sowie zur Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte.“

⁴ Online unter: <https://www.politik-lernen.at/> [zuletzt aufgerufen am: 16.09.2025]

Gemäß dem Erlass „Politische Bildung in den Schulen“ werden die zu vermittelnden Inhalte und pädagogischen Methoden definiert, wobei dieser Erlass zugleich als Orientierungshilfe für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften dient und Empfehlungen für bildungspolitische Maßnahmen in diesem Bereich ausspricht (vgl. Mittnik et al., S. 49).

2.2 Das österreichische Kompetenzmodell für Politische Bildung

In diesem Kapitel wird das österreichische Kompetenzmodell für politische Bildung unter die Lupe genommen. Dabei wird zunächst das Modell mit den dazugehörigen Kompetenzen beschrieben. Im weiteren Verlauf des Kapitels werden sich die Ziele der politischen Bildung in der Schule angesehen und abschließend die Umsetzung in die Schulpraxis erklärt.

Das Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“ als solches, wie wir es heute kennen, wurde bereits 1978 für alle Schulformen, Schulstufen und Gegenstände gesetzlich beschlossen und schließlich rechtlich verankert. Gemäß der Bestimmung des § 2 des Schulorganisationsgesetzes sind österreichische Bildungseinrichtungen dazu verpflichtet, ihren Verpflichtungen im Bereich der politischen Bildung in der Schule nachzukommen. Ein wesentlicher Faktor für die Erfüllung dieser Verpflichtungen ist die Ausgestaltung des breiten Auftrags und der Zielsetzungen der politischen Bildung in der Schule (vgl. Mittnik et al., S. 49).

2.2.1 Die Kompetenzen⁵ der politischen Bildung

Kompetenzorientierter Unterricht in der politischen Bildung zielt auf die Förderung eines bewussten, (selbst)kritischen Verständnisses von Politik ab. Dieser wird insbesondere durch die exemplarische Auseinandersetzung mit politischen Problemstellungen erreicht - stets im Kontext der Lebensrealität und Erfahrungen der Lernenden. Der Fokus liegt demnach auf der Entwicklung von politischem Denk- und Handlungspotential, wobei die Vermittlung von Faktenwissen nicht im Vordergrund steht. Es ist dabei jedoch zu berücksichtigen, dass die

⁵ Kompetenzen sind in diesem Zusammenhang als Fähigkeiten und Fertigkeiten definiert, welche Schülerinnen und Schüler dazu befähigen, eigenständig Herausforderungen in verschiedenen Lebenslagen zu bewältigen (Krammer, 2008, S. 3).

politische Bildung nicht ausschließlich in der Schule stattfindet, sondern in vielfältiger Weise auch außerschulisch geprägt wird (vgl. Krammer, S. 3).

Politik ist in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen in vielfacher Weise präsent. Dies kann beispielsweise durch Medien, familiäre Gespräche oder den Austausch mit Gleichaltrigen erfolgen. Politische Themen und Haltungen begegnen jungen Menschen folglich bereits außerhalb des schulischen Rahmens. Der schulische Politikunterricht setzt daher nicht bei einem vollständigen Neubeginn an, sondern baut auf vorhandene Vorerfahrungen, Einstellungen und Wissensbestände der Schülerinnen und Schüler auf (vgl. GPJE, 2004, S. 13).

Die politischen Kompetenzen werden nach dem österreichischen Bundesrecht (Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 29.12.2024, S. 125) in vier Kompetenzbereiche unterteilt:

- Politische Urteilskompetenz
- Politische Handlungskompetenz
- Politbezogene Methodenkompetenz
- Politische Sachkompetenz

Gemäß GPJE (2004, S. 13) fokussiert sich die Entwicklung politischer Kompetenzen im Unterricht auf die Weiterentwicklung und Vertiefung bereits vorhandener Fähigkeiten. Der Fokus liegt dabei nicht auf einer reinen Wissensvermittlung, sondern auf einer gezielten Förderung politischer Urteils-, Handlungs-, Sach- und Methodenkompetenz, die auf dem Vorwissen und den Erfahrungen der Lernenden aufbaut.

Politische Urteilsfähigkeit Politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sachaspekten und Wertaspekten analysieren und reflektiert beurteilen können.	Politische Handlungsfähigkeit Meinungen, Überzeugungen und Interessen formulieren, vor anderen angemessen vertreten, Aushandlungsprozesse führen und Kompromisse schließen können.
Methodische Fähigkeiten Sich selbständig zur aktuellen Politik sowie zu wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen orientieren, fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren können.	

Abb. 3: „Konzeptuelles Deutungskwissen“ (vgl. ebd., S. 13)

Die Abbildung verdeutlicht, dass die Kompetenzbereiche politische Urteilsfähigkeit, Handlungsfähigkeit und methodisches Arbeiten nicht getrennt voneinander betrachtet werden können, sondern in einem engen inhaltlichen Zusammenhang stehen. Ihre Wirkung zeigt sich insbesondere im Zusammenspiel der verschiedenen Faktoren. Ein Beispiel veranschaulicht dies: In politischen Gesprächen muss man argumentativ für die eigene Position eintreten, relevante Informationen recherchieren und sich kritisch mit unterschiedlichen Sichtweisen auseinandersetzen, um ein eigenständiges Urteil zu bilden. Diese Prozesse verlaufen häufig parallel zueinander und sind in ihrer Abfolge aufeinander angewiesen (vgl. ebd., S. 13).

In ihrer Publikation aus dem Jahr 2012 präsentieren Detjen et al. in Kooperation mit weiteren Autorinnen und Autoren ein erweitertes Modell politischer Kompetenz (siehe Abb. 3 Politikkompetenz (Detjen et al. 2012, S. 15)), das vier zentrale Dimensionen umfasst. Die Analyse politischer Sachverhalte erfordert ein profundes Fachwissen, die Fähigkeit zur politischen Urteilsbildung, ein politisches Handeln sowie eine ausgeprägte politische Motivation und Einstellungen. Dabei wird die Dimension des Fachwissens differenziert. Es wird dabei zwischen grundlegenden Fachkonzepten einerseits und spezifischen Facetten in den übrigen drei Bereichen andererseits unterschieden. Im Gegensatz zu anderen Kompetenzmodellen, bei denen insbesondere die Dimension des Wissens mit ihren grundlegenden Begriffen und Konzepten beibehalten wird, werden die übrigen drei Kompetenzbereiche im neuen Modell systematisch erweitert und präzisiert (vgl. Weißenö & Ziegler, Handbuch Geschichts- und Politikdidaktik, 2022, S. 23–24).

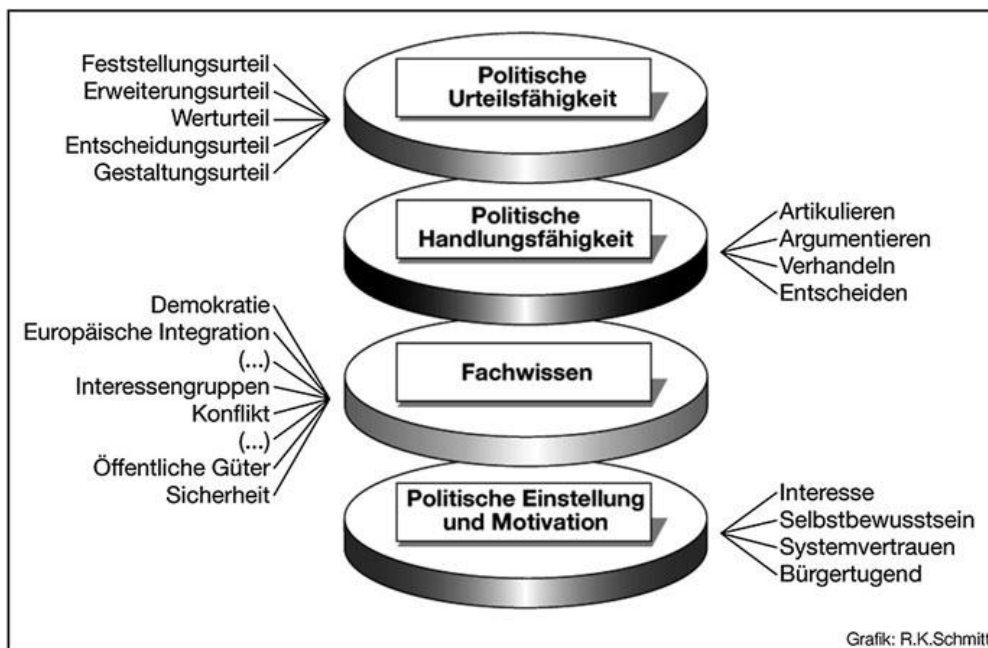


Abb. 4 „Politikkompetenz“ (Detjen et al. 2012, S. 15)

Politische Urteilskompetenz⁶

Die korrekte Definition laut dem Bundesrecht lautet:

Schülerinnen und Schüler sollen dazu befähigt werden, gesellschaftliche bzw. politische Entscheidungen, Probleme und Kontroversen zu beurteilen. Dazu sind von ihnen begründete Sach- und Werturteile zu entwickeln, die vor dem Hintergrund von Grund- und Menschenrechten kritisch reflektiert werden müssen. Zudem gilt es, sich mit bereits vorliegenden Urteilen auseinanderzusetzen. In jedem Fall gilt es darauf zu achten, dass sich Schülerinnen und Schüler der Interessen hinter politischen Urteilen und der jeweiligen Perspektiven bewusst werden (Interessen- und Standortgebundenheit) (Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, 2024, S. 125).

Das zentrale Ziel der politischen Urteilskompetenz liegt vor allem im selbstreflexiven und reflektierten Bewusstsein der Politik. Die Schülerinnen und Schüler sollen am Ende ihrer Schullaufbahn in der Lage sein, Entscheidungen von Politikerinnen und Politikern bzw. von Regierungen zu verstehen und zu deuten. Individuelle politische Urteile müssen sich an gesellschaftlich anerkannten Werten und Theorien orientieren. Die Urteilsbildungen sollen von den Schülerinnen und Schülern reflektiert werden, indem Fragen behandelt und formuliert werden (vgl. Krammer, S. 11).

⁶ Definition nach: Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 29.12.2024, S. 125)

Die GPJE (2004, S. 25) sieht für den Bereich der politischen Urteilsfähigkeit folgende Bildungsstandards für das Ende der gymnasialen Oberstufe vor:

„Die Schülerinnen und Schüler können

- an einem für die Lerngruppe geeigneten Beispiel einen politischen Entscheidungsprozess in wesentlichen Aspekten analysieren (verschiedene Politikdimensionen, beteiligte Institutionen, einwirkende gesellschaftliche Interessen, wirtschaftliche und rechtliche Bedingungen, internationale Verflechtungen);
- Logiken und Mechanismen medialer Politikinszenierung entschlüsseln (z. B. mediale Inszenierung von Politik, Agenda-Setting, Meinungsbildung, Skandalisierung);
- divergierende politisch-philosophische Grundhaltungen hinter kontroversen politischen Positionen identifizieren (z. B. unterschiedliche Demokratiebegriffe, Menschenbilder, Gesellschaftsvorstellungen);
- sich die politischen Voreinstellungen und Wertmaßstäbe bewusst machen, die die eigenen politischen Urteile beeinflussen;
- einfachere sozialwissenschaftliche Argumentationen verstehen, strukturieren, vergleichen und beurteilen;
- Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Sachverhalten und politischen Entscheidungen analysieren;
- ausgewählte Politikfelder auf politische Handlungsprobleme hin analysieren und Handlungsoptionen beurteilen.“

Politische Handlungskompetenz⁷

Die korrekte Definition laut dem Bundesrecht lautet:

Der Unterricht soll die Bereitschaft und Fähigkeit zu politischem Handeln fördern. Schülerinnen und Schüler sollen dazu eigene Positionen reflektieren und artikulieren, Positionen anderer verstehen und aufgreifen sowie an der gemeinsamen Entwicklung von Lösungen mitwirken. Dies ist durch

⁷ Definition nach: ebd., S. 125

simulatives Handeln und andere Unterrichtsmethoden zu erproben (Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, 2024, S. 125).

Laut Krammer (S. 12) soll im Lernkorridor der politischen Handlungskompetenz vor allem die Bildung und in der Folge die Vertretung der eigenen politischen Haltung und Meinung gefördert werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen am Ende der Schulzeit vor allem in Konfliktfällen in der Lage sein, ihre Meinung zu vertreten. Im Schulalltag beginnt das meist bei der Wahl zur Klassensprecherin oder zum Klassensprecher. Letztendlich soll diese Haltung auch zu einer Bereitschaft bei demokratischen Prozessen wie Wahlen führen.

Die GPJE (2004, S. 25-26) sieht für den Bereich der politischen Handlungsfähigkeit folgende Bildungsstandards für das Ende der gymnasialen Oberstufe vor:

„Die Schülerinnen und Schüler können

- Wahlentscheidungen reflektiert treffen und begründen;
- verschiedene Formen politischen Engagements für eine konkrete politische Situation vorschlagen (z. B. Parteien, Verbände, Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinitiativen, ggf. Bürger-/Volksentscheide, Klagerechte) und ggf. realisieren.“

Politbezogene Methodenkompetenz⁸

Die korrekte Definition laut dem Bundesrecht lautet:

Den Lernenden sollen Methoden zur Analyse und Interpretation von Daten, Bildern und Texten aus Politik und Gesellschaft vermittelt werden. Damit wird die Grundlage für politische Sachurteile geschaffen. Gleichzeitig wird durch die kritische Auseinandersetzung mit politischer Kommunikation (auch in digitalen Medien) politische Partizipation angeregt (Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, 2024, S. 125).

Im Bereich der politbezogenen Methodenkompetenz sollen die Schülerinnen und Schüler dazu angeregt werden, Informationen aus der politischen Landschaft kritisch zu reflektieren. In diesem Kompetenzbereich sollen methodische Schritte zur kritischen Reflexion vermittelt und umgesetzt werden. Am Ende der Schulzeit wird von den Schülerinnen und Schülern erwartet,

⁸ Definition nach: ebd., S. 125

dass sie diese Methoden ein- und umsetzen können und so eine eigene Manifestation des Politischen aufbauen können (vgl. Krammer, S. 13).

Die GPJE (2004, S. 25) sieht für den Bereich der methodischen Fähigkeiten folgende Bildungsstandards für das Ende der gymnasialen Oberstufe vor:

„Die Schülerinnen und Schüler können

- Arbeitsvorhaben zu Themen politischer Bildung selbstständig und in Gruppen planen, realisieren bzw. recherchieren und die Ergebnisse dokumentieren;
- verschiedene Präsentations- und Visualisierungstechniken nutzen;
- einen politischen Vortrag halten;
- mit politischen und einfacheren sozialwissenschaftlichen Texten sicher umgehen;
- unterschiedliche methodische Zugänge zu einer Thematik abwägen und sich begründet für einen angemessenen Zugang entscheiden;
- in elementarer Form an begrenzten Fragestellungen selbst sozialwissenschaftlich arbeiten (z. B. kleine statistische Erhebungen, Interviewreihen, Wahlprognose);
- eine Facharbeit formulieren und dabei Techniken wissenschaftlichen Arbeitens nutzen.“

Politische Sachkompetenz⁹

Die korrekte Definition laut dem Bundesrecht lautet:

Fachspezifische Begriffe und Konzepte werden reflektiert, angewandt und weiterentwickelt. Dabei gilt es, an vorhandene Vorstellungen der Lernenden anzuschließen und einer altersgemäßen Konkretisierung sowie Weiterentwicklung besondere Aufmerksamkeit zu schenken (Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, 2024, S. 125).

In der politischen Bildung stellt die Vermittlung von Wissen kein Selbstzweck dar, sondern ist vielmehr ein Instrument zur gezielten Förderung politischer Kompetenzen. Der Ausbau dieser

⁹ Definition nach: ebd., S. 125

Kompetenzen bedingt in der Regel eine inhaltliche Vertiefung des bereits vorhandenen Wissens der Schülerinnen und Schüler. Neues Wissen sollte daher an bestehende Vorerfahrungen und Deutungsmuster der Lernenden anknüpfen und so gestaltet sein, dass es zur Weiterentwicklung und qualitativen Verbesserung dieser bestehenden Vorstellungen beiträgt (vgl. GPJE, S. 14).

Laut GPJE (S. 14) bildet die Auseinandersetzung mit grundlegenden Konzepten, Deutungsmustern und Erklärungssystemen, welche politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Zusammenhänge verständlich machen, den Kern der politischen Bildung. Dieses Wissen wird in der Fachliteratur häufig als konzeptuelles Deutungswissen bezeichnet. Es umfasst grundlegende Orientierungen, die das Verständnis zentraler Strukturen und Prozesse in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht ermöglichen. In der Psychologie wird vergleichbares Wissen als Schema, Skript oder mentales Modell bezeichnet. Der Fokus politischer Bildung liegt demnach in erster Linie auf der Weiterentwicklung spezifischer Wissensbestände. Diese Wissensbestände dienen den Lernenden dazu, ihre Wahrnehmung und ihr Verständnis der politischen Realität in einem umfassenderen Sinne zu ordnen und zu reflektieren.

2.2.2 Die Ziele der politischen Bildung in der Schule

Die zentralen Ziele der politischen Bildung nach Mitnik et al. (S. 50):

„Politische Bildung...

- ...leistet einen wesentlichen Beitrag zu Bestand und Weiterentwicklung von Demokratie und Menschenrechten;
- ...befähigt dazu, gesellschaftliche Strukturen, Machtverhältnisse und mögliche Weiterentwicklungspotentiale zu erkennen und die dahinter stehenden Interessen und Wertvorstellungen zu prüfen sowie im Hinblick auf eigene Auffassungen zu bewerten und allenfalls zu verändern;
- ...zeigt demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen auf und befähigt dazu, als Einzelperson, als Mitglied einer sozialen Gruppe und als Teil der Gesellschaft daran teilzuhaben;

- ...fördert Interesse an gesellschaftlichen Fragestellungen und die Bereitschaft, am politischen Leben teilzunehmen, um die eigenen Interessen, die Anliegen anderer und die Belange des Gemeinwohls zu vertreten;
- ...greift wesentliche politische Fragestellungen auf, wie z.B. die Legitimation von politischer Macht und deren Kontrolle, eine gerechte Ressourcenverteilung, den verantwortungsvollen und ressourcenschonenden Umgang mit Natur und Umwelt, die Gleichheit der politischen Rechte u.v.m.;
- ...ermöglicht das Erkennen, Verstehen und Bewerten verschiedener politischer Konzepte und Alternativen und führt zu einer kritischen und reflektierten Auseinandersetzung mit eigenen Wertvorstellungen und den Überzeugungen von politisch Andersdenkenden;
- ...basiert auf demokratischen Prinzipien und auf Grundwerten wie Frieden, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität; die Überwindung von Vorurteilen, Stereotypen, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie von Sexismus und Homophobie ist in diesem Zusammenhang besonders anzustreben;
- ...thematisiert die Rolle Österreichs in Europa und der Welt und vermittelt ein Verständnis für existentielle sowie globale Zusammenhänge und Probleme der Menschheit;
- ...vermittelt, dass eine gerechte Friedensordnung und faire Verteilung von Ressourcen für das Überleben der Menschheit notwendig ist und dass dies weltweit den Einsatz aller Kräfte erfordert und auch als persönliche Verpflichtung aufgefasst werden muss.“

2.2.3 Die Umsetzung in die Praxis

Für Mitnik et al. (S. 50) besteht das Ziel politischer Bildung im schulischen Kontext darin, Schülerinnen und Schülern die Kompetenz zu vermitteln, zentrale politische Kompetenzen zu entwickeln. Zu den relevanten Kompetenzen gehören daher das Fachwissen über politische Zusammenhänge, die Fähigkeit zur methodischen Analyse politischer Themen, die Kompetenz zur eigenständigen Urteilsbildung sowie zur aktiven Partizipation am politischen Geschehen. Im Rahmen der politischen Bildung werden den Lernenden daher grundlegende politische Konzepte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Geschlechtergerechtigkeit vermittelt, die sie dazu befähigen, diese in unterschiedlichen gesellschaftlichen Situationen sinnvoll einzusetzen.

Die Auseinandersetzung mit politischen Fragestellungen in einer lebensnahen Form stärkt nicht nur das Interesse am politischen Diskurs, sondern fördert auch die Motivation, sich aktiv in gesellschaftliche Prozesse einzubringen. Der Fokus liegt dabei nicht auf der Vermittlung von Wissen, sondern auf der Entwicklung eines reflektierten Urteilsvermögens, der Fähigkeit zum Dialog sowie des respektvollen Umgangs mit unterschiedlichen Positionen. Die Entwicklung von Medienkompetenz, insbesondere im Umgang mit digitalen Informationsquellen, nimmt dabei eine zentrale Stellung ein.

Hochwertige politische Bildung orientiert sich an verschiedenen Faktoren. Dazu zählen zum einen die Erfahrungen und Interessen der Schülerschaft, zum anderen aktuelle politische Entwicklungen und gesellschaftliche Herausforderungen. Darüber hinaus werden verschiedene mediale Formate politischer Kommunikation berücksichtigt. Schließlich ist auch die Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse – insbesondere aus den Disziplinen Pädagogik und Politikdidaktik – von entscheidender Bedeutung (vgl. ebd., S. 50).

Sander (2009, S. 303) kommt zu dem Schluss, dass sich durch die Orientierung an Kompetenzen für die Politische Bildung eine Vielzahl an Vorteilen ergibt. Sie ermöglicht die klare und weitgehend einvernehmliche Definition von Zielsetzungen und Aufgaben dieses Fachbereichs – auf eine Weise, die auch für Personen außerhalb der Schule, zum Beispiel für Eltern, nachvollziehbar ist. Gleichzeitig werden dadurch transparente Qualitätsmaßstäbe für die pädagogische Praxis gesetzt. Die Verwendung moderner Kompetenzmodelle widerlegt das hartnäckige Vorurteil, Politische Bildung sei lediglich eine Plattform für persönliche Meinungen, Gesinnung oder gar ideologische Einflussnahme. Vielmehr werden klar definierte fachliche Leistungen beschrieben, die unabhängig von den individuellen politischen Überzeugungen der Lehrkräfte, der Schülerinnen und Schüler sowie von einem rein faktenbasierten Wissensverständnis sind. In den deutschsprachigen Ländern hat sich die Politische Bildung durch die Kompetenzorientierung in der Diskussion um schulische Reformen besser integriert und zum Teil eine Vorreiterrolle übernommen. Als eines der ersten Unterrichtsfächer setzte sie sich proaktiv mit diesem Ansatz auseinander und trieb seine Weiterentwicklung voran. Dennoch dürfen die positiven Entwicklungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin zahlreiche Fragen und Herausforderungen bestehen. Ein Teil dieser Herausforderungen besteht in der fortbestehenden Notwendigkeit, mit den bestehenden Ressourcen umzugehen und diese bestmöglich einzusetzen. Einige dieser Herausforderungen sind bereits seit längerem bekannt, während andere erst kürzlich entstanden sind oder durch die

Debatte um Kompetenzen wieder verstärkt in den Fokus gerückt sind. Die Didaktik der Politischen Bildung sieht sich mit komplexen Aufgaben in Forschung, Theorieentwicklung und praktischer Umsetzung konfrontiert.

Die Implementierung politischer Bildung sollte nicht erst mit dem Eintritt in die höhere Schulstufe erfolgen, sondern bereits mit dem Schuleintritt in einer altersgemäßen Form erfolgen. Sie ist als fächerübergreifendes Bildungsprinzip in sämtlichen Unterrichtsfächern und schulischen Aktivitäten zu verankern, insbesondere im Rahmen gelebter Schuldemokratie. Schulen sollten als Erfahrungsräume demokratischer Mitgestaltung fungieren. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Kinder und Jugendliche bereits in jungen Jahren die Erfahrung machen, dass ihre Meinung von Bedeutung ist und dass gesellschaftliche Veränderung durch eigenes Engagement möglich ist. Für eine gelingende politische Bildung ist es essenziell, dass Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zur Mitbestimmung im Schulalltag erhalten. Beispielsweise kann aktive Teilnahme an Klassen- und Schulforen, im Schulgemeinschaftsausschuss oder in der Schülervvertretung als Form der Partizipation betrachtet werden. Demokratische Schulkulturen, die von gegenseitigem Respekt und Offenheit geprägt sind, stellen demnach eine zentrale Voraussetzung für gelingende politische Bildung dar. Die Wirksamkeit von politischer Bildung wird insbesondere dann potenziert, wenn diese nicht nur im schulischen Kontext, sondern auch durch Begegnungen mit relevanten politischen Akteurinnen und Akteuren sowie Institutionen ermöglicht wird. Der Austausch mit Repräsentantinnen und Repräsentanten aus Politik, Interessenvertretungen, Nichtregierungsorganisationen, Medien oder Bürgerinitiativen erweitert den Blick für gesellschaftliche Realitäten außerhalb des schulischen Rahmens. Dadurch werden politische Prozesse greifbarer (vgl. Mitnik et al., S. 50-51).

Die Evaluation von Lernergebnissen stellte in der politischen Bildung bereits vor der Implementierung kompetenzorientierter Ansätze eine anspruchsvolle Herausforderung dar. Da das Erlangen von politischem Wissen häufig mit der individuellen Identitätsentwicklung der Schülerinnen und Schüler assoziiert wird, bestand innerhalb des Fachbereichs eine gewisse Skepsis gegenüber der Praxis, die Bewertung von Leistungen anhand klassischer Noten zu gestalten. Mit dem zunehmenden Fokus auf messbare Lernergebnisse und einer insgesamt stärker auf Erfolge ausgerichteten Ausgestaltung des Bildungssystems verschärft sich diese Problematik. Die Implementierung von Bildungsstandards führt unweigerlich zur Frage nach deren Überprüfbarkeit. Für den Bereich der politischen Handlungskompetenz sind

standardisierte Tests grundsätzlich ungeeignet. In diesem Kontext sind ausschließlich qualitative Formen der Leistungsbeurteilung geeignet, bei denen die Schülerinnen und Schüler ihre Kompetenzen in konkreten, authentischen Handlungssituationen demonstrieren. Langfristig könnten sich solche Verfahren als die einzigen realistischen Möglichkeiten zur Evaluation in der politischen Bildung erweisen (vgl. Sander, S. 305).

Für Lehrkräfte geht mit politischer Bildung eine besondere Verantwortung einher. Eine offene Diskussionskultur im Unterricht erfordert zum einen die fachliche und didaktische Fähigkeit, politische Themen multiperspektivisch zu gestalten, zum anderen die Bereitschaft, unterschiedliche Meinungen zuzulassen und kontroverse Debatten zu fördern. Gemäß dem Prinzip der Kontroversität sollen im Unterricht unterschiedliche Auffassungen dargestellt und diskutiert werden, wie sie in der Gesellschaft existieren. Zudem ist es essenziell, dass Lehrkräfte ihre eigene politische Haltung nicht als allein gültige Wahrheit (vgl. Exkurs Beutelsbacher Konsens) präsentieren. Politische Bildung darf nie zur persönlichen Meinungsvermittlung oder Einflussnahme missbraucht werden. Vielmehr ist es essenziell, dass Schülerinnen und Schüler sich ein eigenes, selbstständiges Urteil bilden können. Pädagoginnen und Pädagogen sollen ihre eigene Meinung äußern dürfen, es wird jedoch erwartet, dass sie sicherstellen, dass Raum für andere Positionen bleibt und keine Meinung abgewertet wird. Die Politische Bildung ist eine Disziplin, die sich mit einer sich ständig wandelnden Gesellschaft beschäftigt. Daher kann sie als ein kontinuierlicher Prozess betrachtet werden, der nie abgeschlossen ist. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Lehrenden auf Grundlage von Aus- und Fortbildung ist daher von signifikanter Relevanz, um aktuelle politische Entwicklungen und didaktische Konzepte zeitgemäß in den Unterricht zu integrieren (vgl. Mitnik et al., S. 50-51).

2.3 Lehrplanbezug

In diesem Unterkapitel werden die Bildungs- und Lehraufgaben (5. bis 8. Klasse) des Unterrichtsfaches „Geschichte und Politische Bildung“ in der Oberstufe der Allgemeinbildenden Höheren Schule sowie die Zielsetzungen des Unterrichtsfaches „Politische Bildung und Geschichte (Wirtschafts- und Sozialgeschichte)“ an der Berufsbildenden Höheren Schule, konkret an der Handelsakademie, näher betrachtet. Der erste, formale Blick verrät, dass die Unterrichtsbezeichnung zwischen den Schultypen unterschiedlich ist. Während es in der

AHS als „Geschichte und Politische Bildung“ bezeichnet wird, steht im Lehrplan der HAK „Politische Bildung und Geschichte (Wirtschafts- und Sozialgeschichte)“.

Das Bundesrecht (S. 197-198) definiert das Unterrichtsfach in der AHS wie folgt: „Gemäß § 6 Abs. 4 des Schulorganisationsgesetzes können mehrere Gegenstände zu einem einzigen Gegenstand zusammengefasst werden. Der Pflichtgegenstand Geschichte und Politische Bildung fasst die Gegenstände Geschichte (5. und 6. Klasse) und Geschichte und Politische Bildung (7. und 8. Klasse) zusammen.“ Es ist das Ziel dieses pädagogischen Konzepts, über alle Schulstufen hinweg sowohl historisches als auch politisches Denken und Handeln zu fördern, um bei den Lernenden ein bewusstes, reflektiertes und selbstkritisches Geschichts- und Politikverständnis zu entwickeln.

Im Bundesrecht der HAK (S. 82-83) lautet die Definition folgendermaßen: „Der Cluster ‚Gesellschaft und Kultur‘ umfasst die Unterrichtsgegenstände ‚Politische Bildung und Geschichte (Wirtschafts- und Sozialgeschichte)‘ sowie ‚Geografie (Wirtschaftsgeografie)‘ und ‚Internationale Wirtschafts- und Kulturräume‘.“ Die Gestaltung des Unterrichts im Cluster zielt darauf ab, ein umfassendes Verständnis für die Zusammenhänge zwischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen zu vermitteln. In diesem Kontext kommt dem Erwerb eines umfassenden Demokratieverständnisses eine zentrale Bedeutung zu.

Das Schulorganisationsgesetz (kurz SchOG), beschreibt im § 2 Absatz 1 die Aufgabe der österreichischen Schule auch in Bezug zur politischen Bildung. Gemäß dies Gesetzestextes kommt den Bildungseinrichtungen in Österreich die bedeutende Aufgabe zu, die heranwachsenden Generationen zu reflektierten, reifen Erwachsenen auszubilden:

Die jungen Menschen sollen zu gesunden und gesundheitsbewussten, arbeitstüchtigen, pflichttreuen und verantwortungsbewussten Gliedern der Gesellschaft und Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich herangebildet werden. Sie sollen zu selbständigem Urteil, sozialem Verständnis und sportlich aktiver Lebensweise geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sein sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken. (§ 2 Abs. 1 SchOG)

Abschließend sei angemerkt, dass das Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung in jedem Schultyp als Pflichtgegenstände im Lehrplan verankert ist. Das heißt Geschichte und Politische Bildung ist ein Unterrichtsfach in der Volksschule, Mittelschule, Polytechnischen Schule, Berufsschule, allgemeinbildende höheren Schule, berufsbildende mittleren Schule und in der berufsbildenden höheren Schule (vgl. SchOG, S. 15-34).

2.3.1 AHS-Oberstufe¹⁰

Gemäß dem Lehrplan für allgemeinbildende höhere Schulen in Österreich (S. 197–205) kommt dem Unterrichtsfach „Geschichte und Politische Bildung“ eine zentrale Bedeutung zu. Dies bezieht sich einerseits auf die Persönlichkeitsentwicklung und andererseits auf die politische und gesellschaftliche Mündigkeit von Schülerinnen und Schülern. Die Zielsetzung des Unterrichtsfachs geht über den Erwerb von Wissen über historische Fakten oder politische Systeme hinaus. Vielmehr liegt der Fokus auf der Förderung eines tiefgehenden, reflektierten und selbstreflexiven Verständnisses von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Der Unterricht zielt darauf ab, junge Menschen dazu zu befähigen, gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu hinterfragen, verschiedene Deutungsansätze zu analysieren und ein umfassendes Verständnis für die Komplexität historischer und politischer Zusammenhänge zu entwickeln. Ein zentrales Anliegen des vorliegenden Lehrplans ist die Schaffung eines Bewusstseins für den Wandel von Strukturen im zeitlichen Verlauf. Der Prozess des historischen Lernens ist demnach nicht lediglich die rezeptive Aneignung von Fakten, sondern vielmehr als aktiver, konstruktiver Vorgang der Auseinandersetzung mit historischen Quellen, deren Interpretationen sowie Deutungsmustern zu betrachten. Das übergeordnete Ziel besteht darin, durch diesen Vorgang kritisches Denken zu schulen, Perspektivenvielfalt zu fördern und letztlich einen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung zu leisten. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Verbindung zwischen historischen Inhalten und gegenwärtigen Themen des gesellschaftlichen Raums, die eine Verknüpfung zwischen theoretischem Wissen und der praktischen Lebensrealität der Schülerschaft herstellt (vgl. Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 15.04.2025, S. 197-198).

¹⁰ Auszug aus dem Bundesrecht; vgl. Seite „BUNDESRECHT KONSOLIDIERT: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 15.04.2025“. In: RIS (Rechtsinformationssystem des Bundes), online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>, Geschichte und Sozialkunde/ Politische Bildung, S. 197-205 (15.04.2025).

Der Unterricht zeichnet sich durch einen interdisziplinären Ansatz aus, der regionale wie globale Perspektiven berücksichtigt. Die Vielfalt kultureller Werte und historischer Erfahrungen wird als Ressource für das Verständnis gegenwärtiger gesellschaftlicher Strukturen betrachtet. Die Konfrontation mit dem „Anderen“, sei es räumlich, kulturell oder zeitlich, trägt zur Entwicklung eines differenzierten Weltbildes bei. In diesem Zusammenhang wird als pädagogisches Ziel die Förderung von interkulturellem Lernen und globaler Verantwortung definiert. Das Verständnis für unterschiedliche Lebenswelten und Weltanschauungen wird demnach nicht als bloße Toleranz, sondern als aktive Anerkennung von Diversität verstanden, welche eine Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft bildet. Einen wesentlichen Aspekt in diesem Kontext stellt zudem die Reflexion von Geschlechterrollen sowie der gesellschaftlichen Konstruktion von Geschlechterverhältnissen dar. Gemäß dem Lehrplan werden sowohl historische als auch gegenwärtige Vorstellungen von Geschlechteridentitäten reflektiert und deren Wandelbarkeit bewusst gemacht. Das übergeordnete Ziel besteht darin, Schülerinnen und Schüler dazu zu befähigen, Geschlechtergerechtigkeit als einen gestaltbaren gesellschaftlichen Prozess zu begreifen. Dieser Ansatz leistet einen signifikanten Beitrag zur Entwicklung eines kritischen Verständnisses von Machtverhältnissen und sozialen Strukturen (vgl. ebd., S. 198).

Der Lehrplan fordert eine methodische Vielfalt, die den Unterricht lebendig und schülernah gestalten soll. Exemplarische Fallstudien, Längs- und Querschnittanalysen sowie methodenorientierte Arbeitsformen sind in diesem Zusammenhang als geeignete Zugänge zu betrachten. Im Mittelpunkt steht die Förderung aktiver Lernprozesse, bei denen Schülerinnen und Schüler nicht nur Wissen rezipieren, sondern es auch hinterfragen, anwenden und eigenständig weiterentwickeln. Historisch-politische Bildung zielt darauf, neben Wissensdimensionen auch affektive und handlungsorientierte Dimensionen abzudecken. In diesem Zusammenhang ist es von besonderer Relevanz, didaktische Prinzipien wie Subjektorientierung, Wissenschaftsorientierung, Problemorientierung, Lebensweltbezug, Multiperspektivität sowie das Prinzip der Kontroversität zu betonen (vgl. ebd., S. 199).

Das Zusammenspiel historischer und politischer Kompetenzen resultiert in einem umfassenden Bildungsansatz, der nicht nur die Vermittlung von Wissen, sondern auch die Förderung demokratischer Werte, sozialer Verantwortung und kritischer Urteilsfähigkeit anstrebt. Infolgedessen avanciert der Geschichts- und Politikunterricht zu einem substanziellen Instrument der Persönlichkeitsentwicklung und der Demokratieförderung. Darüber hinaus

betont der Lehrplan die Notwendigkeit, auch überfachliche Kompetenzen wie Sozial-, Selbst- und Kommunikationskompetenz im Unterricht zu berücksichtigen. Die Auswahl angemessener Methoden, wie beispielsweise Projektarbeit, Rollenspiele, Diskussionen sowie Lehrausgänge zu Gedenkstätten und politischen Institutionen, trägt zur Förderung einer ganzheitlichen Bildungserfahrung bei. Dabei werden die kognitiven, emotionalen und sozialen Dimensionen miteinander verbunden (vgl. ebd., S. 199-200).

Die Entwicklung und Implementation von Kompetenzen in den Bereichen Geschichte und Politische Bildung erfolgt bei der Planung und Durchführung des Unterrichts als ein zentraler Orientierungspunkt. Die Auswahl der Themenbereiche entsteht dabei mit der Maßgabe einer didaktischen Begründung und einer darauf abgestimmten Kompetenzorientierung. Das Ziel besteht in der nachhaltigen Förderung historischen Denkens sowie politischen Urteils- und Handlungsvermögens. Dieser Prozess wird durch das Zusammenspiel verschiedener Teilkompetenzen beeinflusst (vgl. ebd., S. 200).

Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die kontinuierliche Arbeit mit unterschiedlichen Anforderungsbereichen, die sich in die Dimensionen Reproduktion, Transfer und Reflexion gliedern. Die Kompetenzbereiche sind im Unterricht anzulegen. Neben den verbindlichen Teilkompetenzen in der 5. Klasse sowie den Jahrgängen der Sekundarstufe I (6. bis 8. Klasse) können zusätzlich individuelle Schwerpunkte gesetzt werden (vgl. ebd., S. 200).

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass im österreichischen Schulwesen seit September 2023 die semestrierte Oberstufe (kurz SOST) existiert. „Ab der 10. Schulstufe mindestens 3-jähriger Schulformen (6. Klasse AHS und II. Jahrgang bzw. 2. Klasse BMHS) werden die Klassen semesterweise geführt. (...) Wie schon bei der NOST verringern sich durch die Semestrierung die Lerninhalte für den Leistungsnachweis, weil jeder Unterrichtsgegenstand pro Semester beurteilt wird.“ (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, 2021, S. 1). Daher wird im Lehrplan der Jahrgang mit Semestern unterteilt.

Jahrgang	Lehrstoff
5. Klasse (1. und 2. Semester)	Von der griechisch-römischen Antike bis zum Ende des Mittelalters unter Berücksichtigung von Gegenwartsphänomenen
6. Klasse (3. Semester)	Vom Beginn der Neuzeit bis zum Ersten Weltkrieg unter Berücksichtigung von Gegenwartsphänomenen
6. Klasse (4. Semester)	Vom Beginn der Neuzeit bis zum Ersten Weltkrieg unter Berücksichtigung von Gegenwartsphänomenen
7. Klasse (5. Semester)	Politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklungen vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart
7. Klasse (6. Semester)	Politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklungen vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart
8. Klasse (7. Semester)	Wesentliche Transformationsprozesse im 20. und 21. Jahrhundert und grundlegende Einsichten in das Politische
8. Klasse (8. Semester)	Wesentliche Transformationsprozesse im 20. und 21. Jahrhundert und grundlegende Einsichten in das Politische

Tab. 2 Themenbereiche Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung – AHS-Oberstufe (S. 201-205)

2.3.2 BHS (am Beispiel Handelsakademie)¹¹

Die Fächer „Politische Bildung und Geschichte“ an berufsbildenden höheren Schulen (BHS) erfüllen eine zentrale Funktion in der Vermittlung von Orientierungswissen und der Förderung gesellschaftlicher und demokratischer Handlungskompetenz. Im Mittelpunkt steht die Befähigung junger Menschen, sich aktiv und reflektiert an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Dabei geht es nicht nur um das Erlernen politischer Strukturen oder geschichtlicher Ereignisse, sondern vor allem um die Entwicklung eines kritischen, wertebasierten Urteilsvermögens. Der österreichische Lehrplan betont die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Ausbildung, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Veränderungsprozesse im

¹¹ Auszug aus dem Bundesrecht; vgl. Seite „BUNDESRECHT KONSOLIDIERT: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – Handelsakademie und Handelsschule, Fassung vom 15.04.2025“. In RIS (Rechtsinformationssystem des Bundes), online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008944>, Politische Bildung und Geschichte (Wirtschafts- und Sozialgeschichte), S. 83-85 (15.04.2025).

Zusammenhang reflektiert. Ziel ist es, ein tiefgreifendes Demokratieverständnis zu entwickeln, das sowohl historische als auch aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen miteinbezieht (vgl. Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – Handelsakademie und Handelsschule, Fassung vom 15.04.2025, S. 83).

Der Lehrplan ist modular aufgebaut und gliedert sich in aufeinander aufbauende Kompetenzmodule, die über mehrere Schulstufen hinweg verteilt sind. Bereits im zweiten Jahrgang (3. und 4. Semester) erwerben Schülerinnen und Schüler grundlegende politische Kompetenzen: Sie lernen, politische Programme kritisch zu analysieren, Wertvorstellungen zu hinterfragen und sich mit den Grundlagen demokratischer Willensbildung auseinanderzusetzen. Besondere Aufmerksamkeit erhält hier der Umgang mit Medien, insbesondere in Bezug auf Meinungsbildung, Manipulation und politische Kommunikation. Im dritten Jahrgang (5. und 6. Semester) rückt die historische Perspektive stärker in den Fokus. Ziel ist es, ein grundlegendes Verständnis historischer Epochen, Prozesse und deren Auswirkungen auf Gegenwart und Gesellschaft zu fördern. Dabei werden auch wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte berücksichtigt, etwa durch die Analyse von Staatsbildungsprozessen, Herrschaftsstrukturen oder den Folgen der Industrialisierung. Die Verbindung von wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen soll dazu beitragen, komplexe Zusammenhänge verständlich zu machen. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei der Umgang mit historischen Quellen ein. Lernende werden angeleitet, Quellen kritisch zu deuten und sowohl rekonstruktiv (zum Verständnis vergangener Ereignisse) als auch dekonstruktiv (zur Analyse historischer Deutungsmuster) anzuwenden. Diese methodischen Fähigkeiten bilden das Fundament für eine reflektierte Geschichtskultur (vgl. ebd., S. 83-84).

Im vierten Jahrgang (7. Semester) erfolgt eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Grundlagen moderner Staatsbildung sowie mit autoritären und totalitären Herrschaftsformen. Im Zentrum steht die Analyse von Faschismus, Nationalsozialismus und kommunistischen Systemen sowie deren Auswirkungen auf Menschenrechte, Gesellschaft und politische Kultur. Dabei sollen Schülerinnen und Schüler insbesondere die Bedingungen für das Entstehen autoritärer Systeme verstehen und deren Mechanismen kritisch hinterfragen. Ergänzend dazu thematisiert der Lehrplan das Verhältnis von Religion und Staat. Die verschiedenen Modelle – vom Gottesstaat über den säkularen Staat bis hin zu modernen Fundamentalismen – werden hinsichtlich ihrer gesellschaftspolitischen Implikationen untersucht. Diese Analysen dienen nicht zuletzt dem Aufbau eines Bewusstseins für die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit,

Pluralismus und Toleranz. Die Aufarbeitung von Gewalterfahrungen in Geschichte und Gegenwart (z. B. Holocaust, Genozide, Bürgerkriege) wird durch Themen wie Widerstand, Versöhnung und Restitution ergänzt. Ziel ist es, ein reflektiertes Verhältnis zur Geschichte zu fördern und historische Verantwortung als Bestandteil aktiver Bürgerschaft zu begreifen (vgl. ebd., S. 84).

Im abschließenden Kompetenzmodul (8. Semester) erweitert sich der Blick auf globale politische und historische Zusammenhänge. Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit Prozessen wie Kolonialisierung, Entkolonialisierung und der Entstehung einer bipolaren Weltordnung im Kalten Krieg. Dabei lernen sie, internationale Machtverhältnisse, regionale Konflikte und geopolitische Interessen kritisch zu analysieren. Die Rolle Österreichs – insbesondere im Spannungsfeld zwischen Neutralität und europäischer Integration – wird dabei ebenso berücksichtigt wie die Frage nach politischer Transformation in verschiedenen Weltregionen. Aktuelle gesellschaftspolitische Themen wie Digitalisierung, Globalisierung, Migration und kulturelle Diversität werden systematisch eingebunden, um die Relevanz historisch-politischer Bildung für das gegenwärtige Leben sichtbar zu machen. Ein innovatives Element des Lehrplans ist die Berücksichtigung von Kunst und kulturellen Ausdrucksformen als Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen. Schülerinnen und Schüler sollen lernen, künstlerische Darstellungen als zeitgenössische Kommentare und historische Quellen zu interpretieren. Diese ästhetische Dimension fördert nicht nur Kreativität, sondern auch ein vertieftes Verständnis für gesellschaftliche Veränderungsprozesse und Wertediskurse (vgl. ebd., S. 85).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Unterricht im Fach „Politische Bildung und Geschichte“ an der BHS nicht nur Wissen vermittelt, sondern auf die Entwicklung eines aktiven, demokratischen und verantwortungsvollen Selbstverständnisses abzielt. Politische Urteilsfähigkeit, historisches Denken und gesellschaftliche Beteiligung sind integrale Bestandteile dieses Bildungsprozesses. Die Schülerinnen und Schüler sollen in die Lage versetzt werden, gesellschaftliche Strukturen zu verstehen, politische Entscheidungen kritisch zu hinterfragen und sich aktiv in demokratische Prozesse einzubringen. Durch die konsequente Verbindung von historischen, politischen und wirtschaftlichen Perspektiven leistet dieses Unterrichtsfach einen wertvollen Beitrag zur politischen Mündigkeit junger Menschen, und somit zur Stabilität und Weiterentwicklung demokratischer Gesellschaften.

Jahrgang	Lehrstoff
2. Jahrgang (3. Semester)	- Politische Parteien und ihre ideologischen Grundsätze - Politische Willensbildung - Grund- und Freiheitsrechte - Bürgerrechte - Wertevorstellungen und Wertekonflikte - Politische Differenzierung und Meinungsbildung - Aktuelle politische Herausforderungen
2. Jahrgang (4. Semester)	- Das politische System Österreichs - Parlamentarismus und politische Debatte - Wahlen - Möglichkeiten der Interessenvertretung und Lobbyismus - Populismus und Politik - Medien - Österreich als Mitglied der europäischen Gemeinschaft
3. Jahrgang (5. Semester)	- Geschichte als Entwicklungsprozess - Meilensteine in der Entwicklungsgeschichte - Zeitenwenden und Epochen am Beispiel der Wende Mittelalter-Neuzeit - Grundlagen des modernen Staates und Umsetzungsversuche bzw. Gegenströmungen
3. Jahrgang (6. Semester)	- Veränderungen der Arbeitswelt und der Sozialstrukturen durch Industrialisierung und Globalisierung - Wirtschaftsordnungen und deren ideologische Grundlagen - Idealtypische Modelle - Zusammengehörigkeit und Ausgrenzung - Nationalitäten- und Kulturkonflikte
4. Jahrgang (7. Semester)	- Staat und Religion - Die Aufklärung und deren Bedeutung für den modernen Staat - Totalitäre und autoritäre Systeme

	- Eskalation politischer Auseinandersetzungen - Friedensregelungen - Verantwortung im Umgang mit Geschichte
4. Jahrgang (8. Semester)	- Europäisierung und Amerikanisierung, Kolonialisierung und Entkolonialisierung, Neokolonialisierung - Bipolare Welt - Blockfreie und neutrale Staaten - Lebenswelten West und Ost, Nord und Süd - Politische Transformationen - Lebenswelten entwickelter Staaten - Kunst als Ausdrucksform der gesellschaftlichen Entwicklung und des Zeitgeistes

Tab. 3 Lehrstoff Politische Bildung und Geschichte (Wirtschafts- und Sozialgeschichte) – HAK (S. 83-85)

Ein weiterer Punkt, der im Lehrplan der Handelsakademie sofort auffällt, ist, dass es keine fachspezifischen Kompetenzbereiche gibt, welche jene Kompetenzbereiche aufbauen sollen, die bereits in der Sekundarstufe I erworben wurden. In der AHS-Oberstufe wird sehr viel Wert darauf gelegt, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer schulischen Karriere die Kompetenzen erreichen; im Lehrplan der BHS (am Beispiel der Handelsakademie) steht dazu nichts Entsprechendes.

2.4 Aktuelle Umfragen zum politischen Interesse bei Jugendlichen

In Bezug auf das Thema und die Forschungsfrage der vorliegenden wissenschaftlichen Arbeit ist es von zentraler Bedeutung, aktuelle Umfragen und Erhebungen zum politischen Interesse Jugendlicher in Österreich zu analysieren. Solche empirischen Daten ermöglichen nicht nur einen Einblick in das gegenwärtige politische Bewusstsein und die Beteiligungsbereitschaft junger Menschen, sondern liefern auch eine fundierte Grundlage für weiterführende Überlegungen zur politischen Bildung und Partizipation. Im Folgenden werden daher ausgewählte Studien vorgestellt und hinsichtlich ihrer Aussagekraft sowie ihrer Relevanz für das Forschungsinteresse dieser Arbeit eingeordnet.

2.4.1 Ö3 Jugendstudie 2025

Die jüngste Umfrage zum Thema „Lebenswelt und Einstellungen der Generation Z“ ist jene von Ö3, welche Anfang April 2025 die Ergebnisse der „Ö3 Jugendstudie 2025: GenZ – wir sind eine unterschätzte Generation!“ veröffentlicht haben. Die Ergebnisse der Ö3-Jugendstudie 2025 legen nahe, dass ein signifikanter Anteil der jungen Bevölkerung in Österreich ein hohes Interesse an politischen Themen hat. 77 Prozent der 16- bis 25-Jährigen haben nach eigenen Angaben ein grundsätzliches politisches Interesse. Gleichzeitig fühlt sich jedoch nur ein geringer Anteil von 22 Prozent von der Politik tatsächlich vertreten. Diese Schere zwischen Interesse und politischer Repräsentation ist ein zentrales Ergebnis der Studie (vgl. Ö3, 2025). Obwohl eine Vielzahl von Herausforderungen, wie beispielsweise die Pandemie oder wirtschaftliche Krisen, besteht, zeigt sich eine Mehrheit der jungen Menschen als politisch interessiert. Etwa die Hälfte von ihnen (56 Prozent) informiert sich regelmäßig, um sich eine eigene Meinung zu bilden. 32 Prozent geben an, sich regelmäßig zu informieren, finden dies aber oft anstrengend (vgl. ebd.). Weitere 32 Prozent geben zwar an, dass sie sich regelmäßig informieren, empfinden dies aber oftmals als belastend (vgl. ebd.). Dies veranschaulicht, dass die Informationsbeschaffung als bedeutsam wahrgenommen wird, jedoch auch als emotional belastend empfunden wird.

Ein wichtiges Thema für die befragten Jugendlichen ist die Verbesserung der politischen Bildung in der Schule. Ein bedeutender Aspekt ist hierbei die Bewertung der gegenwärtigen schulischen Ausbildung, die von einem hohen Anteil der Befragten als nicht ausreichend empfunden wird, um auf das Leben als mündige Bürgerinnen und Bürger vorbereitet zu werden. Etwa die Hälfte der Befragten äußert den Wunsch nach speziellen Schulfächern, die sich mit Demokratiebildung und Medienkompetenz befassen (Ö3, 2025). Diese Forderung verdeutlicht, dass junge Menschen nicht nur Interesse an politischen Inhalten zeigen, sondern sich auch aktiv mit diesen auseinandersetzen möchten – vorausgesetzt, sie werden dabei ernst genommen und adäquat unterstützt. Viele Jugendliche engagieren sich trotz des geringen Vertrauens bei politischen Institutionen: Etwa die Hälfte von ihnen engagiert sich gemeinschaftlich, sei es im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeit, in Vereinen oder auf andere Weise. Darüber hinaus kann sich mehr als ein Viertel (27 Prozent) vorstellen, selbst politisch aktiv zu werden (Ö3, 2025). Diese Entwicklung lässt darauf schließen, dass junge Menschen dazu bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, auch wenn sie sich von der Politik oft nicht ausreichend gehört fühlen.

2.4.2 Demokratie Monitor 2024

Eine weitere aktuelle Umfrage ist jene des Parlaments Österreichs (2025). Die vom Sozialforschungsinstitut Foresight im Auftrag des österreichischen Parlaments durchgeführte Befragung zum Demokratie Monitor 2024 bietet aufschlussreiche Einblicke in die Einstellungen junger Menschen zur Demokratie und ihren Institutionen. Im Fokus der existierenden Studie steht ein zentrales Spannungsfeld zwischen hohem Interesse an politischen Themen und sinkendem Vertrauen in politische Institutionen. Diese empirische Untersuchung hat ergeben, dass 90 Prozent der 16- bis 26-Jährigen die Demokratie als beste Staatsform betrachten. Gleichzeitig bewerten nur noch 44 Prozent das politische System als funktionierend, was einem signifikanten Rückgang gegenüber 69 Prozent im Jahr 2018 entspricht (Parlament Österreich, 2025). Auffallend ist das Empfinden einer unzureichenden Repräsentation: Lediglich etwa ein Drittel der befragten Jugendlichen empfindet eine gute Vertretung im Parlament, und weniger als ein Viertel ist der Ansicht, dass ihre eigenen Interessen in politischen Entscheidungen adäquat berücksichtigt werden. Diese Entwicklungen weisen auf eine zunehmende „Repräsentationslücke“ hin, die das Vertrauen junger Menschen in demokratische Strukturen untergräbt (Parlament Österreich, 2025). Der Vertrauensverlust wird seitens der Jugendvertreterinnen und Jugendvertreter aus den Parlamentsparteien auf mehrere Faktoren zurückgeführt. Als wesentliche Faktoren werden die Vernachlässigung jugendspezifischer Anliegen durch die Pandemie, wirtschaftliche Unsicherheiten sowie das Verhalten einzelner Politikerinnen und Politikern genannt, die durch nicht eingehaltene Versprechen und fehlende Maßnahmen – etwa in den Bereichen leistbares Wohnen oder psychische Gesundheit – zur Politikverdrossenheit beigetragen hätten (Parlament Österreich, 2025).

Es ist festzustellen, dass sich das politische Interesse von Jugendlichen trotz der aufgezeigten Kritikpunkte nach wie vor als stark erweist. In der vorliegenden Untersuchung wurde festgestellt, dass 96 Prozent der Befragten angaben, sich über mehr als einen Kanal hinsichtlich politischer Themen zu informieren. Dabei wurden soziale Medien mit 66 Prozent, Tageszeitungen mit 57 Prozent und Fernsehen mit 50 Prozent als die wichtigsten Informationsquellen identifiziert. Es sei darauf hingewiesen, dass 57 Prozent der Jugendlichen das Bedürfnis äußern, sich eingehender mit aktuellen Gesetzesvorschlägen und parlamentarischen Abläufen zu befassen. Dies veranschaulicht, dass politisches Interesse nicht nur existiert, sondern auch gezielt gefördert werden könnte – beispielsweise durch transparente

und zielgruppengerechte Informationsangebote seitens des Parlaments sowie anderer politischer Akteurinnen und Akteure. Ein wichtiger Punkt betrifft die politische Bildung. Eine empirische Untersuchung hat ergeben, dass 85 Prozent der Jugendlichen ihre schulische Ausbildung im Bereich der politischen Debattenführung als unzureichend empfinden. Gemäß der Einschätzung von 57 Prozent der Befragten wurde die Kompetenz zur Analyse politischer Informationen nicht adäquat gefördert. Des Weiteren ist festzustellen, dass circa 50 Prozent der Jugendlichen die Vermittlung ihrer Rechte und Partizipationsmöglichkeiten durch das Bildungssystem als unzureichend bewerten (Parlament Österreich, 2025). Diese Mängel in der politischen Bildung stehen in direktem Zusammenhang mit dem Wunsch nach mehr Mitbestimmung und dem Bedürfnis, politische Prozesse besser verstehen und beurteilen zu können.

Zusammenfassend lässt sich bemerken, dass Jugendliche in Österreich über ein hohes Maß an politischem Bewusstsein verfügen, sich aber oft nicht gehört und ernst genommen fühlen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass eine verstärkte politische Bildung sowie eine Ausweitung echter Beteiligungsmöglichkeiten von entscheidender Bedeutung wären, um das Vertrauen in demokratische Institutionen wieder zu stärken.

2.4.3 Junge Menschen und Demokratie in Österreich 2023

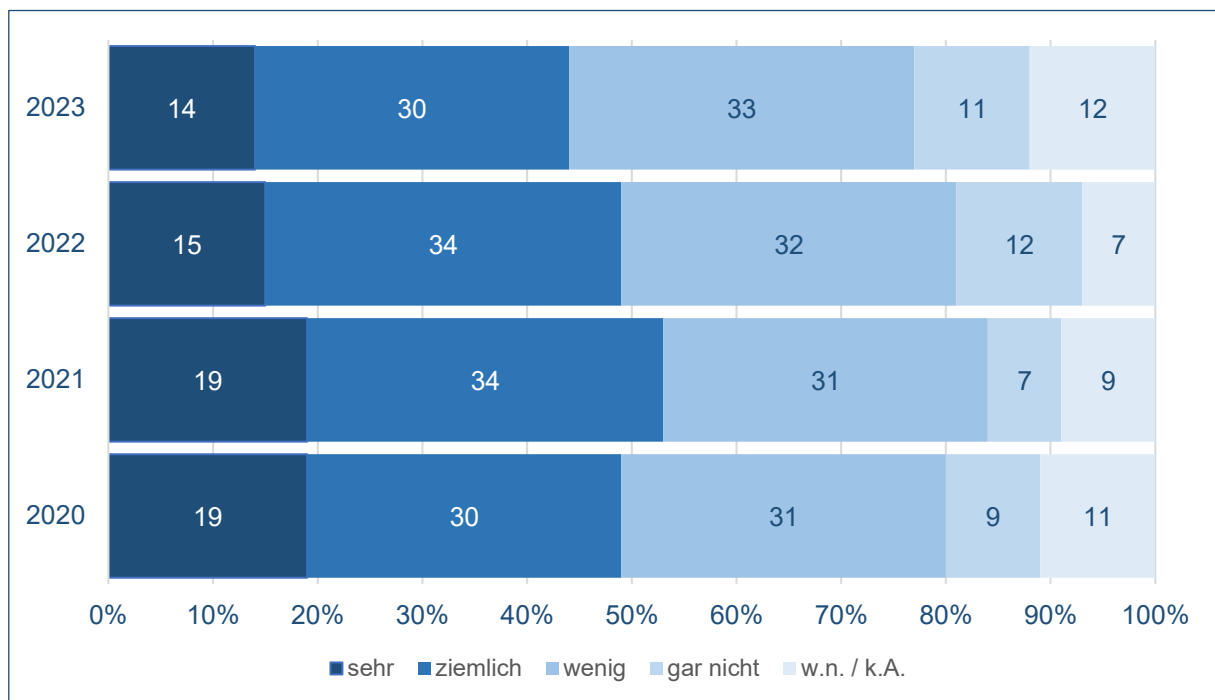
Die Studie „Junge Menschen und Demokratie in Österreich 2023“ (vgl. Bohrn & Zandonella, 2023) wurde vom *SORA – Institute for Social Research and Consulting*¹² im Auftrag des Österreichischen Parlaments durchgeführt. Ziel war es, die Meinungen, Einstellungen und Erfahrungen junger Menschen im Alter von 16 bis 26 Jahren zu Demokratie, politischer Partizipation, Institutionenvertrauen und schulischer politischer Bildung in Österreich zu erheben. Die Erhebung basiert auf einer kombinierten Methodik aus telefonischen Befragungen (CATI) und Onlinebefragungen (CAWI) mit einer Stichprobe von 343 Jugendlichen und wurde zwischen 30. August und 12. Oktober 2023 durchgeführt. Die Ergebnisse stellen eine Sonderauswertung des jährlich erscheinenden Demokratie Monitors dar.

Wie geht es den jungen Menschen? (vgl. ebd., S. 5-6)

Globale Krisen prägen die aktuelle Lebensrealität von Jugendlichen in Österreich. Insbesondere die wirtschaftlichen und psychischen Folgen der COVID-19-Pandemie sowie die steigende

¹² online unter: <https://www1.sora.at/index.php?id=1&L=1> [zuletzt aufgerufen am: 16.09.2025]

Inflation durch geopolitische Ereignisse (wie den Krieg in der Ukraine) haben große Auswirkungen. Bereits 36 Prozent der Jugendlichen geben an, dass sich ihre finanzielle Situation im letzten Jahr verschlechtert hat. Besonders prekär ist die Situation für diejenigen, die sich im Alltag stark einschränken müssen (22 Prozent sehr stark, 30 Prozent eher stark). Diese wirtschaftliche Unsicherheit hat direkte Auswirkungen auf das politische Selbstverständnis: Nur noch 44 Prozent der Befragten glauben, dass sie durch politisches Engagement etwas bewirken können - ein Rückgang um 9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021 (siehe dazu Abb. 5).



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Menschen wie ich können etwas bewirken, wenn sie sich politisch beteiligen.“

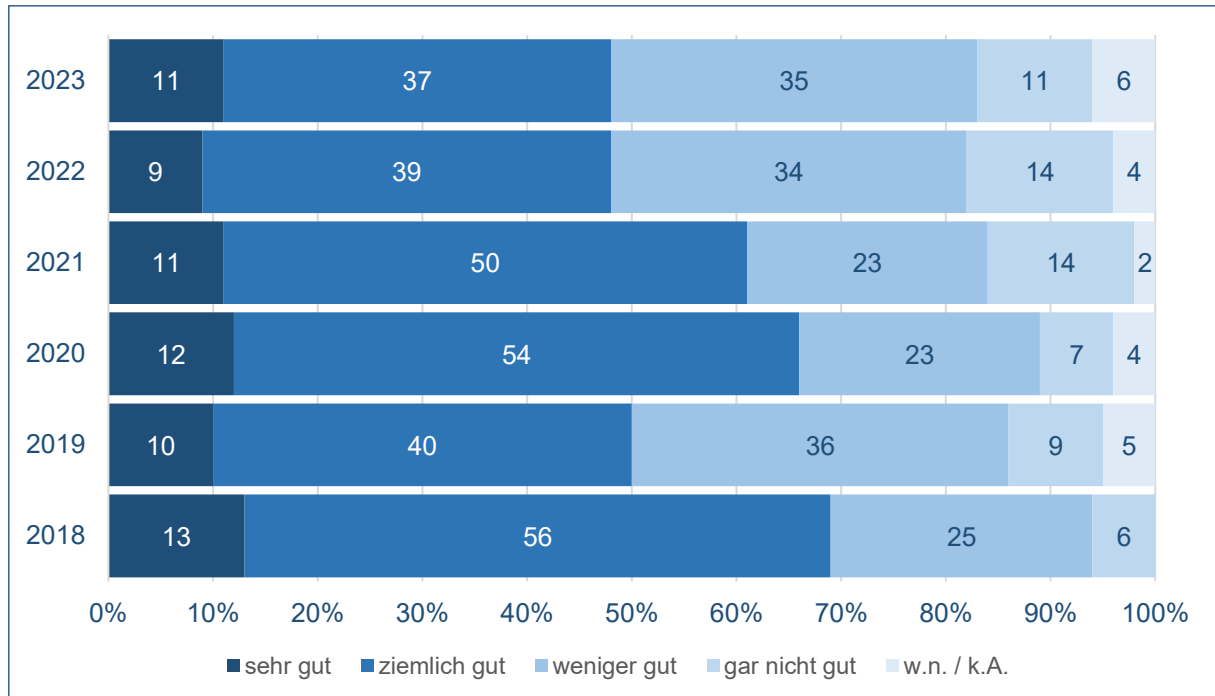
Abb. 5 Politische Selbstwirksamkeit (vgl. ebd., S. 6)

Auch im Hinblick auf die Zukunft sind die Jugendlichen gespalten: 33 Prozent erwarten eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation, 27 Prozent eine Verbesserung. Ein zentraler Einflussfaktor ist die wirtschaftliche Situation: Von den finanziell gut abgesicherten Jugendlichen erwarten nur 26 Prozent eine Verschlechterung - bei den finanziell prekären Jugendlichen sind es 49 Prozent.

Was denken die jungen Menschen über die Demokratie in Österreich? (vgl. ebd., S. 8-9)

Das politische Vertrauen ist auf einem Tiefpunkt (siehe dazu Abb. 6): Nur noch 48 Prozent der Jugendlichen finden, dass das System gut funktioniert. Zum Vergleich: 2018 waren es noch 69 Prozent. Besonders gering ist das Vertrauen bei jungen Menschen in prekären finanziellen

Verhältnissen (34 Prozent). Knapp die Hälfte (40 Prozent) hält zudem die Demokratie in Österreich für eher schwach. Das Gefühl mangelnder Repräsentation ist stark ausgeprägt: 54 Prozent fühlen sich im Parlament nicht vertreten – bei finanziell prekär lebenden Jugendlichen sind es sogar 67 Prozent.



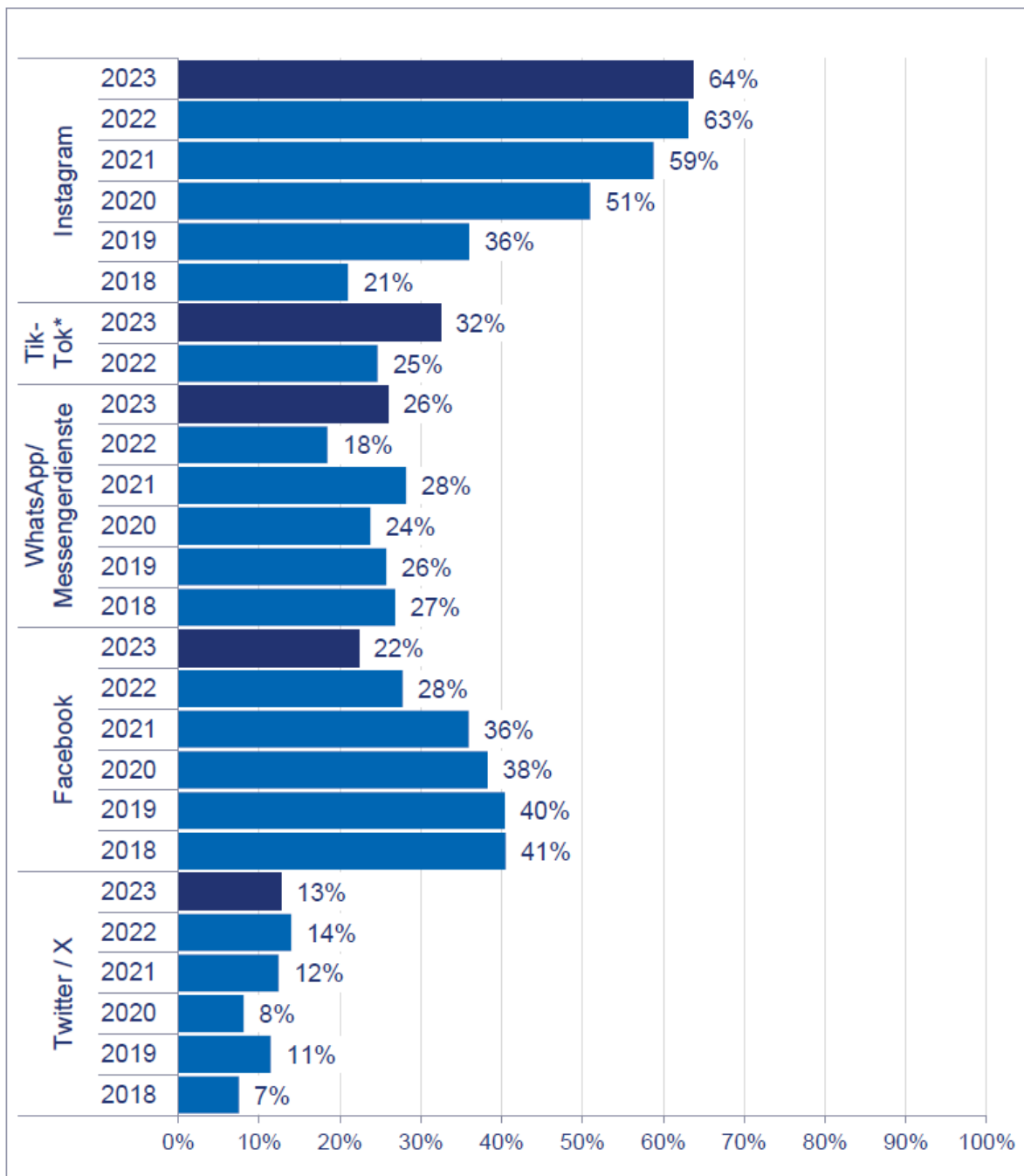
Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

Abb. 6 Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems (vgl. ebd., S. 8)

Das Vertrauen in die einzelnen Organe ist unterschiedlich stark ausgeprägt. Die Polizei (66 Prozent) und die Justiz (58 Prozent) genießen nach wie vor ein hohes Vertrauen. Dagegen verzeichnen das Parlament (41 Prozent) und die Bundesregierung (39 Prozent) deutliche Vertrauensverluste gegenüber 2020 (55 Prozent bzw. 51 Prozent).

Wo kommen junge Menschen mit Demokratie und Politik in Berührung? (vgl. ebd., S. 12-16)

Soziale Medien sind die wichtigste Informationsquelle: 58 Prozent nutzen sie wöchentlich für politische Informationen. Besonders beliebt sind Instagram (64 Prozent) und TikTok (32 Prozent). 50 Prozent lesen regelmäßig Zeitungen (Print oder Online), 42 Prozent nutzen YouTube. Auffällig ist der Kontext zwischen den Mitteln und dem Informationsverhalten: Jugendliche mit höherem Einkommen und höherer Bildung nutzen deutlich häufiger klassische Medien.



Frage im Wortlaut: „Und in welchen Sozialen Medien informieren Sie sich da? Angaben in Prozent aller befragten jungen Menschen. *TikTok wurde 2022 erstmals erhoben.“

Abb. 7 Nutzung sozialer Medien (vgl. ebd., S. 14)

Die Nutzung künstlicher Intelligenz ist weit verbreitet: 93 Prozent haben mindestens eine Form von KI genutzt, am häufigsten Übersetzungsprogramme (77 Prozent), gefolgt von Sprachmodellen wie ChatGPT (58 Prozent). 34 Prozent nutzen KI-Anwendungen im schulischen oder beruflichen Kontext. Beim Vertrauen scheiden sich die Geister: 46 Prozent vertrauen auf korrekte Ergebnisse durch KI, 42 Prozent nicht. Die Hälfte fordert gesetzliche Regelungen.

Mit wem sprechen junge Menschen über Politik? (vgl. ebd., S. 17)

Über Politik sprechen die Jugendlichen vor allem privat: 46 Prozent diskutieren mindestens einmal pro Woche mit ihren Eltern, 43 Prozent mit Freunden und 39 Prozent mit Kollegen und Kolleginnen. 10 Prozent geben an, mit niemandem über Politik zu sprechen. Ältere Jugendliche (21-26 Jahre) und Jugendliche mit höherer Bildung sprechen deutlich häufiger über politische Themen.

Wie beteiligen sich junge Menschen an Politik und Zivilgesellschaft? (vgl. ebd., S. 17)

Politische Partizipation findet vor allem über Wahlen statt: 70 Prozent haben in den letzten fünf Jahren gewählt. 61 Prozent engagieren sich im direkten Umfeld (Schule, Arbeit, Nachbarschaft), 35 Prozent in Vereinen oder Bürgerinitiativen, 30 Prozent haben an Demonstrationen teilgenommen, 15 Prozent waren in Parteien oder Interessengruppen aktiv. Nur 5 Prozent waren in keiner Weise aktiv. Jugendliche mit niedrigem Bildungs- oder Einkommensniveau sind seltener beteiligt, oft aufgrund fehlenden Wahlrechts oder fehlender positiver Erfahrungen mit politischer Partizipation. 79 Prozent hatten bereits Berührung mit den demokratischen Organen: 56 Prozent verfolgten eine Nationalratssitzung, 51 Prozent besuchten das Parlament vor Ort, 48 Prozent dessen Social-Media-Angebote, 46 Prozent sprachen mit Politikerinnen und Politikern, 29 Prozent nahmen an der *Demokratiewerkstatt*¹³ teil.

Wie bewerten die jungen Menschen ihre schulische politische Bildung? (vgl. ebd., S. 21-23)

59 Prozent der Befragten haben nach eigenen Angaben in der Schule zu wenig über politische Debatten gelernt. Über Bürgerrechte und Partizipationsmöglichkeiten hat etwa die Hälfte der Befragten zu wenig erfahren. Als mangelhaft wird auch die Medienkompetenz eingeschätzt - insbesondere die kritische Bewertung politischer Informationen. Diese Defizite wirken sich auf die politische Wirksamkeit und Partizipation aus: Wer sich in der Schule ausreichend informiert gefühlt hat, glaubt häufiger an die Wirksamkeit politischer Partizipation (58 Prozent gegenüber 31 Prozent) und beteiligt sich häufiger an Wahlen (80 Prozent gegenüber 64 Prozent).

¹³ online unter: <https://www.parlament.gv.at/erleben/demokratiebildung/demokratiewerkstatt> [zuletzt aufgerufen am: 19.06.2025]

2.4.4 Politische Partizipation von Jugendlichen bei der EU-Wahl 2024

Kroisleitner und Titze (2024) berichten in ihrem Online-Artikel in der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ über die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung von Jugendlichen bei der EU-Wahl 2024. Die Gesamtwahlbeteiligung belief sich auf lediglich 56,3 Prozent, was einen signifikanten Rückgang im Vergleich zu 2019 darstellt. Auffällig war insbesondere die geringe Wahlbeteiligung unter den unter 30-Jährigen, die entweder nicht an der Wahl teilnahmen oder ungültige Stimmen abgaben. Die Analyse des Artikels kommt zu dem Schluss, dass die genannte Gruppe nicht primär durch politisches Desinteresse gekennzeichnet ist, sondern vielmehr eine Wählerschaft repräsentiert, die sich von den führenden politischen Parteien nicht ausreichend vertreten fühlt. Eine signifikante Anzahl junger Menschen gab an, keine Partei gefunden zu haben, die ihre Interessen glaubwürdig repräsentiert. Andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studie führten an, dass sie mit ihrer ungültigen Stimme ein Zeichen setzen wollten oder sich in einem Entscheidungsprozess befanden. Expertinnen und Experten vertreten die Auffassung, dass die politische Bildung an Schulen zu wenig auf die politische Bildung in Europa eingehe. Es wurde festgestellt, dass Lehrkräfte häufig selbst Unsicherheiten im Umgang mit EU-Themen aufweisen. In Verbindung mit einem häufig als substanzlos wahrgenommenen Wahlkampf, der junge Zielgruppen kaum anspricht, resultiere dies in einem Gefühl politischer Entfremdung. Eine geringe Partizipation in jungen Jahren kann demnach zu einer reduzierten demokratischen Teilhabe im weiteren Verlauf führen. (vgl. ebd.).

Die Autorinnen und Autoren kommen in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass die niedrige Wahlbeteiligung unter jungen Menschen nicht allein durch Desinteresse, sondern durch eine Vielzahl von Faktoren erklärbar ist. Zu den maßgeblichen Faktoren zählen hierbei politische Enttäuschung, mangelnde Bildung sowie ein struktureller Ausschluss junger Akteure im politischen Diskurs. Kroisleitner und Titze (2024) betonen die Dringlichkeit, Jugendpartizipation nicht nur symbolisch, sondern konkret zu fördern. Zu diesem Zweck wird eine inklusivere politische Kommunikation sowie eine Stärkung der politischen Bildung in Schulen empfohlen (vgl. ebd.).

2.5 Schulisches und außerschulisches Angebot

Ziel dieses Unterkapitels ist die Darstellung eines Überblicks über die bestehenden schulischen und außerschulischen Angebote politischer Bildung für Kinder und Jugendliche in Österreich. Im Rahmen der Untersuchung wird in Erfahrung gebracht, welche Institutionen, Programme und Maßnahmen einen Beitrag zur politischen Bildung leisten und in welchem Umfang diese verfügbar sind. Hierbei wird ein kurzer Exkurs in Bezug auf internationale Ansätze im Bereich der politischen Bildung vorgenommen, um die österreichische Situation in einen internationalen Rahmen einzuordnen.

In diesem Kapitel wird die theoretische Grundlage für das Kapitel 5 (Interpretation der Ergebnisse) dieser Arbeit gelegt. Die im Kapitel 5 präsentierten Empfehlungen basieren auf den zuvor dargelegten Erkenntnissen und stellen eine Grundlage für die Analyse der empirischen Ergebnisse sowie für potenzielle Handlungsempfehlungen dar.

Exkurs „Demokratiebildung by doing“:

Demokratiebildung by doing, also Demokratieerziehung durch (aktives) Handeln, beschreibt die politische Mitgestaltung im schulischen und gesellschaftlichen Alltag. Gemeint ist das praktische Erleben und Einüben demokratischer Partizipation, wie zum Beispiel durch die Beteiligung an bestehenden Entscheidungsstrukturen wie Klassensprechersitzungen, dem Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) oder durch das Engagement in politischen Organisationen. Auch kreative Ausdrucksformen wie Aktionstheater oder symbolische Aktionen bei Demonstrationen gehören dazu. Ziel ist es, demokratische Werte in der eigenen Lebenswelt zu verankern und ein bewusstes, aktives politisches Selbstverständnis zu entwickeln. (vgl. Hellmuth, S. 21) Dieser Exkurs ist von Relevanz, da er verdeutlicht, dass politische Bildung nicht allein durch kognitive Vermittlung erfolgt, sondern insbesondere durch erlebte und gelebte Teilhabe an der Gesellschaft effektiv wird. Insbesondere im Rahmen der schulischen Demokratiebildung wird deutlich, dass die nachhaltige Verankerung theoretischen Wissens über demokratische Prozesse eine Verknüpfung mit praktischer Erfahrung erfordert. Der Verweis auf konkrete Beteiligungsformen unterstreicht zudem, in welchem Ausmaß schulische Strukturen genutzt werden können, um junge Menschen frühzeitig für demokratisches Engagement zu sensibilisieren und zu befähigen. Dieser Abschnitt liefert ein zentrales Argument für die Bedeutung handlungsorientierter Ansätze in der politischen Bildung.

2.5.1 Schulisches Angebot

In dem österreichischen „Grundsatzerlass Politische Bildung“ aus dem Jahr 2015 sind die grundlegenden Zielsetzungen politischer Bildung definiert. Der vorliegende Erlass ist als Vorschrift einzuordnen, die von einer übergeordneten Instanz – in diesem Fall dem Bundesminister für Bildung (Stand: 04/2025 – Christoph Wiederkehr) – an nachgeordnete Behörden, wie Schulen und Lehrpersonen, gerichtet wird. Der Erlass betont nicht nur die Relevanz der Verankerung politischer Bildung als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip, sondern hebt zudem die Signifikanz der Schulpartnerschaft zwischen Lehrkräften, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern als substanziellen Bestandteil demokratischer Bildungsarbeit hervor. Der Beschluss beruht auf wichtigen internationalen Regeln, vor allem auf der Charta des Europarats zur politischen Bildung und Menschenrechtsbildung und dem Beutelsbacher Konsens. Dabei ist politische Bildung ein Mittel, um demokratische Strukturen und die Menschenrechte zu stärken und weiterzuentwickeln. Sie soll Schülerinnen und Schülern beibringen, gesellschaftliche Machtverhältnisse, Interessen und Werte kritisch zu hinterfragen und sich in Politik einzubringen. Der Erlass orientiert sich dabei am österreichischen Modell für politische Bildung. Dieses Modell umfasst verschiedene Kompetenzbereiche wie Urteils-, Sach-, Handlungs- und Methodenkompetenz (vgl. Parlament Österreich).

Bei bildungspolitischen Diskussionen geht es oft darum, diese Ziele umzusetzen. Der Demokratie Monitor ist ein Projekt, das mit dem österreichischen Parlament zusammenarbeitet. Jedes Jahr stellt der Demokratie Monitor junge Menschen im Alter von 16 bis 26 Jahren die Frage nach der Qualität der politischen Bildung in Österreich. Die Ergebnisse seit 2018 sind nicht optimal. Mehr als die Hälfte der Befragten findet, dass es nicht gut ist, wie man lernt, mit Medien umzugehen oder wie man an politischen Diskussionen teilnimmt. Das Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule wurde eingerichtet, um die politische Bildung zu verbessern. Diese Institution bietet Lehrerinnen und Lehrern Unterrichtsmaterialien, Fortbildungen und Ideen für den Unterricht. Das Forum Politische Bildung ist ein Verein, der seit 1996 besteht. Er wird vom Bildungsministerium unterstützt. Er gibt die Reihe „Informationen zur Politischen Bildung“ heraus. Damit trägt er zur inhaltlichen Weiterentwicklung bei (vgl. ebd.).

2.5.2 Außerschulisches Angebot

Politische Bildung soll nicht nur in der Schule stattfinden, da in Österreich die Demokratiebildung im Nationalrat sehr wichtig ist. Das österreichische Parlament hat viele Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Dazu zählen zum Beispiel die *Demokratiewerkstatt*, das *Jugendparlament*¹⁴, das *Lehrlingsparlament*¹⁵, die mobilen Workshops *Demokratie in Bewegung*¹⁶ und die Wanderausstellung *Parlament on Tour*¹⁷. Das *Demokratikum*¹⁸ im neu gestalteten Parlamentsgebäude ist ein Informationszentrum. Auch Führungen durch das Parlament sind Teil der politischen Bildungsarbeit. Zudem machen die Bundesländer immer mehr Bildungsinitiativen, zum Beispiel in den Landtagen von Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und der Steiermark. Die „Aktionstage Politische Bildung“ finden jedes Jahr im April und Mai statt. Sie sind eine Maßnahme, mit der die Öffentlichkeit erreicht werden soll. Sie zeigen, dass es in Schulen, der Jugendarbeit, der Erwachsenenbildung und in Museen viele Möglichkeiten für politische Bildung gibt. Die Aktionstage 2024 standen unter dem Motto „Demokratie, Menschenrechte & Rechtsstaatlichkeit“. 2025 sind die Themen „Demokratie und Digitalität“ und „#Erinnern2025“. Die Initiative #DNAustria des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung sammelt, macht sichtbar und fördert regelmäßig Projekte zur Demokratie- und Wissenschaftsbildung (vgl. Parlament Österreich.).

Es gibt viele wichtige Gruppen, die sich um politische Bildung für Erwachsene kümmern. Eine davon ist die *Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung*¹⁹. Das ist ein Verein, der seit 1977 besteht und sich für politische Bildung einsetzt. Eine andere ist das Demokratiezentrum Wien. Das ist eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung. Sie unterstützt politische Bildung durch Forschung und Publikationen. Die *Interessengemeinschaft Politische Bildung*²⁰, kurz IGBP, ist ein Netzwerk von Fachleuten für politische Bildung. Auch die Hochschulen machen Politikunterricht professioneller. An verschiedenen pädagogischen Hochschulen und

¹⁴ online unter: <https://www.parlament.gv.at/erleben/demokratiebildung/jugendparlament> [zuletzt aufgerufen am: 16.09.2025]

¹⁵ online unter: <https://www.parlament.gv.at/erleben/demokratiebildung/lehrlingsparlament> [zuletzt aufgerufen am: 16.09.2025]

¹⁶ online unter: https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2016/pk0295 [zuletzt aufgerufen am: 16.09.2025]

¹⁷ online unter: <https://www.parlament.gv.at/erleben/demokratiebildung/parlament-on-tour> [zuletzt aufgerufen am: 16.09.2025]

¹⁸ online unter: <https://www.parlament.gv.at/erleben/demokratikum/index.html> [zuletzt aufgerufen am: 16.09.2025]

¹⁹ online unter: <https://politischebildung.at/> [zuletzt aufgerufen am: 01.10.2025]

²⁰ online unter: <https://igpb.at/> [zuletzt aufgerufen am: 01.10.2025]

Universitäten gibt es spezialisierte Einrichtungen, zum Beispiel das Zentrum für Politische Bildung an der Pädagogischen Hochschule Wien, das Zentrum für Geschichts- und Politikdidaktik an der PH Salzburg und der Arbeitsbereich Didaktik der Politischen Bildung am Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität Wien. In Österreich sind die politischen Parteien sehr wichtig für die politische Bildung. Das Gesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik (1984) erlaubt es jeder Partei, die im Nationalrat vertreten ist, eine eigene Parteiakademie zu betreiben. Diese Akademien bekommen jedes Jahr Geld vom Staat (vgl. ebd.).

2.5.3 Politische Bildung in anderen Staaten²¹

Die Studie des EU-Bildungsinformationsnetzes Eurydice aus dem Jahr 2017 bietet einen Überblick über den Politikunterricht an europäischen Schulen. Eine Aktualisierung der Studie wurde bereits angekündigt. Eine Karte des *CIVICS Innovation Hub*²² zeigt, welche Gruppen es in Europa gibt, die politische Bildung in den verschiedenen Ländern fördern. Die Diskussionen zur politischen Bildung in Österreich sind auch in anderen Staaten ähnlich. Anhand einer Auswahl von Beispielen werden die unterschiedlichen Herangehensweisen veranschaulicht:

England

Im Jahr 1990 wurde politische Bildung als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip in den Lehrplan integriert, jedoch ohne signifikante Auswirkungen zu erzielen. Die Implementierung von Citizenship Education als eigenständiges und verpflichtendes Unterrichtsfach erfolgte erst im Jahr 1998.

Frankreich

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass politische Bildung auf eine lange Tradition zurückblickt. Die Einführung der „instruction civique“, der staatsbürgerlichen Unterweisung, erfolgte bereits in den 1880er-Jahren. Gegenwärtig stellt die „Enseignement moral et civique“ einen wichtigen Bestandteil des Lehrplans dar. Politische Bildung wird im schulischen Kontext als eigenständiges Fach unterrichtet und zudem integrativ in andere Unterrichtsfächer, wie beispielsweise Geschichte und Geografie, eingebettet.

²¹ online unter: <https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/Welche-Bedeutung-hat-politische-Bildung-fuer-eine-Demokratie> [zuletzt aufgerufen am: 01.10.2025]

²² online unter: <https://thecivics.eu/> [zuletzt aufgerufen am: 01.10.2025]

Deutschland

In Bezug auf die demokratische Sozialisation nimmt politische Bildung eine zentrale Rolle ein. In nahezu allen Bundesländern ist sie als eigenständiges Schulfach verankert, wenngleich sie unter verschiedenen Bezeichnungen wie Sozialkunde, Gemeinschaftskunde oder Staatsbürgerkunde angeboten wird.

Tschechien

In den Fächern Sozialkunde und Geschichte findet eine Integration politischer Bildung statt. Historische Erfahrungen nach dem Ende des Kommunismus führten zu einer lang anhaltenden Skepsis gegenüber der politischen Bildung im schulischen Bereich. Erst ab 2009 erfolgte eine systematische Einführung.

Die vorliegenden Beispiele demonstrieren, dass das Phänomen der politischen Bildung in Europa eine heterogene Struktur aufweist und in unterschiedlichen Bildungssystemen verankert ist. Diese Heterogenität ist auf die historische Entwicklung, die politische Kultur und die bildungspolitischen Prioritätensetzungen der jeweiligen Länder zurückzuführen. (vgl. Parlament Österreich.).

2.5.4 Die Problematik und die Angebote für Nichtwählerinnen und Nichtwähler

Laut Statistik Austria (2025) betrug die Bevölkerung Österreichs am 1. Oktober 2024 vorläufig 9.191.141 Personen, davon 7.347.334 Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft und 1.843.807 Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Dem Bundesministerium für Inneres, kurz BMI, (2024) zufolge belief sich die Zahl der Wahlberechtigten für die Nationalratswahl am 16. Oktober 2024 auf 6.346.059. Das heißt, dass für die Nationalratswahl 2024 in etwa 20 Prozent der Menschen in Österreich nicht wahlberechtigt waren.

Zandonella und Ehs (2020, S. 69) kamen im Zuge ihrer Studie mit dem Thema „Die Auswirkungen von sozialer Ungleichheit auf die Demokratie“ zu folgendem Ergebnis: „Sozio-ökonomische Ressourcen bestimmen die Erfahrungen der Menschen mit dem politischen System und diese Erfahrungen entscheiden über ihr Vertrauen in die Demokratie und in die Wirksamkeit von Beteiligung.“ In weiterer Folge (S. 69) kamen die Forscherinnen zum Entschluss: „Soziale Ungleichheit übersetzt sich daher in politische Ungleichheit, weil sie

ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen entmutigt, sich einzubringen.“ Laut Zandonella und Ehs (S. 70) braucht es daher zentrale Punkte für politische Partizipation: „formale Bildung, Einkommen, ein gesicherter Arbeitsplatz und gesellschaftliche Anerkennung“. Soziale und wirtschaftliche Sicherheit und eine Politik, bei der der Mensch mitentscheiden kann, das sind laut den Forscherinnen jene Punkte, die eine Demokratie stärken (vgl. ebd., S. 70).

Der Wiener Integrationsmonitor 2023 (Stadt Wien, 2023) thematisiert das Demokratiedefizit, das sich aus dem fehlenden Wahlrecht für einen signifikanten Anteil der Wiener Bevölkerung ergibt. Gemäß den Ergebnissen der jüngsten Erhebung waren zu Beginn des Jahres 2023 33,4 Prozent der Wiener Bevölkerung ab einem Alter von 16 Jahren aufgrund ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit von der Mitwirkung an Wahlen auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene ausgeschlossen. Der besagte Anteil hat sich seit dem Jahr 2002 mehr als verdoppelt. Personen aus Drittstaaten sind in besonderem Maße betroffen, da ihnen auf Bezirksebene ein Wahlrecht verwehrt ist. EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern ist zwar die Teilnahme an Bezirksvertretungswahlen gestattet, sie sind jedoch von der Mitwirkung auf anderen politischen Ebenen ausgeschlossen. Gemäß den aktuellen statistischen Erhebungen belief sich die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen, die zum Zeitpunkt der Wahl das wahlfähige Alter erreicht hatten, jedoch nicht an einer dieser Wahlen teilnehmen durften, zum Anfang des Jahres 2023 auf rund 560.555 Personen (vgl. Stadt Wien, 2023).

Es ist festzustellen, dass eine Vielzahl dieser nicht wahlberechtigten Personen bereits seit geraumer Zeit in Österreich ansässig ist: 77 Prozent leben seit mindestens fünf Jahren und 54 Prozent sogar seit über zehn Jahren in Wien. Obwohl sie sich bereits seit vielen Jahren in Deutschland aufhalten, haben sie nicht die Möglichkeit, an der politischen Willensbildung teilzuhaben. Das Demokratiedefizit zeigt sich zudem in der Altersstruktur: Innerhalb der Gruppe der 25- bis 44-Jährigen sind 44,8 Prozent der Betroffenen nicht wahlberechtigt, während dieser Anteil bei den 16- bis 24-Jährigen 39,2 Prozent beträgt. Die vorliegenden Zahlen legen nahe, dass in erster Linie jüngere Bevölkerungsgruppen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind (vgl. ebd.).

Der Integrationsmonitor schlägt eine Maßnahme vor, die dem Demokratiedefizit entgegenwirken soll. Dabei geht es um eine Kopplung von politischen Mitbestimmungsrechten, wie dem Wahlrecht mit dem Wohnsitz. Das Wahlrecht soll nach einer gewissen Aufenthaltsdauer an alle Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz eingeräumt

werden. Die Implementierung dieser Maßnahme würde eine Förderung der Teilhabe und Inklusion in der Demokratie bedeuten und die politische Partizipation der langfristig ansässigen Bevölkerung stärken (vgl. ebd.).

Exkurs „Active Civics-Education“:

Im Zusammenhang mit den politischen Kompetenzen (vgl. Kapitel 2.2.1 Die Kompetenzen der politischen Bildung) steht immer wieder die Problematik mit der Demokratiebildung außerhalb der Schule, vor allem für Personen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Hellmuth (2023, S. 20) beschreibt Active Civics-Education als eine Form der Bildung von Demokratiebewusstsein, welche außerhalb des Schulalltags stattfindet, zum Beispiel bei Vorträgen oder Seminaren in öffentlichen und neutralen Bereichen. Laut dem Autor hat diese Form der Weiterbildung zum Vorteil, dass vor allem jene Menschen zu Wort kommen, „die von den traditionellen Möglichkeiten politischer Partizipation ausgeschlossen sind (z. B. Migrant*innen, die keine Staatsbürgerschaft besitzen)“.

Exkurs „Demokratiebildung“:

Die aktuelle Bundesregierung von Österreich, bestehend aus der ÖVP, der SPÖ und den NEOS, legt in ihrem Regierungsprogramm (2025) unter dem Titel „Jetzt das richtige tun. Für Österreich.“ Wert darauf, die Demokratiebildung in der Republik auszubauen. Das Wort „Demokratiebildung“ kommt in dem 211-seitigen Dokument sechs Mal vor:

- „Weiterentwicklung Pädagogik: darunter Ausbau der Schulautonomie, die Einführung des Fachs **Demokratiebildung** (10 Mio € jeweils 2025 und 2026)“²³ (S. 22)
- „Wir bekennen uns zum Konzept der umfassenden Landesverteidigung und setzen Maßnahmen in der **Demokratiebildung**, der Stärkung unserer Diskussionskultur sowie der Wissenschaftsfreundlichkeit.“²⁴ (S. 85)
- „Überarbeitung des Curriculums (Fokus auf Sprachförderung, Inklusion, Elternarbeit sowie Werte- und **Demokratiebildung**)“²⁵ (S. 184)

²³ Diese Aussage bezieht sich auf den Kontext „Offensivmaßnahmen im Doppelbudget 2025 & 2026“ im Bereich „Bildung & Integration“

²⁴ Diese Aussage bezieht sich auf den Kontext „Landesverteidigung“ im Bereich „Wehrhafte Demokratie“.

²⁵ Diese Aussage bezieht sich auf den Kontext „Bildung - Elementarpädagogik“ im Bereich „Ausbildungs- und Joboffensive in BAFEBs bzw. Kollegs“.

- „Wertevermittlung und frühkindliche **Demokratiebildung**“²⁶ (S. 184)
- „Die unterschiedlichen Angebote im Bereich **Demokratiebildung** durch Bündelung auf einer neu zu schaffenden Plattform sichtbar machen.“²⁷ (S. 187)
- „**Demokratiebildung** wird in der Sekundarstufe I als eigenes Unterrichtsfach verpflichtend verankert.“²⁸ (S. 189)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Stärkung der Demokratiebildung als ein zentrales Anliegen der aktuellen Bundesregierung zu betrachten ist. In ihrem Regierungsprogramm gibt sie jedoch keine Auskunft darüber, wie dies in naher oder ferner Zukunft aussehen wird.

Wie wichtig den drei Regierungsparteien die Demokratiebildung innerhalb der eigenen Partei ist, lässt sich durch einen Blick in deren Grundsatzprogrammen ableiten:

- Die **Österreichische Volkspartei (ÖVP)** erwähnt in ihrem Grundsatzprogramm nicht die Einführung eines Unterrichtsfaches Demokratiebildung oder ein solches mit ähnlichen Schwerpunkten. Zentrale Aussagen sind unter anderem: „Wir bekennen uns zum uneingeschränkten Recht auf Bildung.“, „Wir setzen uns für eine vielfältige Bildungslandschaft in Österreich ein, die von öffentlichen und privaten Einrichtungen gestaltet wird.“ oder „Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip und zu einem differenzierten Schulsystem, das den unterschiedlichen Talenten und Interessen der Kinder gerecht wird.“ (Grundsatzprogramm ÖVP, 2015, S. 37-39).
- Auch im Grundsatzprogramm der **Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ)** wird die Einführung des Unterrichtsfaches Demokratiebildung oder eines Faches in einer anderen Form nicht diskutiert. Im Vergleich zur ÖVP legt die SPÖ ihren Schwerpunkt auf Chancengleichheit in der Bildung, wie zum Beispiel mit: „Die beste Bildung für alle.“ oder „Wir wollen die beste Bildung – auch für Erwachsene.“ (Grundsatzprogramm SPÖ, 2018, S. 33-36)

²⁶ Diese Aussage bezieht sich auf den Kontext „Bildung - Elementarpädagogik“ im Bereich „Ganzheitliche Betreuung und Bildung“.

²⁷ Diese Aussage bezieht sich auf den Kontext „Schulische Bildung“ im Bereich „Werte und Integration“.

²⁸ Diese Aussage bezieht sich auf den Kontext „Schulische Bildung“ im Bereich „Innovation in Schule und Unterricht“.

- „Gemeinsame liberale Werte – verpflichtenden Ethik- und ‚Leben in einer Demokratie‘-Unterricht für alle einführen“ steht im Grundsatzprogramm der **NEOS** geschrieben. Allerdings findet sich dieser Passus nicht im Kapitel Bildung, sondern im Kapitel Integration (Grundsatzprogramm NEOS, 2024, S. 31). Im Kapitel der Bildung wird einerseits über Lehrplanreform, andererseits über Fort- und Weiterbildungen von Lehrkräften sowie Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern geschrieben (vgl. ebd., S. 11).

Das österreichische Parlament (o. D.) bietet vielfältige Angebote zur Demokratiebildung, um eine aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in politische Prozesse zu gewährleisten. Zu diesen Möglichkeiten zählen unter anderem (vgl. ebd.):

- **Demokratiewerkstatt**

Das Angebot ist darauf ausgerichtet, junge Menschen im Alter von 8 bis 19 Jahren zu fördern und umfasst sowohl Präsenzveranstaltungen als auch Online-Kurse. In insgesamt sieben thematisch spezialisierten Arbeitsgruppen – darunter „Parlament“, „Medien“, „Partizipation“ und „Europa“ – erarbeiten die Teilnehmenden Inhalte zu den Themen Demokratie, Gesetzgebung und politische Mitbestimmung. Die Ergebnisse werden in Form von Podcasts, Zeitungsartikeln oder Videos publiziert. Teilnehmende, die sich in besonderer Weise engagieren, haben die Möglichkeit, den Titel „Demokratiewerkstatt-Profi“ zu erlangen.

- **Online-Angebote**

Durch den Einsatz von Online-Werkstätten, der Demokratiewerkstatt virtuell, der *DemokratieWEBstatt*²⁹ sowie Lehrlingsforen wird ein Parlamentarismus ermöglicht, der im Unterricht oder vom Eigenheim aus kennengelernt werden kann.

- **Jugendparlament**

Schulklassen der 9. Schulstufe haben die Möglichkeit, am Jugendparlament teilzunehmen. Im Rahmen dessen diskutieren sie mit Abgeordneten, simulieren Gesetzesinitiativen und machen sich mit dem parlamentarischen Alltag vertraut.

- **Angebote für Lehrlinge**

Das Parlament bietet Lehrlingen ab 15 Jahren das Lehrlingsforum mit Workshops zu Themen wie Demokratie, Politik und EU an. Beim Lehrlingsparlament können die

²⁹ online unter: <https://www.demokratiewebstatt.at/demokratiewerkstatt> [zuletzt aufgerufen am: 16.09.2025]

Teilnehmenden erleben, wie Gesetze gemacht werden. Sie können auch ihre eigenen politischen Ideen einbringen.

- **Das Parlament auf Reisen**

Das Parlament besucht mit mobilen Workshops Bildungseinrichtungen in ganz Österreich. Das Programm *Parlament kommt zu dir*³⁰ ist für Schulen und Kindergärten. Es behandelt Themen wie Demokratie und Antisemitismus. *Parlament on Tour*³¹ ist eine Wanderausstellung. Sie vermittelt Informationen über Parlamentarismus und Demokratie.

Rudolf (2017, S. 13) beschreibt, dass politische Teilhabe bedeutet, zu einer Gruppe von Menschen zu gehören, die sich für Politik interessiert, und dass man auch mitmachen kann, wenn es darum geht, die Politik zu gestalten. Die Inhalte und Formen dieser Teilhabe können sehr unterschiedlich sein: Neben den üblichen Beteiligungsformen wie Wahlen oder Engagement in Parteien werden auch immer mehr andere Beteiligungsformate wichtiger, zum Beispiel Zukunftswerkstätten oder Runde Tische. Diese neuen Ansätze ergänzen die repräsentative Demokratie. Sie betonen den direkten Dialog aller Beteiligten während des Entscheidungsprozesses. Gleichzeitig bieten soziale Medien viele Möglichkeiten, sich politisch einzubringen (vgl. Bertelmann, Düber & Rohrmann, 2020, S. 76–77).

Politische Teilhabe ist besonders wichtig für die Politik vor Ort, weil das alltägliche Leben der Menschen hier stattfindet. Städte, Gemeinden und Landkreise sind überschaubar und haben einen direkten Einfluss auf das Leben der Menschen. Das macht es möglich, die Interessen von Menschen mit Behinderungen vor Ort sichtbar zu machen und in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Kommunalpolitik kann also ein gutes Lernfeld für politische Bildung sein. Aber in der Praxis gibt es oft Probleme, wie eine Untersuchung aus Nordrhein-Westfalen zeigt (vgl. LAG SELBSTHILFE NRW e. V., 2015, S. 224).

Damit verschiedene gesellschaftliche Gruppen sich politisch gleichberechtigt beteiligen können, müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein. Man muss sich interessieren und mitmachen wollen. Außerdem muss man wissen, welche politischen Rechte und Möglichkeiten es gibt. Es ist auch wichtig, dass die Gruppe sich als politische Akteurin sieht und von anderen

³⁰ online unter: <https://www.parlament.gv.at/erleben/demokratiebildung/parlament-kommt-zu-dir/index.html> [zuletzt aufgerufen am: 16.09.2025]

³¹ online unter: <https://www.parlament.gv.at/erleben/demokratiebildung/parlament-on-tour/> [zuletzt aufgerufen am: 16.09.2025]

anerkannt wird. Es ist auch wichtig, dass man sich gut einbringen kann. Das heißt, man muss die richtigen Fähigkeiten haben und man muss auch wissen, was in dem jeweiligen Bereich erwartet wird (vgl. Bertelmann, Düber & Rohrmann, 2020, S. 78). Politische Bildung und politische Beteiligung stehen in einem Zusammenhang. Man kann sagen, dass politische Bildung wichtig ist, damit man mitmachen kann. Aber man kann auch durch aktives Mitmachen mehr lernen (vgl. LAG SELBSTHILFE NRW e. V., 2015, S. 225). Dieses Spannungsfeld betrifft Menschen mit Behinderungen und alle weiteren Gruppen, die bei politischen Prozessen mitmachen. (vgl. Bertelmann, Düber & Rohrmann, 2020, S. 80).

Zusammengefasst beleuchtet dieses Unterkapitel die strukturelle Problematik des Wahlrechtsausschlusses einer großen Bevölkerungsgruppe in Österreich. Eine Analyse aktueller statistischer Daten zeigt, dass etwa 20 Prozent der in Österreich lebenden Menschen nicht wahlberechtigt sind. Diese Gruppe setzt sich insbesondere aus Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft zusammen. Gemäß dem „Wiener Integrationsmonitor 2023“ ist festzustellen, dass ein Drittel der wahlfähigen Bevölkerung Wiens – insbesondere Personen aus Drittstaaten – von politischen Wahlen ausgeschlossen ist, obschon ein signifikanter Anteil dieser Personengruppe bereits seit vielen Jahren in Österreich lebt. Das vorliegende Demokratiedefizit betrifft insbesondere jüngere Altersgruppen. Gemäß Zandonella und Ehs (2020) sind soziale Sicherheit, Bildung und gesellschaftliche Anerkennung als zentrale Voraussetzungen für politische Teilhabe zu betrachten. Fehlt es an diesen Bedingungen, wird politische Partizipation strukturell erschwert. Der Integrationsmonitor präsentiert einen Lösungsansatz, der eine Kopplung des aktiven Wahlrechts an den Wohnsitz und eine gewisse Aufenthaltsdauer vorsieht. Das Ziel dieser Maßnahme besteht in der nachhaltigen Stärkung der demokratischen Inklusion aller in Österreich lebenden Menschen.

3. Empirische Erhebung

In dieser Masterarbeit nimmt die empirische Datenerhebung eine zentrale Rolle ein, da sie als methodischer Ansatz genutzt wird, um der Forschungsfrage nachzugehen, inwiefern schulische politische Bildung die politische Willensbildung von Jugendlichen beeinflusst. Der gewählte methodische Zugang basiert auf einem standardisierten Online-Fragebogen, welcher die Erhebung sowohl quantitativer als auch qualitativer Daten in strukturierter Form ermöglicht. Diese Methodik ermöglicht zum einen eine systematische Erfassung politischer Einstellungen, Wissensstände und Partizipationsformen und trägt zum anderen dazu bei, die subjektive Wahrnehmung und Bewertung politischer Bildung im schulischen Kontext zu erfassen.

Die Konzeption des Erhebungsinstruments erfolgte unter Berücksichtigung fundamentaler didaktischer und politikwissenschaftlicher Konzepte. Darüber hinaus wurde die Entwicklung auf Basis einschlägiger Fachliteratur durchgeführt. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Testgütekriterien nach Kubinger (2003) gelegt, um die wissenschaftliche Qualität des Instruments zu überprüfen und seine Eignung für die Beantwortung der Forschungsfrage abzusichern. Die Kombination aus qualitativen und quantitativen Erhebungsmethoden erlaubt die Generierung sowohl generalisierbarer Aussagen als auch tieferer Einsichten in individuelle Sichtweisen.

Im anschließenden Kapitel werden zunächst die zugrunde liegenden theoretischen Konzepte und der Aufbau des Fragebogens dargelegt. Im Anschluss erfolgt eine differenzierte Analyse anhand der zehn klassischen Testgütekriterien. Ziel der Untersuchung ist es, die Validität, Objektivität und Reliabilität des Instruments sowie dessen praktische Anwendbarkeit im schulischen Feld kritisch zu beleuchten. Aufbauend auf den zuvor gewonnenen Erkenntnissen erfolgt die Präsentation des konkreten Designs des Fragebogens sowie dessen Implementation im schulischen Umfeld.

3.1 Das Erhebungsinstrument Fragebogen

Ein zentraler Aspekt wissenschaftlicher Forschung besteht in der empirisch fundierten Erhebung und Analyse von Daten. In der vorliegenden Masterarbeit wurde ein Fragebogen entwickelt, der dazu dient, politische Einstellungen, Erfahrungen und Partizipationsformen von Jugendlichen zu ermitteln. In diesem Kapitel erfolgt eine Analyse der eingesetzten Methode,

um die Aussagekraft und wissenschaftliche Qualität der gewonnenen Daten zu fundieren. Zu diesem Zweck werden die etablierten testtheoretischen Qualitätskriterien herangezogen.

In diesem Kapitel wird die wissenschaftliche Tragfähigkeit des eingesetzten Erhebungsinstruments erörtert. Ziel dieses Unterfangens ist es, die Stärken und Schwächen des Instruments transparent zu machen und so die Bewertung seiner Eignung im Hinblick auf die Forschungsfrage dieser Arbeit vorzunehmen. Die vorliegende Einschätzung gründet sich zum einen auf theoretischen Vorgaben der Testtheorie und zum anderen auf einer kritischen Reflexion der praktischen Umsetzung im Rahmen der Studie.

3.1.1 Testgütekriterien

Der Terminus „Fragebogen“ wird in der Fachliteratur in unterschiedlichen Bedeutungen verwendet. Im anglo-amerikanischen Raum wird der Begriff „questionnaire“ synonym mit „scale“ verwendet. Dabei handelt es sich um ein Instrument, dessen Qualitätsstandards mit denjenigen psychologischer Tests vergleichbar sind. Dem gegenüber dient der Begriff „Fragebogen“ im deutschsprachigen Kontext oft als Oberbegriff für eine Vielzahl schriftlicher Erhebungsformen, die sich in unterschiedliche inhaltliche Bereiche einteilen lassen, beispielsweise die Erfassung von biografischen, wirtschaftlichen, schulischen, medizinischen oder demoskopischen Daten. In der Analyse dieser Formen ist es essenziell, die Befolgung grundlegender Qualitätsmaßstäbe zu gewährleisten, um die Generierung starker und verlässlicher Resultate zu ermöglichen. Zwar kann in diesen Formen nicht in jedem Fall direkt auf testtheoretische Fundamente zurückgegriffen werden, dennoch ist dies unerlässlich (vgl. Moosbrugger & Kelava, 2012, S. 2).

Die Fragestellung, welche Unterschiede zwischen einem wissenschaftlich fundierten psychologischen Test und einer nichtwissenschaftlichen Fragensammlung bestehen, lässt sich auf einen grundlegenden Unterschied zurückführen. Dieser besteht in den unterschiedlichen Ansätzen zur empirischen Überprüfung der erhobenen Daten. Ein psychologischer Test zeichnet sich durch die Prüfung und Dokumentation seiner Testgütekriterien aus. Testgütekriterien fungieren als Instrument der Qualitätsbeurteilung psychologischer Tests. Gemäß der vorliegenden Evidenz sollte das Testmanual eines Tests die Erfüllung der Testgütekriterien in adäquater Weise dokumentieren (vgl. ebd., S. 8). Gemäß Kubinger (2003,

S. 195) erfolgt die Qualitätsbeurteilung psychologischer Tests anhand folgender zehn Testgütekriterien:

1. Objektivität
2. Reliabilität
3. Validität
4. Skalierung
5. Normierung (Eichung)
6. Testökonomie
7. Nützlichkeit
8. Zumutbarkeit
9. Unverfälschbarkeit
10. Fairness

1. Objektivität

„Ein Test ist dann objektiv, wenn er dasjenige Merkmal, das er misst, unabhängig von Testleiter und Testauswerter misst. Außerdem müssen klare und anwenderunabhängige Regeln für die Ergebnisinterpretation vorliegen.“ (Moosbrugger & Kelava, 2012, S. 8)

2. Reliabilität

„Ein Test ist dann reliabel (zuverlässig), wenn er das Merkmal, das er misst, exakt, d. h. ohne Messfehler, misst.“ (ebd., S. 11)

3. Validität

„Ein Test gilt dann als valide („gültig“), wenn er das Merkmal, das er messen soll, auch wirklich misst und nicht irgendein anderes.“ (ebd., S. 13)

4. Skalierung

„Ein Test erfüllt das Gütekriterium der Skalierung, wenn die laut Verrechnungsregel resultierenden Testwerte die empirischen Merkmalsrelationen adäquat abbilden.“ (ebd., S. 18)

5. Normierung (Eichung)

„Unter der Normierung (Eichung) eines Tests versteht man das Erstellen eines Bezugssystems, mit dessen Hilfe die Ergebnisse einer Testperson im Vergleich zu den Merkmalsausprägungen anderer Personen eindeutig eingeordnet und interpretiert werden können.“ (ebd., S. 19)

6. Testökonomie

„Ein Test erfüllt das Gütekriterium der Ökonomie, wenn er, gemessen am diagnostischen Erkenntnisgewinn, relativ wenig finanzielle und zeitliche Ressourcen beansprucht.“ (ebd., S. 21)

7. Nützlichkeit

„Ein Test ist dann nützlich, wenn für das von ihm gemessene Merkmal praktische Relevanz besteht und die auf seiner Grundlage getroffenen Entscheidungen (Maßnahmen) mehr Nutzen als Schaden erwarten lassen.“ (ebd., S. 21)

8. Zumutbarkeit

„Ein Test erfüllt das Kriterium der Zumutbarkeit, wenn er absolut und relativ zu dem aus seiner Anwendung resultierenden Nutzen die zu testende Person in zeitlicher, psychischer sowie körperlicher Hinsicht nicht über Gebühr belastet.“ (ebd., S. 22)

9. Unverfälschbarkeit

„Ein Testverfahren erfüllt das Gütekriterium der Unverfälschbarkeit, wenn das Verfahren derart konstruiert ist, dass die zu testende Person durch gezieltes Testverhalten die konkreten Ausprägungen ihrer Testwerte nicht steuern bzw. verzerren kann.“ (ebd., S. 23)

10. Fairness

„Ein Test erfüllt das Gütekriterium der Fairness, wenn die resultierenden Testwerte zu keiner systematischen Benachteiligung bestimmter Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu ethnischen, soziokulturellen oder geschlechtsspezifischen Gruppen führen.“ (ebd., S. 24)

Wenn diese zehn Testgütekriterien erfüllt sind, ist davon auszugehen, dass es sich um einen wissenschaftlich fundierten (psychologischen) Test handelt.

3.1.2 Testarten

Die Einteilung psychologischer Tests kann anhand unterschiedlicher Kategorien erfolgen. Die Auswahl der relevanten Kategorie erfolgt dabei entsprechend der Art der zu erfassenden Merkmale und der Testkonstruktion. Im Allgemeinen wird eine Unterscheidung zwischen Leistungs- und Persönlichkeitstests vorgenommen (vgl. Moosbrugger & Kelava, 2012, S. 29).

Leistungstests

Die Durchführung von Leistungstests dient der Erfassung der kognitiven Leistungsfähigkeit einer Person. Der vorliegende Text befasst sich mit Aufgaben, die objektiv richtige oder falsche Lösungen aufweisen. Ein Beispiel hierfür sind Intelligenztests, Schulleistungstests, Entwicklungstests oder eignungsdiagnostische Verfahren. In den entsprechenden Testformaten erfolgt eine Evaluierung der allgemeinen Problemlösefähigkeit, spezifischer Kompetenzen oder der Beherrschung bestimmter Fertigkeiten unter zeitlichen oder inhaltlichen Belastungen (vgl. ebd., S. 29-30).

Persönlichkeitstests

Persönlichkeitstests fokussieren sich demgegenüber auf typisches Verhalten, Einstellungen, Motive und Persönlichkeitsmerkmale. Es werden keine als „richtig“ oder „falsch“ zu bewertenden Antworten erzeugt, sondern es erfolgt eine Einschätzung individueller Charakteristika. Die vorliegenden Tests lassen sich in drei Untergruppen einteilen:

1. **Objektive Persönlichkeitstests**, bei denen das Verhalten der Testperson in standardisierten Situationen beobachtet wird, sind ein geeignetes Mittel zur Erhebung valider Daten.
2. **Projektive Verfahren**, die mit mehrdeutigem Reizmaterial arbeiten, dienen der Erfassung unbewusster Persönlichkeitsanteile.
3. **Strukturierte Selbstberichtsverfahren**, wie beispielsweise Fragebögen, bei welchen die Befragten ihre Eigenschaften selbst einschätzen, wurden herangezogen (vgl. ebd., S. 30-31).

Weitere Testformate

Darüber hinaus kann eine Klassifizierung von Testverfahren nach ihrer Durchführung vorgenommen werden. Die Durchführung kann schriftlich, mündlich oder computerbasiert

erfolgen und ist sowohl als Einzel- als auch als Gruppenmaßnahme möglich. Eine weitere Differenzierung der Teststruktur ergibt sich zwischen Speed-Tests, bei denen die Bearbeitungszeit eine signifikante Rolle spielt, und Power-Tests, bei denen die Komplexität der Aufgaben im Zentrum steht (vgl. ebd., S. 32).

Die Auswahl eines angemessenen Testverfahrens ist dabei abhängig vom spezifischen Ziel und hat signifikanten Einfluss auf die Aussagekraft der erhobenen Daten. In diesem Zusammenhang ist die Einordnung der Testart im Rahmen empirischer Studien von zentraler Bedeutung (vgl. ebd., S. 32).

3.1.3 Analyse des Fragebogens nach Testgütekriterien

Gemäß Kubinger (2003) lässt sich der Fragebogen dieser Forschungsarbeit anhand der zehn grundlegenden Testgütekriterien wie folgt beurteilen:

1. Objektivität

Der Online-Fragebogen ist standardisiert aufgebaut. Die digitale Durchführung (Google Forms) gewährleistet eine hohe Objektivität hinsichtlich der Durchführung, Auswertung und Interpretation. Die Fragen sind in der Regel klar formuliert und lassen nur einen begrenzten Interpretationsspielraum zu, insbesondere im geschlossenen Teil des Tests.

2. Reliabilität

Die Zuverlässigkeit der Messung ist bei Einzelobjekten schwer zu beurteilen. Es mangelt an Skalen, die mehrere Items pro Konstrukt umfassen (beispielsweise für „politisches Interesse“ oder „Engagement“), was die Berechnung interner Konsistenz einschränkt. Eine Steigerung der Reliabilität kann durch den Einsatz von Itembatterien und die Bildung von Skalen erreicht werden.

3. Validität

Die Inhaltsvalidität ist als hoch zu bewerten, da zentrale Aspekte der politischen Bildung (Wissen, Einstellungen, Verhalten) thematisiert werden. Im Rahmen der Konstruktvalidität wäre es erforderlich, zu prüfen, ob die Fragen das theoretische Konzept (beispielsweise politische Handlungskompetenz) tatsächlich erfassen. Die Ermittlung einer Kriteriumsvalidität

kann durch einen Vergleich mit externen Variablen, wie beispielsweise der Wahlbeteiligung, erfolgen.

4. Skalierung

Die Verwendung von Antwortformaten, wie beispielsweise Likert-Skalen, erweist sich als sinnvoll, jedoch ist zu bemängeln, dass diese in einigen Fällen lediglich einstufige Fragen (beispielsweise Ja/Nein-Fragen) umfassen. Dies limitiert die Möglichkeiten zur Skala-Skalierung. Im Falle von Fragen, die mit Ratingskalen (beispielsweise Einschätzungen zu Interesse oder schulischer Einfluss) beantwortet werden, ist die Skalierung konsistent, jedoch ohne dokumentierte Prüfung linearer Zusammenhänge.

5. Normierung (Eichung)

Es liegt keine Normierung vor, die in wissenschaftlichen Tests als üblich zu betrachten ist, wenngleich sie bei einer einmaligen Befragung wie dieser nicht unbedingt vorausgesetzt werden kann. Es besteht jedoch die Möglichkeit, Mittelwerte und Standardabweichungen der Resultate als interne Referenzwerte zu kennzeichnen.

6. Testökonomie

Der vorliegende Fragenkatalog ist ökonomisch konzipiert. Die Bearbeitungsdauer ist angemessen, die Fragen sind kurz, verständlich und gut strukturiert. Die Durchführung einer Online-Erhebung bedingt keine zusätzlichen Kosten oder Aufwand für Auswertung und Durchführung.

7. Nützlichkeit

Die Konzeption des Fragebogens erfolgte mit der Intention, Erkenntnisse bezüglich des politischen Interesses, der Bildungserfahrungen und des Partizipationsverhaltens junger Menschen in Österreich zu erlangen. Die Daten stimmen mit der Studie überein. Das Kriterium der Nützlichkeit ist erfüllt.

8. Zumutbarkeit

Es ist festzustellen, dass die Durchführung der Befragung mit minimalem Aufwand verbunden ist. Die Anforderungen an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind demnach als gering einzustufen. Die Inhalte sind alltagsnah, weder emotional belastend noch übermäßig komplex. Die Zumutbarkeit ist demnach als hoch zu bewerten.

9. Unverfälschbarkeit

Eine Verknüpfung des Fragebogens mit bestehenden Testinstrumenten, wie beispielsweise politischen Kompetenzmodellen oder bewährten Fragebogenskalen, ist nicht ersichtlich. Dies erschwert einen Vergleich mit anderen Studien. Die Anlehnung an etablierte Konstrukte würde zu einer Steigerung dieses Werts führen.

10. Fairness

Die verwendeten Formulierungen sind als neutral und diskriminierungsfrei zu bezeichnen. Es erfolgt keine Benachteiligung oder Bevorzugung von Gruppen. Der Fragebogen so konzipiert, dass er auf ein breites Publikum ausgerichtet ist und eine faire Behandlung gewährleistet.

Zusammengefasst in einer Tabelle sehen die Gütekriterien wie folgt aus:

Testkriterium	Bewertung
Objektivität	Die standardisierte Online-Durchführung gewährleistet die Objektivität der Durchführung, Auswertung und Interpretation.
Reliabilität	Die Zuverlässigkeit der Messung ist bei Einzelobjekten schwer zu beurteilen.
Validität	Der Text ist sehr informativ und behandelt viele wichtige Themen der politischen Bildung.
Skalierung	Es sind teilweise Likert-Skalen vorhanden, aber nicht für alle Konstrukte. Die Struktur muss verbessert werden.
Normierung (Eichung)	Für eine Einzelstudie nicht unbedingt nötig.
Testökonomie	Das Online-Format spart Zeit, ist einfach zu bearbeiten und schont Ressourcen.
Nützlichkeit	Der Inhalt ist klar auf das Forschungsziel abgestimmt. Er hat einen hohen Erkenntnis- und Praxiswert für die Schule.
Zumutbarkeit	Der Inhalt ist gut und nicht zu schwer zu verstehen.
Unverfälschbarkeit	Es gibt keine Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Messinstrumenten oder Referenzwerten.
Fairness	Die Sprache ist neutral und alle können sie verstehen.

Tab. 4: Analyse des Fragebogens nach Testgütekriterien

3.2 Vorstellung des Fragebogens

In diesem Unterkapitel erfolgt die Vorstellung des Fragebogens, welcher eine weitere Grundlage dieser Forschungsarbeit bildet. Das folgende Unterkapitel präsentiert die Konzeption und theoretische Fundierung des eingesetzten Fragebogens. Der Mixed-Methoden-Ansatz bildet die Grundlage für die konkrete methodische Ausgestaltung auf Ebene des Erhebungsinstruments. Die Auswahl und Anwendung der Erhebungs- und Auswertungsmethoden basiert auf einer Kombination qualitativer und quantitativer Verfahren. Das Ziel dieses Unterkapitels besteht darin, die zugrunde liegenden methodologischen Überlegungen nachvollziehbar zu machen und die Relevanz der qualitativen sowie quantitativen Inhaltsanalyse im Kontext dieser Forschung zu verdeutlichen. Es wird sowohl die theoretische Anschlussfähigkeit als auch die empirische Fundierung der erhobenen Daten gestärkt. In der Folge werden der Fragebogen sowie die Antworten darauf präsentiert.

3.2.1 Mixed Methods-Forschungsmethode

Die Grundlage dieser Forschungsarbeit ist die Mixed Methods-Forschungsmethode. Wie bereits in Kapitel 1.4.3 Methodenmix kurz angeschnitten, kennzeichnet die Mixed Methods-Forschungsmethode in der Regel ein Forschungsdesign, bei dem qualitative und quantitative Methoden kombiniert werden. In der sozialwissenschaftlichen Forschung hat sich eine empirische Untersuchung, die die Verbindung zweier methodischer Ansätze vorsieht, als ein bewährter Ansatz zur Generierung fundierter Forschungsergebnisse etabliert. Seit den 1920er-Jahren lässt sich eine Trennung zwischen qualitativen und quantitativen Forschungsansätzen beobachten, die jeweils innerhalb eigenständiger methodologischer Traditionen und theoretischer Strömungen verlaufen. Die Diversität der Zielsetzungen sozialwissenschaftlicher Forschung mündete in der Ausbildung zweier methodischer Richtungen, aus denen wiederum spezifische Qualitätskriterien hergeleitet werden können. Es sei darauf hingewiesen, dass diese zum Teil erheblich voneinander abweichen können. In der praktischen Forschung können daraus methodische Spannungen resultieren (vgl. Kelle, 2022, S. 163-164).

Die Ziele der qualitativen und quantitativen Forschung sind unterschiedlich. Deshalb gibt es mittlerweile viele Qualitätsstandards für beide Forschungsrichtungen. Diese sind aber unterschiedlich und können deshalb manchmal nicht zusammenpassen. In der Forschung sind Objektivität und Reliabilität wichtig. Objektivität bedeutet, dass die Ergebnisse nicht vom

Beobachter abhängen. Reliabilität bedeutet, dass die Ergebnisse immer gleich sind, wenn sie wiederholt werden. Außerdem muss man die Ergebnisse auf alle Menschen anwenden können und nach Theorien arbeiten. Qualitative Forschung will vor allem neue soziale Phänomene verstehen und Einzelfälle oder bestimmte soziale Umstände genau beschreiben. Diese forschungspraktische Ausrichtung bedingt eine hohe Offenheit gegenüber dem Untersuchungsgegenstand. Eine Vereinbarkeit mit der im quantitativen Ansatz üblichen Vorformulierung präziser Hypothesen, dem Einsatz standardisierter Erhebungsinstrumente oder großen Stichprobenzahlen ist nur schwer zu bewerkstelligen. Aus der Perspektive der interpretativen Soziologie kann zudem die These aufgestellt werden, dass Forschenden zu Beginn ihrer Untersuchung häufig die erforderlichen Kenntnisse über die handlungsleitenden Bedeutungsstrukturen in dem jeweiligen sozialen Feld fehlen. Ein solches Wissen ist jedoch für die Entwicklung standardisierter Messinstrumente oder die Formulierung von Hypothesen von entscheidender Bedeutung (vgl. ebd., S. 165–166).

3.2.2 Qualitative Inhaltsanalyse

Mayring und Fenzl (2019, S. 633) definieren die qualitative Inhaltsanalyse mit folgenden Worten:

Qualitative Inhaltsanalyse stellt eine Auswertungsmethode dar, die Texte bearbeitet, welche im Rahmen sozialwissenschaftlicher Forschungsprojekte in der Datenerhebung anfallen, z. B. Transkripte von offenen Interviews oder Fokusgruppen, offene Fragen aus standardisierten Befragungen, Beobachtungsprotokolle aus Feldstudien, Dokumente, Akten, Zeitungsartikel und Internetmaterialien.

Im Kontext der Mixed Methods-Forschungsmethode kann laut Mayring und Fenzl (2019, S. 641) die qualitative Inhaltsanalyse inzwischen als ein Bestandteil jener Mixed Methods-Ansätze betrachtet werden, die in der methodologischen Diskussion der letzten Jahre zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Diese Methodenkombination, die auf den Konzepten der Triangulation nach Denzin basiert, hat zur Entwicklung vielfältiger Modelle geführt, in denen qualitative und quantitative Analyseverfahren integriert werden. Die qualitative Inhaltsanalyse erlaubt dabei sowohl induktive als auch deduktive Vorgehensweisen. Die vorliegende Arbeit zeichnet sich durch eine Kombination aus detaillierter, textnaher Analyse im Sinne eines idiografischen Ansatzes und der Fähigkeit aus, übergreifende, quantifizierende Aussagen zu treffen. In der Konsequenz ermöglichen diese Methoden die

Integration sowohl deskriptiver als auch messender Analysen innerhalb eines Forschungsdesigns (vgl. ebd., S. 641).

3.2.3 Quantitative Inhaltsanalyse

Bortz und Döring (2006, S. 738) beschreiben den Begriff der quantitativen Inhaltsanalyse als:

Empirische Forschung, die mit besonderen Datenerhebungsverfahren quantitative Daten erzeugt und statistisch verarbeitet, um dadurch neue Effekte zu entdecken (Exploration), Populationen zu beschreiben und Hypothesen zu prüfen (Explanation).

Im Fokus der als Mixed Methods bezeichneten Forschungsmethode steht die quantitative Analyse, bei der numerische Daten sowie deren statistische Auswertung im Zentrum der Untersuchungen stehen. (vgl. Mayring und Fenzl, S. 641).

3.2.4 Fragebogenbeschreibung

Der Fragebogen (siehe dazu auch „9.1 Fragebogen“ im Anhang), der dieser Untersuchung zugrunde liegt, ist als standardisiertes und anonymisiertes Online-Instrument konzipiert. Das Vorhaben zielt darauf ab, die politische Meinungs- und Entscheidungsfindung von Heranwachsenden im Alter von 16 bis 18 Jahren zu erfassen und insbesondere den Einfluss des Schulunterrichts, speziell des Faches Geschichte und Politische Bildung, auf politische Haltungen, Kenntnisse und die Bereitschaft zur Partizipation zu analysieren. Der Fragebogen umfasst insgesamt 27 Items, die sich aus geschlossenen Fragen (Einzel- und Mehrfachauswahl), Skalen sowie offenen Fragen zusammensetzen. Die Bearbeitungszeit beträgt durchschnittlich etwa 30 Minuten. Die Fragen gliedern sich in acht thematische Abschnitte:

1. Demographische Daten

Zu Beginn werden grundlegende demographische Angaben erhoben. Die befragten Jugendlichen geben ihr Alter (zwischen 15 und „älter als 18 Jahre“) sowie ihr Geschlecht (weiblich, männlich oder divers) an. Diese Daten dienen einer differenzierten Analyse nach Altersgruppen und Geschlechtsidentitäten.

2. Politisches Interesse und Informationsquellen

Dieser Abschnitt erfasst das individuelle Interesse an politischen Themen auf einer vierstufigen Skala (von „gar nicht interessiert“ bis „sehr interessiert“) sowie die Häufigkeit politischer Informationsaufnahme. Zudem wird abgefragt, welche Informationsquellen von den Jugendlichen bevorzugt genutzt werden (beispielsweise Fernsehen, Zeitungen, soziale Medien wie Instagram oder TikTok, Schule oder das familiäre und freundschaftliche Umfeld). In einer offenen Frage werden die Jugendlichen gebeten, drei politische Begriffe zu nennen und zu erklären, um Rückschlüsse auf ihr politisches Vorwissen zu ermöglichen.

3. Politisches Wissen und Kompetenzen

Der dritte Teil des Fragebogens überprüft grundlegende Kenntnisse über das politische System Österreichs und die Europäische Union. Die Jugendlichen benennen etwa:

- die Prinzipien des österreichischen Wahlrechts (z. B. allgemeines, geheimes, freies Wahlrecht),
- die Aufgaben des Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin,
- den Unterschied zwischen EU-Verordnungen und EU-Richtlinien
- sowie die Zuständigkeiten verschiedener staatlicher Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden, EU) für bestimmte Politikfelder wie Schulrecht, Umweltgesetzgebung oder Außenpolitik.

4. Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung

In diesem Abschnitt wird untersucht, welche sozialen und medialen Einflüsse die politische Meinungsbildung der Jugendlichen besonders prägen. Zur Auswahl stehen unter anderem Eltern und Familie, Freundeskreis, Lehrkräfte, Mitschülerinnen und Mitschüler, klassische Medien und soziale Netzwerke. Zusätzlich geben die Teilnehmenden an, welche sozialen Medien (z. B. TikTok, Instagram, YouTube) ihre politische Meinung beeinflussen. Sie bewerten darüber hinaus, inwiefern der Schulunterricht ihre politische Meinung verändert hat, und ob Diskussionen mit Mitschülerinnen und Mitschülern zur Meinungsbildung beitragen. Eine offene Frage fragt nach politischen Themen, die im Unterricht ihrer Meinung nach zu kurz kommen.

5. Politische Partizipation und direkte Demokratie

Dieser Abschnitt erfasst die bisherigen Erfahrungen mit politischer Beteiligung. Die Jugendlichen geben an, ob sie bereits an politischen Diskussionen oder Debatten teilgenommen haben, sei es in der Schule, im Freundes- und Familienkreis oder online. Zudem werden Kenntnisse über Formen direkter Demokratie in Österreich (z. B. Volksbegehren, Volksabstimmung, Bürgerinitiative) abgefragt. Wählerinnen und Wähler beschreiben in einer offenen Frage, welche Faktoren ihre Wahlentscheidung beeinflusst haben. Jugendliche, die (noch) nicht gewählt haben, kreuzen mögliche Gründe für ihre Wahlenthaltung an, wie etwa fehlendes Interesse, mangelnde Information oder Misstrauen gegenüber Parteien.

6. Fragen für Nichtwählerinnen und Nichtwähler

Anschließend wird erhoben, ob eine verbesserte politische Bildung in der Schule die Bereitschaft zur Wahlteilnahme steigern würde. Die Antwortoptionen reichen von „Ja, auf jeden Fall“ über „Vielleicht“ bis „Nein“.

7. Politische Bildung in der Schule

Ein zentrales Thema des Fragebogens ist die subjektive Bewertung politischer Bildung im schulischen Kontext. Die Jugendlichen geben an, wie gut sie sich durch den Schulunterricht auf politische Entscheidungen vorbereitet fühlen (Skala 1–4). Sie listen die Fächer auf, in denen sie politische Inhalte behandelt haben, darunter Geschichte und Politische Bildung, Geografie, Religion oder Deutsch. Darüber hinaus beantworten sie, ob ihre politische Meinung durch schulische Bildung verändert oder gefestigt wurde. Es wird auch erhoben, ob sie sich wünschen, dass politische Bildung im Schulunterricht verstärkt behandelt wird. In einer offenen Frage können sie anführen, welche konkreten Themen oder Methoden sie sich im Fach Geschichte und Politische Bildung wünschen.

8. Zusatzfragen

Zum Abschluss können die Jugendlichen angeben, welche Frage ihrer Meinung nach im Fragebogen fehlt, und das Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung auf einer Skala von 1 („langweilig“) bis 4 („sehr wichtig“) bewerten.

3.3 Vorgangsweise bei der Unterrichtsforschung

Zur Beantwortung der zentralen Forschungsfrage dieser Masterarbeit – inwieweit das Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung zur politischen Willensbildung Jugendlicher in Österreich beiträgt – wurde eine quantitativ-empirische Unterrichtsforschung durchgeführt. Als Erhebungsmethode kam ein schriftlicher, teilstandardisierter Fragebogen zum Einsatz, der sich besonders für die systematische Erhebung individueller Einstellungen, Wissensstände und Verhaltensmuster eignete.

Auswahl der Untersuchungsschule und Zielgruppe

Die Untersuchung wurde am Wimmer Gymnasium in Oberschützen, einer privaten Allgemeinbildenden Höheren Schule im Burgenland, durchgeführt. Die Auswahl dieser Schule erfolgte aufgrund der bestehenden Kontakte zur Fachgruppe Geschichte und Politische Bildung sowie der Möglichkeit, die Zielgruppe direkt zu erreichen. Befragt wurden insgesamt fünf Klassen: die 8A, 8B, 8M sowie ergänzend die 7A, 7M und 6M. Die Gesamtstichprobe umfasste somit 76 Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 16 und 18 Jahren.

Genehmigung und rechtliche Rahmenbedingungen

Die Befragung wurde ordnungsgemäß bei der Bildungsdirektion für Burgenland beantragt. Mit dem „Ansuchen um Genehmigung zur Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen“ wurden alle geforderten Unterlagen fristgerecht eingereicht, darunter der Fragebogenentwurf, die schriftliche Zustimmung der Schulleitung, die Zustimmung der Erziehungsberechtigten (für minderjährige Teilnehmende) sowie eine datenschutzrechtliche Verpflichtungserklärung. Nach Erteilung der Genehmigung konnte die Erhebung gemäß den festgelegten Richtlinien durchgeführt werden.

Sowohl die Bildungsdirektion für Burgenland als auch das Wimmer Gymnasium in Oberschützen zeigten sich dabei äußerst kooperativ und unterstützten das Forschungsvorhaben in jeder Phase. Besonders hervorzuheben ist die Offenheit und Hilfsbereitschaft des Direktors, der Kolleginnen und Kollegen sowie der Schülerinnen und Schüler, die sich engagiert und interessiert an der Erhebung beteiligten. Diese positive Zusammenarbeit stellte eine wesentliche Grundlage für den reibungslosen Ablauf und die Qualität der Untersuchung dar. Die Befragung erfolgte anonym und freiwillig; es wurden keine personenbezogenen Daten erhoben, die Rückschlüsse auf individuelle Personen ermöglichten.

Aufbau und Inhalte des Fragebogens

Der Online-Fragebogen wurde auf Grundlage einer umfassenden Literaturrecherche entwickelt und umfasste sowohl geschlossene als auch offene Fragen, Skalenbewertungen und Zuordnungsaufgaben. Damit sollten zentrale Aspekte politischer Sozialisation, wie politisches Interesse, Faktenwissen, Informationsverhalten sowie die subjektive Bedeutung des Schulunterrichts, erfasst werden. Die Fragen orientierten sich an bestehenden Modellen der Politikdidaktik und empirischen Bildungsforschung und deckten acht thematische Bereiche ab.

Durchführung der Untersuchung

Die Erhebung wurde im Zeitraum von Ende Februar bis Ende März 2025 durchgeführt. Die Befragung fand im Rahmen des regulären Unterrichts statt, wodurch ein ruhiger und kontrollierter Erhebungsrahmen gewährleistet werden konnte. Die Teilnahme wurde den Schülerinnen und Schülern vorab erläutert, ebenso wie Ziel und Zweck der Untersuchung. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit des Online-Fragebogens betrug rund 25 bis 30 Minuten. Der Rücklauf war sehr hoch, wodurch eine aussagekräftige Datenbasis geschaffen werden konnte.

Auswertung der Daten

Die Auswertung der Daten erfolgte mithilfe des Tabellenkalkulationsprogramms Microsoft Excel. Zunächst wurden die Antworten kategorisiert und digital erfasst, anschließend deskriptiv ausgewertet. Dabei wurden Häufigkeiten, Mittelwerte und prozentuale Verteilungen berechnet. Zusätzlich wurden Unterschiede nach demographischen Kriterien wie Geschlecht, Alter und Klassenstufe berücksichtigt. Die Daten lieferten Hinweise darauf, welche Einflussfaktoren bei der politischen Meinungsbildung junger Menschen besonders wirksam waren und in welchem Ausmaß der Schulunterricht zu einem vertieften politischen Verständnis beitragen konnte.

Bedeutung der Methodik

Die gewählte Methodik ermöglichte es, eine breite empirische Basis für die Beantwortung der Forschungsfrage zu schaffen. Die standardisierte Form des Fragebogens sorgte für eine hohe Vergleichbarkeit der Antworten, während offene Fragen qualitative Einblicke in persönliche Meinungen und Bedürfnisse zuließen. Durch die Einbettung der Befragung in den schulischen Alltag und die sorgfältige Vor- und Nachbereitung konnte eine praxisnahe und zugleich wissenschaftlich fundierte Erhebung realisiert werden. Die Ergebnisse bildeten eine belastbare Grundlage für die abschließende Interpretation im Rahmen dieser Arbeit.

4. Auswertung der Ergebnisse mittels Excel

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde ein standardisierter Online-Fragebogen konzipiert, der sich an Jugendliche im Alter zwischen 15 und 18 Jahren richtete. Die Auswahl dieser Altersgruppe erfolgte bewusst, da sie sich an der Schwelle zur politischen Mündigkeit befindet und in absehbarer Zeit aktiv am politischen Geschehen teilnehmen kann. Insgesamt nahmen 76 Personen an der Umfrage teil. Die Durchführung erfolgte freiwillig, anonym und vollständig digital, um möglichst barrierefreie Teilnahmebedingungen zu schaffen. Die gewonnenen Daten wurden anschließend mittels Microsoft Excel deskriptiv ausgewertet. Ziel der Analyse war es, zentrale Tendenzen, Verteilungen, Muster und auffällige Zusammenhänge sichtbar zu machen, die Rückschlüsse auf das politische Interesse, Wissen, die Meinungsbildung sowie die Wirksamkeit schulischer politischer Bildung ermöglichen.

4.1 Demographische Daten

Die demographische Zusammensetzung der befragten Jugendlichen bildet eine zentrale Grundlage für die Interpretation der erhobenen Daten. Besonders auffällig ist die Altersverteilung: Die Mehrheit der Teilnehmenden war zum Zeitpunkt der Befragung 17 oder 18 Jahre alt. Diese Altersspanne ist im Kontext der Studie von besonderem Interesse, da sie mit dem erstmaligen aktiven Wahlrecht bei nationalen und regionalen Wahlen in Österreich zusammenfällt. Damit befinden sich die Befragten in einer Lebensphase, in der politische Partizipation rechtlich möglich wird und politische Orientierung eine zunehmende Relevanz gewinnt.

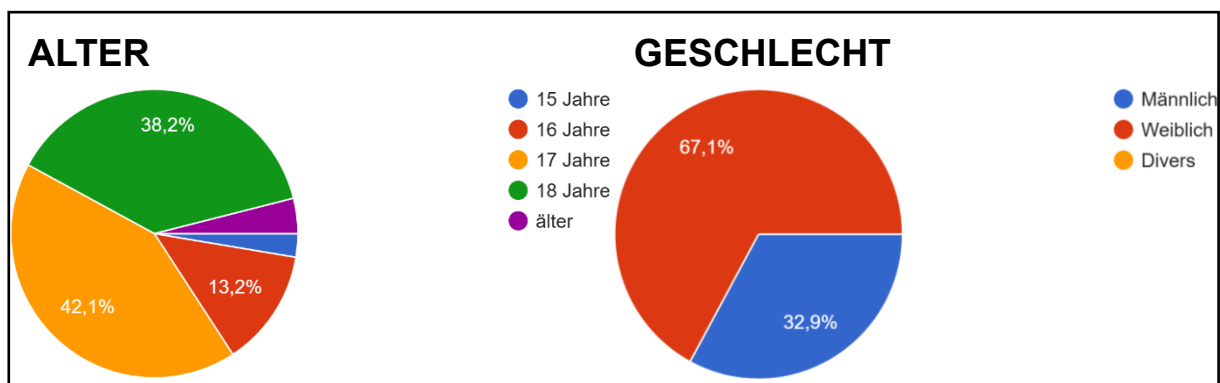


Abb. 8 Demographische Daten Alter (Einzelauswahl) und Geschlecht (Einzelauswahl)

Die Geschlechterverteilung innerhalb der Stichprobe zeigt ein deutliches Ungleichgewicht: Etwa zwei Drittel der Teilnehmenden identifizierten sich als männlich, während rund ein Drittel weiblich war. Angaben zur Kategorie „divers“ wurden von keiner Person gemacht. Auch wenn es sich um eine freiwillige und nicht-repräsentative Erhebung handelt, ist dieser Befund im Hinblick auf potenzielle geschlechtsspezifische Unterschiede in politischen Einstellungen und Verhaltensweisen von Bedeutung.

Insgesamt liefern die demographischen Basisdaten einen wichtigen Kontext für die nachfolgende Auswertung, insbesondere im Hinblick auf mögliche Unterschiede in der politischen Sozialisation, dem Informationsverhalten und dem Wissen über demokratische Prozesse. Sie erlauben zudem erste Überlegungen zur Reichweite und Aussagekraft der Untersuchung in Bezug auf die Zielgruppe politisch wahlberechtigter Jugendlicher.

4.2 Politisches Interesse und Informationsquellen

Das politische Interesse der befragten Jugendlichen wurde anhand einer vierstufigen Likert-Skala erfasst. Der daraus resultierende Mittelwert von 2,96 lässt auf ein insgesamt mittleres bis leicht überdurchschnittliches politisches Interesse schließen. Diese Tendenz deutet darauf hin, dass ein relevanter Anteil der Jugendlichen bereits ein gewisses Maß an politischer Aufmerksamkeit und Reflexionsbereitschaft mitbringt, auch wenn ein Teil der Befragten politisch weniger interessiert erscheint. Besonders bemerkenswert ist, dass sich ein Großteil der Jugendlichen eigenen Angaben zufolge mehrmals pro Woche mit politischen Themen auseinandersetzt. Nur eine geringe Minderheit gab an, sich selten oder gar nicht für politische Inhalte zu interessieren.

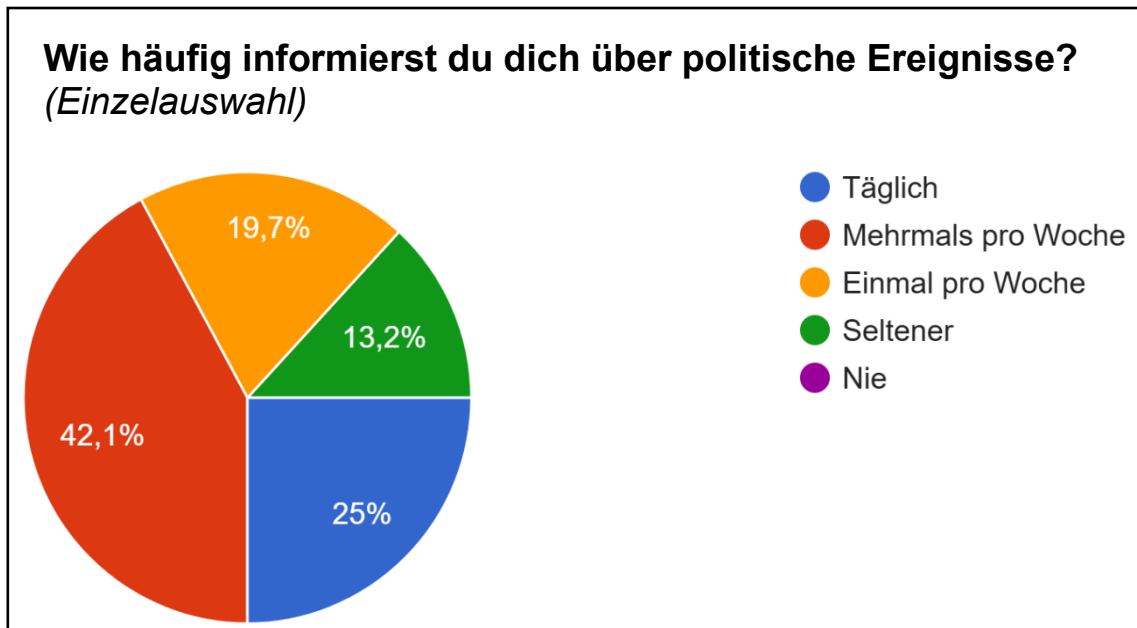


Abb. 9 Frequenz der Informationsbeschaffung von politischen Ereignissen

Im Hinblick auf das Informationsverhalten zeigt sich ein deutliches Bild: Digitale Medien – insbesondere soziale Netzwerke wie Instagram und TikTok – stellen mit Abstand die am häufigsten genutzte Kanäle zur politischen Informationsbeschaffung dar. Diese Plattformen bieten Inhalte, die durch visuelle Aufbereitung, Kürze und algorithmisch gesteuerte Relevanz besonders auf die Nutzungsvorlieben junger Menschen zugeschnitten sind. Erst mit einigem Abstand folgen schulische Quellen, das familiäre Umfeld sowie der Freundeskreis als relevante Informationsinstanzen. Während klassische Massenmedien wie Fernsehen, Radio und Printzeitungen im Mediennutzungsverhalten der Jugendlichen eine deutlich untergeordnete Rolle spielen, sind es andere Medien, die dort eine größere Bedeutung haben. Ihre geringe Nennung unterstreicht einen tiefgreifenden Wandel im Informationsverhalten dieser Altersgruppe, der sich durch eine Abwendung von linearen und textlastigen Medien hin zu interaktiven, multimodalen und sozialen Formaten auszeichnet.

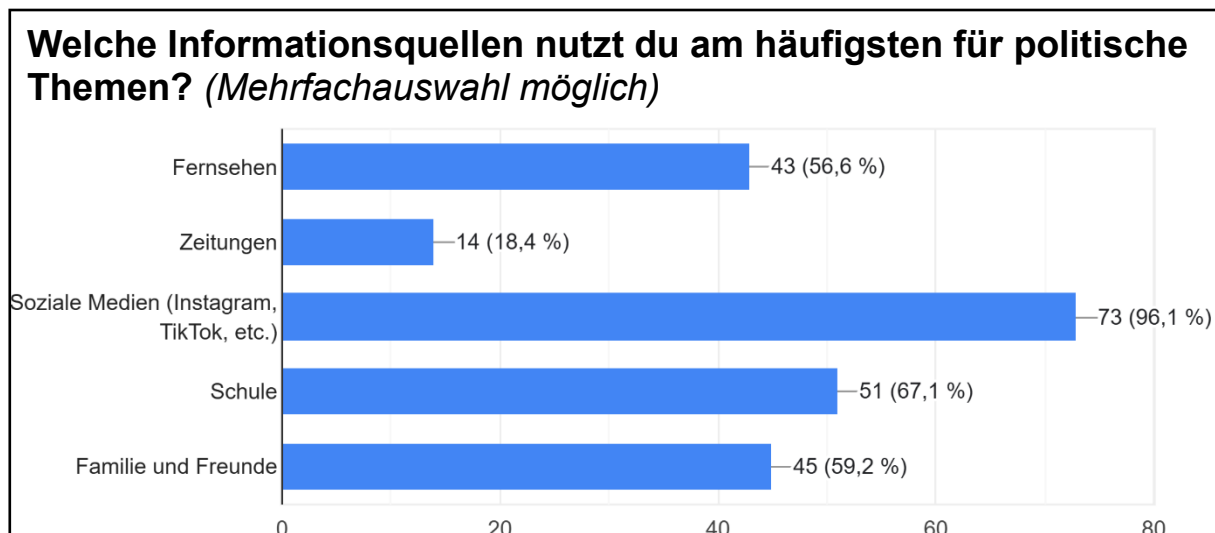


Abb. 10 Arten der Nutzung von Informationsquellen für politische Themen

Diese Ergebnisse legen nahe, dass politische Bildung stärker auf digitale Lebenswelten eingehen und Kompetenzen zur kritischen Nutzung sozialer Medien vermitteln sollte. Die Fähigkeit, Informationen im digitalen Raum einzuordnen, Quellen zu prüfen und zwischen Meinungsäußerung und gesicherter Information zu unterscheiden, wird somit zur zentralen Voraussetzung für eine informierte demokratische Teilhabe junger Menschen.

Die offene Frage nach drei politischen Begriffen, die die Jugendlichen erklären können, diente der qualitativen Vertiefung des politischen Wissens und Selbstkonzepts der Befragten. Anders als bei geschlossenen Wissensfragen ermöglichte dieses Item einen authentischen Einblick in die individuellen Wissenszugänge, thematischen Schwerpunkte und Begriffsverständnisse der Teilnehmenden. Die Frage gibt zudem Einblick in die Selbsteinschätzung politischer Kompetenz: Einige Antworten ließen erkennen, dass die Jugendlichen sich bemühen, ihr Wissen strukturiert wiederzugeben, was als Indikator für ein gewisses Vertrauen in die eigene politische Urteilsfähigkeit gewertet werden kann. Gleichzeitig zeigen teils oberflächliche oder stereotype Erklärungen, dass politische Begriffe zwar präsent sind, ihre Bedeutung aber nicht immer tiefgehend verstanden wird.

Die häufigsten genannten Begriffe waren zentrale Demokratie- und Staatsprinzipien wie „Demokratie“, „Wahlrecht“, „Nationalrat“, „Regierung“, „Bundespräsident“ oder „Grundrechte“. Diese Begriffe wurden oft in einfachen, alltagssprachlichen Umschreibungen erklärt – etwa: „Demokratie heißt, dass das Volk mitbestimmen kann“ oder „Das Wahlrecht

erlaubt es, Politikerinnen und Politiker zu wählen“. Auch Institutionen wie die EU oder Begriffe wie „Verfassung“, „Mehrheit“ oder „Parteien“ wurden regelmäßig genannt.

Insgesamt zeigt die Auswertung, dass Jugendliche grundlegende politische Begriffe kennen und teilweise auch in eigenen Worten erklären können. Die große Spannweite in der Erklärungsqualität weist jedoch auf heterogene Wissensstände hin. Daraus lässt sich ableiten, dass politische Bildung nicht nur Faktenwissen vermitteln, sondern stärker auf Begriffsverständnis, Kontextualisierung und Anwendung zielen sollte. Besonders offene Aufgabenformate wie diese tragen dazu bei, individuelles Denken sichtbar zu machen und politische Sprachfähigkeit zu fördern.

4.3 Befugnisse des Bundespräsidenten

Ein zentrales Anliegen der vorliegenden Untersuchung war die Erhebung grundlegender politischer Kenntnisse der Jugendlichen, um Rückschlüsse auf das kognitive Fundament politischer Urteils- und Handlungskompetenz ziehen zu können. Die Auswertung der entsprechenden Items zeigt, dass zentrale demokratische Prinzipien den meisten Jugendlichen bekannt sind. So konnte die überwiegende Mehrheit der Befragten die Begriffe des allgemeinen, freien und geheimen Wahlrechts korrekt benennen und einordnen. Auffälligerweise zeigten sich hingegen Unsicherheiten bei weniger prominenten Begriffen wie dem direkten Wahlrecht sowie bei Distraktoren wie dem absichtlich eingefügten, nichtexistierenden religiösen Wahlrecht, die von einzelnen Jugendlichen dennoch als real angenommen wurden.

Auch hinsichtlich der verfassungsmäßigen Rolle des Bundespräsidenten verfügten viele Befragte über solides Grundlagenwissen. Wesentliche Aufgaben, wie unter anderem die Ernennung der Bundesregierung, der Oberbefehl über das Bundesheer oder das Recht zur Auflösung des Nationalrats, wurden von einer großen Mehrheit korrekt zugeordnet. Irrtümliche Zuschreibungen, beispielsweise die Zuständigkeit für steuerrechtliche Beschlüsse, blieben auf wenige Einzelfälle beschränkt. Diese Ergebnisse deuten auf eine gewisse Verankerung politischer Basisinformationen im schulischen Unterricht hin.

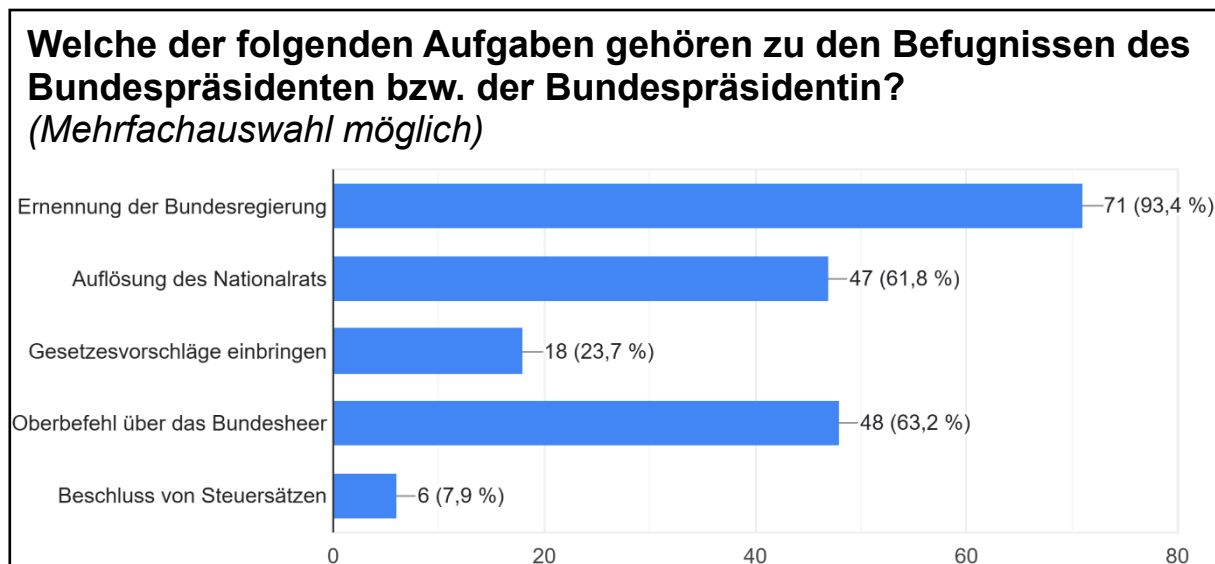


Abb. 11 Kompetenzen des Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin

Besonders bemerkenswert ist die hohe Rate korrekter Antworten (72,4 Prozent) bei der Frage nach dem Unterschied zwischen EU-Verordnungen und EU-Richtlinien. Diese Unterscheidung erfordert ein gewisses Maß an europapolitischem Strukturverständnis und verweist darauf, dass zumindest Teile des schulischen Curriculums in diesem Bereich wirksam greifen, wenngleich europäische Themen in der öffentlichen und schulischen Debatte oftmals nur am Rande behandelt werden. Anders fällt das Bild bei einer offenen Frage zur politischen Zuständigkeitsverteilung aus, in der die Jugendlichen verschiedenen Politikfeldern (z. B. Schulrecht, Außenpolitik, Umweltgesetzgebung, Abfallwirtschaft) die jeweils verantwortliche staatliche Ebene zuordnen sollten. Hier offenbarte sich eine deutliche Tendenz zur Überzuordnung des Bundes. Selbst Politikfelder, die klar in die Kompetenz der Länder oder Gemeinden fallen, wurden häufig fälschlich dem Bund zugeschrieben. Diese Befunde weisen auf Schwächen im Verständnis des föderalen Staatsaufbaus Österreichs hin und deuten darauf hin, dass institutionelle Komplexität von vielen Jugendlichen nur unzureichend erfasst wird.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass grundlegendes politisches Wissen in der untersuchten Altersgruppe durchaus vorhanden ist, jedoch insbesondere in strukturell komplexeren Bereichen (Föderalismus oder der Unterscheidung institutioneller Zuständigkeiten) erhebliche Defizite bestehen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer stärker systemischen und kontextualisiert ausgerichteten politischen Bildung, die nicht nur isolierte Fakten vermittelt, sondern auch das Zusammenspiel politischer Ebenen und Institutionen verständlich macht.

4.4 Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung

Ein zentrales Anliegen der Studie bestand darin, jene Instanzen und Kanäle zu identifizieren, die maßgeblich zur politischen Meinungsbildung Jugendlicher beitragen. Die Analyse der entsprechenden Erhebungsdaten zeigt ein differenziertes Bild, das vor allem die Bedeutung des sozialen Nahraums und digitaler Medien betont.

An erster Stelle der einflussreichsten Sozialisationsinstanzen nannten die Jugendlichen das familiäre Umfeld, gefolgt von sozialen Medien, der Schule sowie dem Freundeskreis. Diese Ergebnisse legen nahe, dass politische Einstellungen und Haltungen in der frühen Jugend primär im sozialen Nahkontext geprägt werden. Insbesondere die Rolle von Eltern und Familie erscheint hierbei als stabilisierender Faktor politischer Grundhaltungen, während Gleichaltrige zur Meinungsbildung im Sinne von Bestätigung, Austausch oder auch Kontrastierung beitragen. Besonders hervorzuheben ist jedoch der Stellenwert sozialer Medien. Plattformen wie Instagram und TikTok wurden nicht nur als primäre Informationsquellen genannt, sondern auch als bedeutende Einflussfaktoren auf die eigene politische Meinung eingeschätzt. Dadurch werden diese Kanäle immer wichtiger für die Meinungsbildung im Internet. Dagegen spielten andere Plattformen wie YouTube, Facebook oder WhatsApp im politischen Kontext eine untergeordnete Rolle, was unter anderem mit unterschiedlichen Nutzungsformen und Zielgruppen der jeweiligen Dienste erklärbar sein könnte.

Der Einfluss der Schule auf die politische Meinungsbildung wurde von den Jugendlichen hingegen als eher gering eingestuft. Mit einem Mittelwert von 2,05 auf einer vierstufigen Skala wurde der Beitrag schulischer Bildung zur politischen Orientierung als begrenzt, wenngleich nicht bedeutungslos wahrgenommen. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass der Politikunterricht zwar eine gewisse Rolle im politischen Sozialisationsprozess spielt, jedoch offenbar nicht als zentraler Impulsgeber erlebt wird. Diese Einschätzung wirft Fragen zur Gestaltung und Wirksamkeit politischer Bildung an Schulen auf. Sie sagt, dass viele Schülerinnen und Schüler denken, dass Politik im Unterricht nicht interessant, wichtig oder umstritten genug ist. Dadurch bleibt sie nicht lange in Erinnerung und hat keinen Einfluss auf die Meinung der Jugendlichen. Das ist anders als bei emotionalen und persönlichen Inhalten in sozialen Netzwerken.

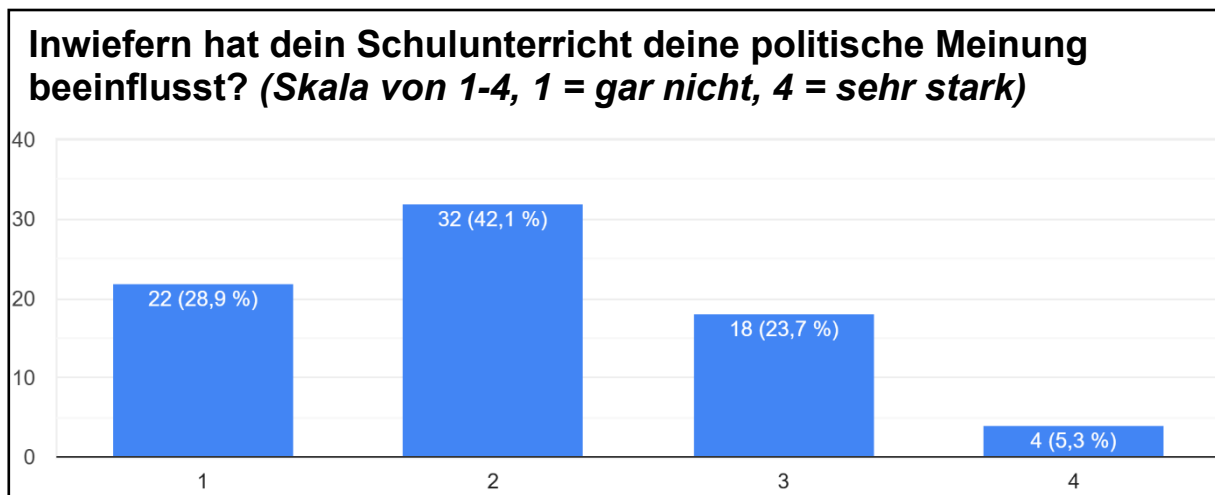


Abb. 72 Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung (Schulunterricht)

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse dieses Abschnitts, dass politische Meinungsbildung ein vielschichtiger Prozess ist, der sich im Spannungsfeld zwischen privaten, institutionellen und medialen Einflüssen vollzieht. Die Erkenntnis, dass digitale Medien dabei eine dominierende Rolle spielen, stellt politische Bildung vor die Herausforderung, neue Formen der Ansprache, kritischen Reflexion und digitalen Kompetenzvermittlung zu entwickeln.

4.5 Politische Partizipation und direkte Demokratie

Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung lag auf dem Kenntnisstand der Jugendlichen hinsichtlich direkter Demokratieformen sowie ihrer tatsächlichen Beteiligung an politischen Diskursen. Die Ergebnisse der Mehrfachauswahlfrage zur direkten Demokratie zeigen, dass klassische Instrumente wie die Volksabstimmung, die Volksbefragung und das Volksbegehren einer Mehrheit der Befragten bekannt waren. Diese Formen scheinen im politischen Bewusstsein junger Menschen relativ gut verankert zu sein. Das liegt vermutlich an ihrer medienwirksamen Präsenz in der österreichischen Politik und ihrem thematischen Bezug im Schulunterricht. Demgegenüber war das Wissen über weniger prominente Beteiligungsformen wie das Referendum oder die Bürgerinitiative deutlich geringer ausgeprägt. Diese selektive Wissensverteilung verweist auf eine inhaltliche Schwerpunktsetzung, die sich möglicherweise aus curricularen Gewichtungen im Schulfach „Politische Bildung“ oder einer eingeschränkten öffentlichen Sichtbarkeit einzelner Verfahren ergibt. Die begrenzte Bekanntheit spezifischer Beteiligungsinstrumente deutet zugleich auf die Notwendigkeit hin, politische Bildung stärker

auf die Vielfalt und konkrete Anwendbarkeit demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten auszurichten.

Auch die aktive politische Beteiligung wurde erhoben. Über die Hälfte der Jugendlichen gab an, bereits an politischen Diskussionen im digitalen Raum teilgenommen zu haben. Dieser hohe Anteil belegt die zunehmende Bedeutung von sozialen Netzwerken als zentralen Kommunikations- und Diskussionsräume für politisches Engagement – ein Trend, der klassische Partizipationsformen zunehmend ergänzt oder sogar verdrängt. Demgegenüber wurden Diskussionen im schulischen Kontext oder im privaten Umfeld seltener als Beteiligungsorte genannt, was auf eine Verlagerung politischer Auseinandersetzung in informelle, digitalisierte Formate schließen lässt. Diese Ergebnisse weisen auf einen Wandel politischer Partizipationskulturen hin. Während Jugendliche sich immer weniger in traditionellen Formen wie Parteimitgliedschaften oder in institutionalisierten Beteiligungsformaten engagieren, gewinnen digitale, niedrigschwellige Ausdrucksformen an Bedeutung. Politisches Engagement wird zunehmend situativ, themenbezogen und medial vermittelt praktiziert, was neue Anforderungen an politische Bildung stellt.

Es gilt daher, nicht nur über institutionelle Beteiligungsmöglichkeiten aufzuklären, sondern auch Formen digitaler Partizipation zu reflektieren, kritisch einzuordnen und produktiv für demokratisches Lernen zu nutzen. Politische Bildung sollte Erfahrungsräume schaffen, in denen Selbstwirksamkeit, Kontroversität und interaktive Beteiligung im Vordergrund stehen, sowohl analog als auch digital.

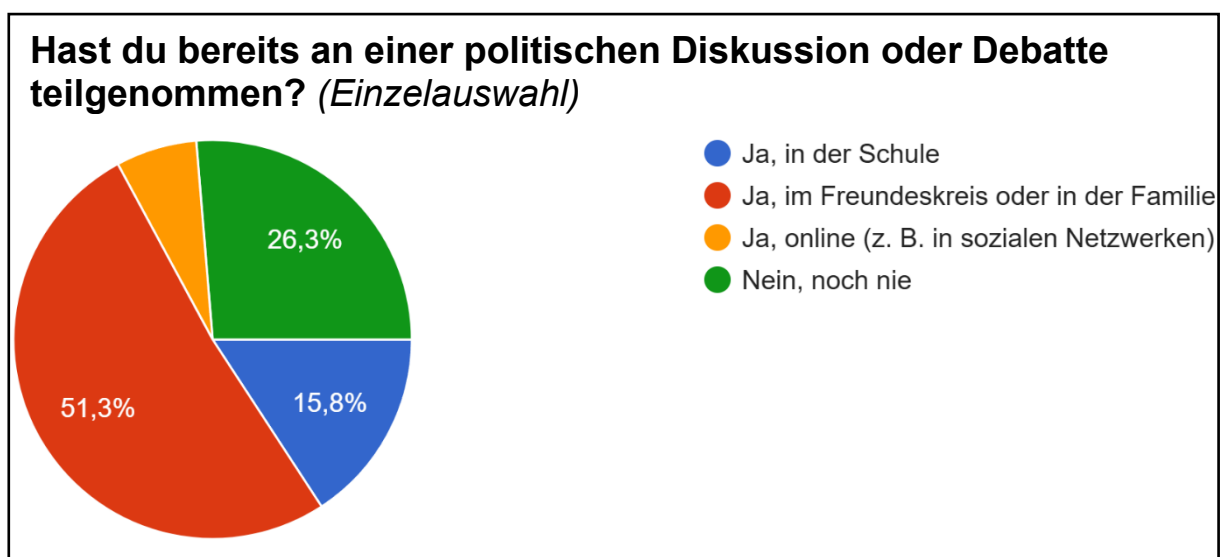


Abb. 13 Teilnahme an politischen Diskussionen oder Debatten

4.6 Fragen für Nichtwählerinnen und Nichtwähler

Ein gesonderter Teil des Fragebogens richtete sich gezielt an jene Teilnehmenden, die angaben, bei kommenden Wahlen entweder nicht wählen zu wollen, nicht wahlberechtigt zu sein oder sich bezüglich ihrer Wahlabsicht unsicher zu fühlen. Die Auswertung dieser Teilstichprobe ermöglicht vertiefte Einblicke in die Motive und Barrieren, die junge Menschen von der politischen Teilhabe abhalten. Als Hauptgründe für die (geplante oder vermutete) Wahlenthaltung wurden vor allem Gefühle politischer Wirkungslosigkeit genannt. Aussagen wie „Meine Stimme ändert ohnehin nichts“ spiegeln ein verbreitetes Empfinden von Ohnmacht und fehlender Einflussmöglichkeit wider. Das ist ein Demokratiedefizit, das junge Menschen erleben. Es ist eine ernstzunehmende Herausforderung für das politische System. Das ist besonders wichtig, weil immer weniger Menschen sich politisch engagieren.

Darüber hinaus wurden auch Desinteresse, Misstrauen gegenüber politischen Institutionen sowie mangelnde Informiertheit als Gründe für die Wahlabstinenz angegeben. Einige Jugendliche äußerten explizit Zweifel an ihrer eigenen politischen Kompetenz und erklärten, sich nicht ausreichend informiert oder vorbereitet zu fühlen, um eine fundierte Wahlentscheidung treffen zu können. Solche Aussagen verdeutlichen, dass Nichtwahlverhalten keineswegs ausschließlich aus Gleichgültigkeit resultiert, sondern auch Ausdruck von Überforderung, Orientierungslosigkeit oder fehlenden Bildungszugängen sein kann. Diese Befunde legen nahe, dass politische Bildung, sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Raum, nicht nur Informationsvermittlung leisten muss, sondern auch eine kulturelle Teilhabemotivation fördern sollte. Ziel muss es sein, jungen Menschen frühzeitig das Vertrauen zu vermitteln, dass ihre Stimme zählt, dass politische Prozesse transparent nachvollziehbar sind und dass Mitgestaltung möglich und sinnvoll ist.

Konkret bedeutet das: Politische Bildung sollte barrierefrei, zielgruppenspezifisch und ermutigend gestaltet sein. Unsicherheiten müssen abgebaut, Räume für Fragen geschaffen und zur aktiven Teilhabe befähigt werden. Um das Risiko einer wachsenden Politikverdrossenheit zu minimieren und demokratische Grundhaltungen nachhaltig zu fördern, ist das eine wichtige Maßnahme.

4.7 Politische Bildung in der Schule

Ein zentrales Ziel der Erhebung bestand darin, die subjektive Wahrnehmung und Bewertung schulischer politischer Bildung durch Jugendliche zu erfassen. Die Frage, ob die Schule angemessen auf politische Entscheidungsfindung vorbereitet, wurde von den Teilnehmenden auf einer vierstufigen Skala im Durchschnitt mit 2,54 bewertet. Dieses mittlere Ergebnis spiegelt eine ambivalente Haltung wider: Während ein Teil der Jugendlichen die schulische Vermittlung politischer Inhalte als hilfreich erlebt, äußern andere deutliche Zweifel an deren Wirksamkeit, Relevanz oder Tiefe.

Bemerkenswert ist, dass etwa die Hälfte der Befragten angab, ihre politische Meinung durch den Schulunterricht entweder verändert oder gefestigt zu haben. Dieser Befund deutet zumindest in Bezug auf die politische Selbstverortung und Meinungsbildung auf eine potenzielle Einflusskraft schulischer Bildung hin. Zugleich legt die durchschnittliche Bewertung nahe, dass dieser Einfluss nicht flächendeckend oder nachhaltig genug ist, um die schulische Bildung als zentrale Sozialisationsinstanz im politischen Bereich zu verankern. Besonders auffällig ist die nahezu einhellige Forderung nach einer stärkeren Integration politischer Themen in den Unterricht: Über 97 Prozent der befragten Jugendlichen sprachen sich für eine Ausweitung der politischen Bildung aus. Dieser breite Konsens unterstreicht, dass junge Menschen grundsätzlich ein Bedürfnis nach politischer Orientierung und Auseinandersetzung verspüren, auch wenn die bisherige schulische Umsetzung diesem Bedarf offenbar nur unzureichend gerecht wird.

4.8 Zusatzfragen

Ergänzend zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Fragebogens wurden mehrere Zusatzfragen integriert, die weiterführende Einsichten in die Werteorientierung, die politischen Zukunftserwartungen sowie das Vertrauen in demokratische Institutionen ermöglichen sollten. Ziel dieser Items war es, über reines Wissen und Verhalten hinaus auch normative Einstellungen und subjektive Wahrnehmungen politischer Strukturen zu erfassen. Insgesamt zeigt sich, dass das schulische Bildungssystem zwar als potenzieller Ort politischer Orientierung anerkannt wird, in seiner aktuellen Ausgestaltung jedoch nicht vollständig überzeugt. Die Ergebnisse sprechen für eine stärkere Didaktisierung politischer Inhalte, eine höhere Aktualitätsnähe und

eine methodische Öffnung hin zu dialogischen, kontroversen und partizipativen Unterrichtsformaten.

Eine Zusatzfrage ermöglichte den Teilnehmenden, Themen zu benennen, die ihrer Meinung nach im Fragebogen fehlten, ihnen jedoch besonders wichtig erscheinen. Dabei wurden am häufigsten Aspekte wie Klimapolitik, soziale Gerechtigkeit, Bildungssystem sowie persönliche Zukunftsperspektiven genannt. Einige Jugendliche äußerten auch den Wunsch nach mehr Fragen zu Mitbestimmungsmöglichkeiten im Alltag oder nach einer differenzierteren Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Konflikten. Diese Rückmeldungen verdeutlichen, dass Jugendliche nicht nur abstrakt politisch denken, sondern konkrete Anliegen und Lebensrealitäten einbringen möchten. Politische Bildung sollte daher stärker auf jene Themen eingehen, die Jugendliche als relevant empfinden, um ihre Perspektiven ernst zu nehmen und Beteiligung zu fördern.

Das Fach „Geschichte und Politische Bildung“ wurde von den Jugendlichen mit einem Mittelwert von 3,36 bewertet (Skala von 1 = langweilig bis 4 = sehr wichtig). Diese hohe Bewertung signalisiert, dass das Fach von den Lernenden nicht nur als relevant, sondern auch als interessant wahrgenommen wird – eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Wirksamkeit politischer Bildung.

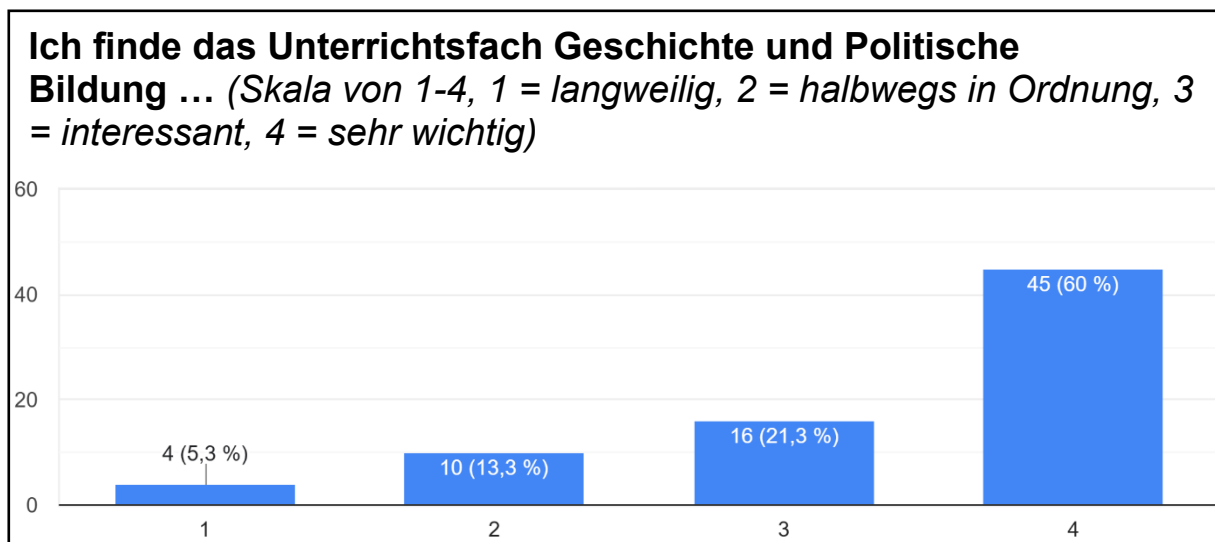


Abb. 14 Persönliche Auffassung des Unterrichtsfaches Geschichte und Politische Bildung

Die Resultate der Zusatzfragen legen dar, dass Heranwachsende keinesfalls desinteressiert oder passiv sind, sondern im Gegenteil kritisch und reflektiert denken und sich aktiv einbringen. Ihre Skepsis richtet sich weniger gegen das demokratische System selbst als vielmehr gegen dessen

alltägliche Praxis und die wahrgenommene Distanz zwischen politischen Entscheidungsträgern und jungen Menschen. Auffällig ist dabei das wiederholte Bedürfnis nach mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten, besserer Ansprache und größerer Ernsthaftigkeit gegenüber jugendlichen Anliegen.

Diese Endergebnisse ergänzen und vertiefen die zentralen Resultate der vorliegenden Studie. Sie unterstreichen eindrücklich die Notwendigkeit einer jugendgerechten politischen Bildung, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch den Dialog fördert, Partizipation ermöglicht und systematisches Vertrauen in demokratische Institutionen stärkt.

4.9 Auffälligkeiten

Im Zuge der Auswertung einzelner Antwortkategorien traten mehrere Beobachtungen zutage, die zwar nicht unmittelbar im Fokus der zentralen Fragestellungen standen, jedoch bedeutsame implizite Tendenzen erkennen lassen. Diese auffälligen Muster liefern wichtige Anhaltspunkte für weiterführende Interpretationen und können künftige Forschungsfragen begründen.

Ein erster bemerkenswerter Aspekt betrifft geschlechtsspezifische Unterschiede im Antwortverhalten. So zeigte sich, dass männliche Teilnehmende signifikant häufiger angaben, an politischen Diskussionen im digitalen Raum teilzunehmen. Weibliche Jugendliche hingegen äußerten überdurchschnittlich häufig Unsicherheiten bei offenen Wissensfragen, insbesondere im Bereich politischer Systemkenntnisse. Diese Diskrepanz könnte auf unterschiedliche Zugänge zur politischen Kommunikation und eine geschlechtsspezifische Selbstwahrnehmung politischer Kompetenz hindeuten, ein Thema, das in der politikwissenschaftlichen Jugendforschung bislang nur punktuell behandelt wird.

Ein weiterer auffälliger Befund betrifft die überproportionale Nennung von Instagram und TikTok als primäre politische Informationsquellen. Die Dominanz dieser Plattformen verweist nicht nur auf deren hohe Reichweite, sondern auch auf eine potenziell prägende Wirkung auf politische Meinungsbildungsprozesse. Da diese Formate stark durch Algorithmen, emotionale Reize und verkürzte Inhalte geprägt sind, stellt sich die Frage nach der Transparenz, Verlässlichkeit und Manipulierbarkeit der dort präsentierten Informationen. Die politische Bildung steht hier vor der Herausforderung, Jugendlichen Kompetenzen zur kritischen

Medienreflexion zu vermitteln, um eine fundierte Urteilsbildung zu ermöglichen. Zudem berichteten einzelne Teilnehmende, politische Inhalte bewusst zu meiden oder als psychisch belastend zu empfinden. Diese Aussagen legen nahe, dass emotionale Faktoren wie Überforderung, Politikverdrossenheit oder auch ein Gefühl von Ohnmacht eine Rolle in der politischen Sozialisation spielen können. Solche individuellen Reaktionen auf politische Komplexität und Krisendiskurse sollten in zukünftigen – insbesondere qualitativen – Untersuchungen systematisch erfasst und analysiert werden, um besser zu verstehen, wie junge Menschen mit politischen Herausforderungen und Informationsfluten umgehen.

Insgesamt verdeutlichen diese Auffälligkeiten, dass politische Sozialisation nicht nur über Inhalte und Strukturen verläuft, sondern auch von psychosozialen Dynamiken, individuellen Selbstbildern und medialen Rahmenbedingungen geprägt ist. Die politische Bildung sollte diese Faktoren stärker berücksichtigen, um Jugendlichen einen emanzipierten, reflexiven und belastbaren Zugang zu Politik zu ermöglichen.

4.10 Zusammenfassung

Die Ergebnisse der quantitativen Erhebung liefern ein differenziertes Bild des politischen Bewusstseins und der politischen Bildung Jugendlicher im Alter zwischen 15 und 18 Jahren. Insgesamt lässt sich feststellen, dass politisches Interesse unter Jugendlichen durchaus vorhanden ist, wenngleich in unterschiedlicher Intensität und häufig gebunden an alltagsnahe oder medienvermittelte Kontexte. Der Mittelwert von 2,96 auf der Skala politischen Interesses deutet auf eine grundsätzliche Offenheit für politische Themen hin, auch wenn diese nicht bei allen Jugendlichen gleichermaßen ausgeprägt ist.

Besonders prägend für die politische Sozialisation der Jugendlichen sind digitale Medienplattformen, allen voran Instagram und TikTok. Diese fungieren nicht nur als zentrale Informationsquellen, sondern zunehmend auch als Meinungsräume, in denen politische Inhalte konsumiert, geteilt und diskutiert werden. Klassische Medienformate wie Fernsehen oder Printzeitungen verlieren demgegenüber deutlich an Relevanz. Diese Entwicklung bringt einerseits neue Partizipationspotenziale, andererseits aber auch Herausforderungen im Hinblick auf Informationsqualität, Meinungsvielfalt und kritische Urteilsbildung mit sich. In Bezug auf das politische Wissen zeigen sich solide Grundkenntnisse zu zentralen demokratischen

Prinzipien, etwa zum Wahlrecht oder zu staatlichen Institutionen. Gleichzeitig treten erhebliche Defizite bei komplexeren Themen zutage, besonders bei der Unterscheidung föderaler Zuständigkeiten, der Einordnung europäischer Institutionen oder der Kenntnis direkter Demokratieformen. Diese Wissenslücken deuten auf eine fragmentierte Wissensvermittlung hin, die häufig faktenorientiert bleibt, ohne Zusammenhänge, Anwendungsmöglichkeiten oder gesellschaftliche Relevanz stärker zu betonen.

Die schulische politische Bildung wird von den Jugendlichen mehrheitlich als bedeutsam anerkannt, jedoch als didaktisch und inhaltlich verbesserungswürdig erlebt. Die Bewertung des Fachs „Geschichte und Politische Bildung“ als eher wichtig, verbunden mit einem nahezu einstimmigen Wunsch nach einer vertieften Behandlung politischer Themen, macht deutlich: Jugendliche verlangen nach politischer Orientierung. Doch der schulische Unterricht schafft es bislang nur eingeschränkt, diese Nachfrage aufzugreifen. Kritisiert werden vor allem mangelnde Lebensweltbezüge, fehlende Kontroversität sowie ein Unterrichtsstil, der wenig Partizipation und kaum Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht.

Diese Ergebnisse unterstreichen die Dringlichkeit eines bildungspolitischen Paradigmenwechsels: Politische Bildung muss stärker an den Interessen, Lebenslagen und medialen Gewohnheiten Jugendlicher ausgerichtet werden. Notwendig ist eine systematische Verankerung politischer Bildung, die sowohl digital kompetent als auch methodisch vielfältig gestaltet ist sowie dialogisch, handlungsorientiert und offen für Debatten. Nur so kann sie ihrer demokratischen Funktion gerecht werden: junge Menschen dazu zu befähigen, informierte, reflektierte und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger zu werden. Vor diesem Hintergrund bietet die vorliegende Erhebung eine fundierte Grundlage, um bildungspolitische Maßnahmen gezielt weiterzuentwickeln. Sie macht deutlich, wo Stärken liegen, wo Reformbedarf besteht und wie politische Bildung künftig gestaltet sein muss, um junge Menschen nicht nur zu informieren, sondern auch nachhaltig zur demokratischen Teilhabe zu ermutigen.

5. Interpretation der Ergebnisse

Die Auswertung der quantitativen Daten in Kapitel 4 ermöglicht eine differenzierte Betrachtung des politischen Bewusstseins und der politischen Bildung bei Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 18 Jahren. Die Ergebnisse liefern nicht nur einen Überblick über den aktuellen Wissensstand und das politische Interesse, sondern auch über bestehende Defizite, Herausforderungen und Entwicklungspotenziale im Bereich der politischen Bildung. Im Folgenden werden zentrale Befunde aus vorigen Kapiteln eingeordnet, kontextualisiert und hinsichtlich ihrer Bedeutung für Schule, Gesellschaft und politische Bildung kritisch reflektiert.

5.1 Interpretation von Testresultaten in der Theorie

Die Interpretation eines Testwertes, definiert als das numerische Testresultat einer Testperson, erfordert die Befolgung bestimmter Regeln für dessen Bildung. Die Regeln zur Testwertbildung sind in Abhängigkeit vom im psychologischen Test geforderten Antwortverhalten unterschiedlich komplex. Im Falle von frei formulierten Verbalantworten ist eine ausführliche Anleitung erforderlich, um den Antworten in differenzierter Weise Punktwerte zuzuweisen, welche zusammengekommen den Testwert ergeben. Demgegenüber werden bei Wahlaufgaben Antwortschlüssel verwendet, anhand derer einer gewählten Antwort ein bestimmter Punktwert zugeordnet wird (beispielsweise Multiple-Choice-Verfahren oder Persönlichkeitsfragebogen). Alternativ kann das Verhältnis von Arbeitsmenge und Bearbeitungszeit zur Ermittlung des Testwertes herangezogen werden (beispielsweise Leistungstests mit Zeitbegrenzung). Der Testwert wird auch als Rohwert bezeichnet, da er sich unmittelbar aus den registrierten Antworten ergibt und keiner weiteren Verarbeitung unterzogen wurde. (vgl. Moosbrugger & Kelava, 2012, S. 174).

Vergleichsmaßstab zur Testwertinterpretation (ebd., S. 175)

Um eine eindeutige Aussage über die individuelle Merkmalsausprägung treffen zu können, wird zusätzlich zum Testwert ein Vergleichsmaßstab benötigt, anhand dessen der Testwert eingeordnet wird. Als Vergleichsmaßstäbe können entweder Merkmalsverteilungen von Bezugsgruppen (normorientierte Testwertinterpretation) oder psychologisch-inhaltliche Beschreibungen, welche die Testwertausprägungen genau charakterisieren (kriteriumsorientierte Testwertinterpretation), herangezogen werden.

Die normorientierte Testwertinterpretation ermöglicht zum einen die Erfassung von Informationen bezüglich der Merkmalsausprägung relativ zur Bezugsgruppe. Zum anderen wird damit das Problem der Abhängigkeit des Testwertes von der Aufgabenauswahl adressiert. Insofern bezieht sich die Information aus der Testnorm nur mehr auf die Stellung der Testperson innerhalb der Bezugsgruppe und nicht mehr direkt auf die Aufgabenauswahl (vgl. ebd., S. 175).

Im Fokus der kriteriumsorientierten Testwertinterpretation steht die Vermeidung der unkontrollierten Abhängigkeit des Testwertes von der Aufgabenauswahl. Dies erfolgt unter der Prämisse einer präzisen theoretischen Vorstellung, welche die Beziehung zwischen dem Beantworten spezifischer Testaufgaben und dem jeweiligen Testwert mit einem exakt definierten psychologisch-inhaltlichen Kriterium beschreibt.

5.2 Politisches Interesse und Mediennutzung

Die Erhebung zeigt, dass politisches Interesse unter Jugendlichen grundsätzlich vorhanden ist. Mit einem Mittelwert von 2,96 auf einer vierstufigen Skala liegt es im mittleren bis leicht erhöhten Bereich. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass ein nicht unerheblicher Teil der Jugendlichen ein gewisses Maß an politischer Aufmerksamkeit und Reflexionsbereitschaft mitbringt. Das politische Interesse ist somit nicht marginal aber auch nicht durchgehend stark ausgeprägt. Diese differenzierte Verortung stimmt mit einschlägigen Studien zur politischen Sozialisation überein, die zeigen, dass das politische Interesse bei Jugendlichen häufig erst in der späten Adoleszenz anwächst, also genau in dem Alter, das auch in dieser Untersuchung im Fokus steht.

Von besonderer Bedeutung ist die Erkenntnis, dass politische Informationen heute überwiegend über digitale Plattformen rezipiert werden. Die genannten sozialen Medien, vor allem Instagram und TikTok, übertreffen in ihrer Relevanz bei Weitem klassische Informationsquellen wie Fernsehen, Radio oder Zeitungen. Diese Entwicklung lässt sich mit dem veränderten Medienverhalten und der Alltagskultur der Jugendlichen erklären: Digitale Medien sind omnipräsent, leicht zugänglich, visuell ansprechend und ermöglichen eine unmittelbare, personalisierte Ansprache.

Diese Form der politischen Informationsaufnahme ist jedoch ambivalent. Einerseits bieten soziale Medien einen niedrigschwelligen Zugang zu politischen Themen, der Jugendlichen auch ohne formale Bildungseinrichtungen erste politische Berührungspunkte ermöglicht. Die Möglichkeit zur Interaktion, etwa durch das Hinterlassen von Kommentaren, das Setzen von Likes oder das Teilen von Inhalten, stärkt zudem das Gefühl von Teilhabe und Zugehörigkeit. Andererseits bergen diese Plattformen erhebliche Risiken: Die algorithmische Struktur sozialer Medien fördert selektive Wahrnehmung, emotionale Polarisierung und die Verbreitung von Desinformation. Besonders problematisch ist dabei, dass viele Jugendliche den Wahrheitsgehalt oder die Herkunft politischer Inhalte nicht kritisch hinterfragen oder prüfen. Die politische Bildung steht damit vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits muss sie Jugendliche dort abholen, wo sie tatsächlich Informationen konsumieren, nämlich in den sozialen Medien. Andererseits muss sie diese Jugendlichen mit den nötigen Kompetenzen ausstatten, um Inhalte aus diesen Quellen kritisch zu analysieren, einzuordnen und zu bewerten. Medienkritikfähigkeit, Quellenbewusstsein und digitale Urteilsfähigkeit sollten daher zentrale Elemente eines zeitgemäßen Politikunterrichts sein. Dies bedeutet auch, dass Lehrkräfte selbst mit digitalen Formaten vertraut sein und Unterrichtsinhalte entsprechend adaptieren müssen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Politisches Interesse bei Jugendlichen ist vorhanden, jedoch stark mit ihrer digitalen Lebenswelt verwoben. Um dieses Interesse zu fördern und in reflektiertes politisches Engagement zu überführen, muss politische Bildung stärker digital anschlussfähig, kritisch-emanzipatorisch und medienpädagogisch fundiert ausgerichtet werden.

5.3 Politisches Wissen und kognitive Kompetenzen

Die Analyse politischer Wissensfragen liefert ein differenziertes Bild über den Wissensstand der Jugendlichen. Einerseits wurde von einem Großteil der Befragten eine korrekte Benennung grundlegender demokratischer Prinzipien, wie das freie, geheime und allgemeine Wahlrecht, festgestellt. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass zentrale Elemente des demokratischen Selbstverständnisses im kollektiven Bewusstsein der Jugendlichen durchaus verankert sind. Andererseits offenbaren sich bei spezifischeren Inhalten deutliche Defizite. So war das Wissen über die institutionellen Zuständigkeiten innerhalb des politischen Systems, beispielsweise die Abgrenzung zwischen Bundes-, Landes- und Gemeindeebene, häufig ungenau oder fehlerhaft. Begriffe wie „Referendum“ oder „Bürgerinitiative“ wurden entweder nicht erkannt oder falsch

eingeordnet. Diese Ergebnisse legen nahe, dass das vorhandene politische Wissen häufig auf exemplarischen Inhalten basiert, aber kaum systematisch vernetzt oder tiefgreifend reflektiert wird.

Besonders problematisch ist dies im Hinblick auf die Fähigkeit zur politischen Urteilsbildung. Wer etwa nicht differenzieren kann, welche staatliche Ebene für ein politisches Problem zuständig ist, kann sich nur schwer an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen oder gezielt Einfluss nehmen. Politisches Wissen ist somit nicht nur eine Frage des Erinnerns, sondern der Orientierung und Handlungsfähigkeit innerhalb des demokratischen Systems. Die Befunde werfen auch ein kritisches Licht auf die politische Bildung im schulischen Kontext. Zwar scheint der Unterricht bestimmte Basisinhalte zu vermitteln, doch geschieht dies offenbar häufig losgelöst von konkreten Alltagsbezügen oder ohne systematische Struktur. Politische Bildung wird so leicht zur Sammlung isolierter Fakten, die in standardisierten Tests abrufbar sind, aber wenig zur Entwicklung von politischer Mündigkeit beitragen.

Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich die Notwendigkeit einer grundlegenden didaktischen Neuorientierung: Politische Bildung muss stärker kompetenzorientiert, kontextualisiert und problembezogen gestaltet werden. Ziel sollte es sein, politische Prozesse nicht nur theoretisch zu kennen, sondern sie auch analysieren, hinterfragen und in neue Zusammenhänge einordnen zu können. Dazu bedarf es neben einem soliden Grundwissen auch methodischer Fertigkeiten, Reflexionsfähigkeit und der Förderung eines kritischen, verantwortungsvollen politischen Denkens.

5.4 Einflussfaktoren auf politische Sozialisation

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass das Elternhaus, die Schule und insbesondere soziale Medien zu den zentralen Sozialisationsinstanzen für die politische Meinungsbildung Jugendlicher zählen. Dabei fällt auf, dass die Wirkungskraft sozialer Medien von den Jugendlichen deutlich höher eingeschätzt wird als jene der schulischen Bildung. Der schulische Einfluss wurde mit einem Mittelwert von 2,05 auf einer vierstufigen Skala bewertet, was auf eine eher untergeordnete Rolle im Vergleich zu anderen Sozialisationsfaktoren hinweist. Diese Bewertung verdeutlicht eine Schieflage im Wirkungsgefüge politischer Sozialisation. Obwohl Schulen ein institutionell verankerter Ort politischer Bildung sind, gelingt es ihnen offenbar nur

eingeschränkt, die politische Meinungsbildung von Jugendlichen nachhaltig zu prägen. Soziale Medien übernehmen mit ihren schnell konsumierbaren, oft emotionalisierten Inhalten hingegen zunehmend die Funktion politischer Orientierungshilfen, wenngleich sie dafür weder didaktisch ausgelegt noch qualitätsgesichert sind.

Die Ursachen für die schwache Wirkung des Politikunterrichts dürften vielschichtig sein. Einerseits liegt es an der häufig kognitiv orientierten, theorielastigen Vermittlung politischer Inhalte, die wenig an die Erfahrungswelt der Jugendlichen anknüpft. Andererseits mangelt es vielfach an methodischer Vielfalt, interaktiven Zugängen und der Einbindung aktueller gesellschaftlicher Debatten, die Jugendlichen als relevant erscheinen. Ein zeitgemäßer Politikunterricht muss daher stärker partizipativ und lebensweltorientiert ausgerichtet sein. Jugendliche müssen sich in ihren Erfahrungen, Fragen und Herausforderungen im Unterricht wiederfinden. Politische Bildung darf sich nicht in normativen Appellen oder dem reinen Vermitteln institutioneller Fakten erschöpfen, sondern muss Räume für Diskussion, Widerspruch, Perspektivenvielfalt und Selbstpositionierung schaffen. Nur auf diesem Weg kann sie ein Gegengewicht zu den oft verkürzten und polarisierenden Informationen der sozialen Netzwerke bilden. Die politische Sozialisation von Jugendlichen vollzieht sich zunehmend in digitalen Öffentlichkeiten. Wenn politische Bildung relevant bleiben will, muss sie sich dieser Realität stellen, nicht durch Konkurrenz, sondern durch Anschlussfähigkeit: kritisch, dialogisch und reflektiert.

5.5 Politische Beteiligung und direkte Demokratie

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass Jugendliche in erheblichem Maße an politischen Diskursen teilnehmen, was vor allem im digitalen Raum stattfindet. Über die Hälfte der Teilnehmenden gab an, bereits an politischen Diskussionen im Internet beteiligt gewesen zu sein. Dieses Ergebnis verweist auf ein starkes Bedürfnis nach Meinungsäußerung und sozialer Interaktion zu politischen Themen. Der digitale Raum wird zunehmend als politische Arena wahrgenommen, in der sich junge Menschen ausdrücken, Position beziehen und gesellschaftliche Entwicklungen kommentieren können. Gleichzeitig offenbaren sich erhebliche Wissensdefizite im Hinblick auf formale Instrumente der direkten Demokratie. Zwar war die Volksabstimmung den meisten Jugendlichen ein Begriff, doch bei spezifischeren Formaten wie Volksbegehren, Volksbefragung, Bürgerinitiative oder Referendum zeigte sich

eine deutlich geringere Kenntnis. Diese Lücken lassen darauf schließen, dass zwar ein grundsätzliches Interesse an politischer Mitbestimmung besteht, aber das Wissen über institutionelle Beteiligungsmöglichkeiten begrenzt ist.

Besorgniserregend ist dabei, dass gerade jene Instrumente, die eine direkte Einflussnahme auf politische Entscheidungen ermöglichen, im Bewusstsein vieler Jugendlicher nur am Rande präsent sind. Dies deutet auf ein mangelndes Verständnis darüber hin, wie politische Entscheidungsprozesse funktionieren und welche Möglichkeiten es gibt, demokratisch mitzuwirken. Damit bleibt politische Teilhabe für viele abstrakt und entkoppelt vom eigenen Handeln. Politische Bildung ist daher gefordert, nicht nur Wissen über Beteiligungsformen zu vermitteln, sondern auch konkrete Erfahrungsräume für Mitbestimmung zu schaffen. Formate wie Jugendparlamente, Planspiele, Schülervertretungen oder partizipative Schulprojekte können dazu beitragen, dass Jugendliche demokratische Prozesse aktiv erleben und gestalten. Besonders entscheidend ist hierbei das Prinzip der Selbstwirksamkeit: Nur wenn junge Menschen erfahren, dass ihre Stimme gehört wird und Wirkung entfalten kann, entwickeln sie ein nachhaltiges Interesse an demokratischer Teilhabe.

Politische Partizipation darf dabei nicht auf Wahlen reduziert werden. Sie umfasst auch Formen wie öffentliche Debatten, Petitionen, zivilgesellschaftliches Engagement oder die Mitarbeit in politischen Organisationen. Die schulische politische Bildung sollte diese Breite aufzeigen und jungen Menschen Mut machen, sich einzubringen, allerdings auch außerhalb traditioneller Pfade. Denn wer früh lernt, Verantwortung zu übernehmen, wird auch später mit größerer Wahrscheinlichkeit zum aktiven Gestalter der Gesellschaft.

5.6 Wahrnehmung und Bewertung schulischer politischer Bildung

Die Bedeutung politischer Bildung wird von den Jugendlichen nahezu einhellig anerkannt. Über 97 Prozent der Befragten sprachen sich für eine stärkere Integration politischer Themen in den Unterricht aus, was ein bemerkenswert deutliches Signal ist, das auf ein hohes Maß an Bedürfnis nach politischer Orientierung und Reflexion hinweist. Auch die Bewertung des Faches „Geschichte und Politische Bildung“ mit einem Mittelwert von 3,36 (auf einer vierstufigen Skala) deutet darauf hin, dass Jugendliche dieses Fach überwiegend als wichtig

und sinnvoll empfinden. Gleichzeitig zeigt sich eine kritische Distanz zur konkreten Ausgestaltung des Unterrichts. Viele Jugendliche empfinden den Politikunterricht als zu theorielastig, wenig alltagsnah und unzureichend interaktiv. Diese Diskrepanz zwischen inhaltlicher Wertschätzung und methodischer Kritik verdeutlicht ein Spannungsfeld, das bildungspolitisch ernst genommen werden muss. Politische Bildung wird nicht grundsätzlich abgelehnt – im Gegenteil, sie wird eingefordert. Doch die derzeitige Vermittlungsform scheint den Erwartungen und Bedürfnissen der Jugendlichen vielfach nicht gerecht zu werden.

Dieses Ergebnis legt nahe, dass es nicht allein um die Quantität politischer Bildung geht, sondern vor allem um ihre Qualität und didaktische Gestaltung. Jugendliche wünschen sich Formate, in denen sie sich selbst einbringen, ihre Meinung äußern und politische Prozesse nachvollziehen können. Reine Stoffvermittlung wird dem Anspruch an eine lebendige, partizipative Demokratiebildung nicht gerecht. Vielmehr braucht es handlungsorientierte Zugänge, aktuelle Bezüge und eine aktive Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Konflikten und Kontroversen. Zudem wurde der schulischen politischen Bildung ein geringer Einfluss auf die tatsächliche Meinungsbildung attestiert. Dies zeigt, dass politische Bildung in ihrer gegenwärtigen Form zwar als wichtig wahrgenommen wird, aber zu wenig Wirksamkeit entfaltet. Die Gründe hierfür dürften in fehlender Anschlussfähigkeit an die Lebenswelt der Jugendlichen, mangelnder Aktualität der Themen sowie in traditionellen Lehrmethoden liegen.

Daraus ergibt sich ein klarer bildungspolitischer Handlungsauftrag: Politische Bildung muss neu gedacht und in der schulischen Praxis gestärkt werden. Sie sollte dialogisch, kontrovers und erfahrungsbasiert sein. Digitale Medien, projektorientierte Lernformen und die Beteiligung an realen gesellschaftlichen Fragestellungen sollten dabei integrale Bestandteile des Unterrichts werden. Nur so kann politische Bildung ihrer demokratischen Funktion gerecht werden: junge Menschen zu befähigen, informierte, kritische und verantwortungsbewusste Demokratinnen und Demokraten zu werden.

5.7 Gesamtdeutung

Die Untersuchungsergebnisse zeigen ein komplexes, aber auch hoffnungsvolles Bild der politischen Bildung Jugendlicher. Politisches Interesse ist in der Zielgruppe grundsätzlich vorhanden, und zwar nicht nur als beiläufige Neugier, sondern als ernstzunehmende

Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit politischen Fragen. Gleichzeitig offenbart sich eine deutliche Diskrepanz zwischen diesem Interesse und der Art und Weise, wie politische Bildung derzeit angeboten wird. Dies betrifft sowohl den schulischen Unterricht als auch das gesamtgesellschaftliche Umfeld, in dem politische Sozialisation stattfindet.

Besonders auffällig ist die zentrale Rolle digitaler Medien. Soziale Plattformen wie Instagram und TikTok sind zur wichtigsten Quelle politischer Information geworden. Sie sind oftmals weit vor traditionellen Medien oder dem Unterricht. Diese Verschiebung im Informationsverhalten birgt erhebliche Herausforderungen: Während soziale Medien niederschwellige Zugänge zu politischen Inhalten ermöglichen, fördern sie zugleich selektive Wahrnehmung, vereinfachte Argumentationsmuster und potenziell manipulative Darstellungen. Die politische Bildung, wie sie bisher konzipiert ist, scheint dieser Entwicklung weder strukturell noch didaktisch ausreichend begegnen zu können. Hinzu kommen signifikante Wissenslücken bei institutionellen Grundlagen, föderalen Zuständigkeiten und demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten. Diese Defizite sind nicht nur als fehlendes Faktenwissen zu werten, sondern als Symptom eines tiefer liegenden Problems: Politische Bildung bleibt für viele Jugendliche abstrakt, fragmentiert und wenig handlungsrelevant. Daraus resultiert ein Gefühl von Unsicherheit – insbesondere bei jenen, die sich noch nicht aktiv in politische Prozesse eingebracht haben, etwa Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Das Gefühl, mit der eigenen Stimme etwas bewirken zu können, im Fachjargon unter politische Selbstwirksamkeit bekannt, ist häufig kaum ausgeprägt.

Die Ergebnisse sind eindeutig: Über 97 Prozent der Befragten sprechen sich für eine klare Zustimmung der Jugendlichen zu mehr politischer Bildung im Unterricht aus. Dies ist ein starkes Signal. Es zeigt, dass das Interesse an politischer Teilhabe vorhanden ist, aber bessere, lebensnahe und methodisch vielfältige Zugänge benötigt. Die Jugendlichen wünschen sich politische Bildung, die nicht belehrt, sondern befähigt; die nicht nur informiert, sondern zum Nachdenken, Diskutieren und Handeln anregt.

Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich der Auftrag zu einer tiefgreifenden Reform politischer Bildung. Ein solcher Reformprozess muss vier zentrale Dimensionen berücksichtigen:

1. Medienkompetenz stärken

Jugendliche müssen lernen, Informationen kritisch zu bewerten, Quellen einzuordnen und digitale Diskurse zu reflektieren. Medienbildung darf kein Randthema sein, sondern muss integraler Bestandteil politischer Bildung werden.

2. Partizipatives Lernen ermöglichen

Politische Bildung muss erfahrbar sein. Durch Projekte, Planspiele, Debattenformate und Jugendbeteiligung können demokratische Prozesse nachvollzogen und mitgestaltet werden.

3. Emotionale Zugänge schaffen

Politische Themen müssen emotional anschlussfähig sein. Jugendliche sollten sich betroffen, angesprochen und handlungsfähig fühlen, auch durch narrative, biografische oder kreative Methoden.

4. Gesellschaftliche Relevanz herstellen

Der Unterricht muss zeigen, wie politische Entscheidungen das eigene Leben betreffen, etwa in Fragen von Klima, Gerechtigkeit oder Digitalisierung. Nur so wird politische Bildung als bedeutsam erlebt.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Politische Bildung ist kein Nischenthema, sondern ein zentrales Fundament demokratischer Gesellschaften. Die vorliegende Untersuchung zeigt: Wenn man den Jugendlichen den Raum, das Wissen und das Vertrauen gibt, dann sind Jugendliche bereit sich einzubringen. Es liegt an Bildungseinrichtungen, Lehrplänen und der gesamten Gesellschaft, diese Potenziale zu erkennen und nachhaltig zu fördern.

6. Resümee und Ausblick

Das finale Kapitel dieser Arbeit dient dazu, die gewonnenen Ergebnisse in einen größeren Zusammenhang zu stellen, ihre Aussagekraft kritisch zu reflektieren und ihre Relevanz für Forschung und Praxis zu verdeutlichen. Zunächst wird auf die Limitierung der eigenen Forschung eingegangen, um den Leserinnen und Lesern klarzumachen, dass Aussagen auf empirischer Erhebung verstanden werden müssen. Die vorliegende Arbeit erhebt nicht den Anspruch, eine allgemeine Aussage für die gesamte österreichische Bevölkerung zu treffen. In weiterer Folge werden Handlungsempfehlungen formuliert, die konkrete Perspektiven für eine zeitgemäße und wirksame politische Bildung aufzeigen. Diese Empfehlungen sollen nicht nur der theoretischen Diskussion dienen, sondern auch Impulse für bildungspolitische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, schulische Institutionen sowie Lehrkräfte geben. Abschließend wird ein Resümee gezogen, das die zentralen Erkenntnisse der Arbeit zusammenfasst, ihre Bedeutung für den weiteren wissenschaftlichen Diskurs hervorhebt und mögliche Ansatzpunkte für zukünftige Forschung skizziert. Damit verbindet das Kapitel eine kritische Rückschau mit einem zukunftsgerichteten Ausblick, der die Rolle politischer Bildung im schulischen und außerschulischen Kontext in den Mittelpunkt stellt.

6.1 Limitierung der Forschung

Wie jede wissenschaftliche Arbeit ist auch diese Untersuchung durch bestimmte Rahmenbedingungen begrenzt. Zunächst ist die Stichprobe der Befragung zu nennen: Sie umfasste Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren aus einem spezifischen schulischen Umfeld³². Die Übertragung der Untersuchungsergebnisse auf andere Altersgruppen, Regionen oder Schulformen sollte folglich mit Vorsicht erfolgen. Zudem erhebt die Arbeit nicht den Anspruch, pauschale Aussagen für ganz Österreich zu treffen. Die Ergebnisse sind vielmehr im Kontext der konkreten empirischen Erhebung zu verstehen. Gleichwohl ist anzumerken, dass im Kapitel 2.4 (Aktuelle Umfragen zum politischen Interesse bei Jugendlichen) bereits österreichweite Studien aufgezeigt wurden, deren Ergebnisse mit den vorliegenden Befunden vergleichbar sind. Auch in dieser Arbeit zeigen sich ähnliche Tendenzen: Jugendliche sind

³² Die Untersuchung wurde an einer privaten AHS im südburgenländischen Oberschützen durchgeführt. Es erfolgte die Befragung von insgesamt fünf Oberstufen-Klassen, sodass sich die Gesamtstichprobe auf 76 Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 16 und 18 Jahren belief. Die Resultate gestatten lediglich in eingeschränktem Ausmaß einen Vergleich mit Schülerinnen und Schülern aus anderen Bundesländern oder von unterschiedlichen Schulformen, wie zum Beispiel MS, BHS und Berufsschulen.

grundsätzlich an politischer Bildung interessiert, kommen jedoch sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Kontext zu wenig damit in Berührung. Besonders im schulischen Rahmen äußern sie den Wunsch nach einer stärkeren Auseinandersetzung mit Tagespolitik und aktuellen gesellschaftlichen Ereignissen. Die sozialen Medien, die junge Menschen täglich mit neuen Informationen konfrontieren, verstärken diesen Bedarf zusätzlich. Der Abgleich mit den österreichweiten Studien verdeutlicht, dass dieser Befund nicht nur für die hier untersuchte Gruppe gilt, sondern sich auch im größeren Kontext bestätigt.

Ein weiterer limitierender Faktor betrifft die gewählte Erhebungsmethode. Die Befragung liefert wertvolle Einblicke in Einstellungen und Wahrnehmungen, sie kann jedoch nur bedingt Aufschluss über langfristige Entwicklungen oder tatsächliches Handeln geben. Subjektive Einschätzungen der Jugendlichen sind zudem anfällig für Verzerrungen wie soziale Erwünschtheit oder selektive Erinnerung. Darüber hinaus berücksichtigt die Arbeit in erster Linie die Perspektive der Jugendlichen selbst. Andere wichtige Akteurinnen und Akteure, wie zum Beispiel Eltern oder Vertreterinnen und Vertreter der Bildungspolitik, konnten nicht systematisch einbezogen werden. Ihre Sichtweisen könnten jedoch zu einem umfassenderen Verständnis beitragen. Schließlich ist zu betonen, dass es sich bei den Ergebnissen um eine Momentaufnahme handelt. Politische Bildung und Mediennutzung unterliegen einem ständigen gesellschaftlichen und technologischen Wandel. Die Befunde sind daher zeitgebunden, aber durch den Abgleich mit bisherigen Studien im österreichweiten Kontext dennoch plausibel und in Ansätzen verifizierbar.

6.2 Handlungsempfehlungen

Die vorliegenden empirischen Ergebnisse verdeutlichen, dass Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren ein grundsätzliches Interesse an politischen Themen zeigen. Gleichzeitig zeigen sich aber auch große Unsicherheiten und Wissenslücken, vor allem bei den Themen institutionelle Strukturen, wie man mitmachen kann und dem Umgang mit digitalen Informationsquellen. Die schulische politische Bildung wird von vielen zwar als wichtig anerkannt, jedoch häufig als theorielastig, wenig lebensnah und nicht ausreichend wirksam wahrgenommen. Besonders hervorzuheben ist die dominierende Rolle sozialer Medien bei der politischen Meinungsbildung junger Menschen. Plattformen wie Instagram oder TikTok haben großen Einfluss auf die Wahrnehmung politischer Inhalte. Oft haben diese Kanäle aber keine guten Möglichkeiten, die

Qualität und den Kontext dieser Inhalte zu prüfen. Im Vergleich verlieren klassische Bildungsformate wie der Fachunterricht oder traditionelle Medien zunehmend an Relevanz.

Aus diesen Befunden ergibt sich ein deutlicher Handlungsauftrag für bildungspolitische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, schulische Institutionen sowie die Lehrkräfteausbildung: Politische Bildung muss neu gedacht und an die medialen, sozialen und kognitiven Lebenswelten Jugendlicher angepasst werden. Ziel der folgenden Empfehlungen ist es daher, konkrete Maßnahmen aufzuzeigen, wie politische Bildung in Schule und darüber hinaus wirksam, partizipativ und zukunftsorientiert gestaltet werden kann, um junge Menschen in ihrer Rolle als aktive, informierte und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu stärken.

6.2.1 Empfehlungen für die schulische politische Bildung

Politische Bildung sollte im schulischen Kontext nicht als isoliertes Fachgebiet verstanden werden, sondern als eine zentrale Bildungsaufgabe mit fächerübergreifender Relevanz. Es ist daher empfehlenswert, politische Bildung systematisch und verbindlich im Curriculum zu verankern, und zwar über das Fach „Geschichte und Politische Bildung“ hinaus. Auch in anderen Unterrichtsgegenständen wie Deutsch (z. B. Argumentation, Medienanalyse) oder Geografie (z. B. politische Räume, Machtstrukturen) können politische Inhalte sinnvoll integriert und vertieft werden.

Darüber hinaus sollte die zur Verfügung stehende Unterrichtszeit für politische Bildung erweitert und langfristig abgesichert werden. Politische Bildung benötigt Raum für Diskussion, Reflexion und Anwendung, insbesondere dann, wenn sie nicht nur Faktenwissen vermitteln, sondern auch politische Urteilsfähigkeit und Teilhabekompetenz fördern soll. Zentral ist zudem, dass die politische Bildung stärker an die Lebenswelt von Schülerinnen und Schülern anknüpft. Gesellschaftlich relevante Themen wie Klimaschutz, Digitalisierung, soziale Gerechtigkeit, Migration oder Gleichstellung bieten hierfür geeignete Anknüpfungspunkte. Sie ermöglichen nicht nur eine bessere Identifikation, sondern fördern auch die Bereitschaft zur aktiven Auseinandersetzung mit politischen Fragestellungen.

6.2.2 Didaktische Empfehlungen für den Unterricht

Die Auswertung der Befragung zeigt, dass viele Jugendliche den Politikunterricht als zu theoretisch und wenig praxisorientiert erleben. Um diesem Befund zu begegnen, sollte die politische Bildung stärker auf partizipative, erfahrungsbasierte und interaktive Lernformen setzen.

Dazu zählen insbesondere:

- Planspiele, die Entscheidungsprozesse auf kommunaler, nationaler oder europäischer Ebene simulieren,
- Schulinterne Jugendparlamente oder Rollenspiele, in denen demokratische Strukturen erlebt werden,
- Diskussionen mit Politikerinnen und Politikern, Journalistinnen und Journalisten oder zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren,
- Projektorientiertes Arbeiten zu politischen Fragestellungen mit lokalem oder regionalem Bezug.

Diese Formate stärken nicht nur das politische Wissen und die Urteilsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern, sondern fördern vor allem das Gefühl von Selbstwirksamkeit – ein zentraler Faktor für langfristige politische Beteiligung. Wer im schulischen Kontext erlebt, dass eigene Ideen gehört und ernst genommen werden, entwickelt mit höherer Wahrscheinlichkeit das Vertrauen in politische Prozesse und die Motivation zur aktiven Mitgestaltung (vgl. hierzu auch den Exkurs „Demokratiebildung by doing“, der diesen Standpunkt beschreibt).

6.2.3 Förderung digitaler Medienkompetenz

Die herausragende Rolle sozialer Medien bei der politischen Meinungsbildung von Jugendlichen erfordert eine konsequente Stärkung ihrer digitalen Medienkompetenz. Plattformen wie Instagram, TikTok oder YouTube prägen nicht nur, wie junge Menschen Informationen aufnehmen, sondern auch, wie sie politische Wirklichkeit wahrnehmen, bewerten und mitgestalten. Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, dass Schülerinnen und

Schüler lernen, digitale Inhalte kritisch zu reflektieren, Informationen zu prüfen und sich sicher in digitalen Diskursräumen zu bewegen.

Politische Bildung sollte daher gezielt folgende Kompetenzen vermitteln:

- Quellenbewertung und Fact-Checking: Erkennen von glaubwürdigen Informationen, Einordnung von Falschmeldungen und gezielter Umgang mit Informationsflut,
- Reflexion über Filterblasen und Algorithmen: Verständnis für die Funktionsweise digitaler Plattformen und deren Einfluss auf die individuelle Meinungsbildung,
- Verantwortungsvolle Nutzung digitaler Räume: Förderung von respektvollem Diskurs, digitaler Zivilcourage und aktiver Teilhabe an demokratischen Prozessen im Netz.

Neben den Jugendlichen selbst müssen auch Lehrerinnen und Lehrer gezielt fortgebildet und befähigt werden, digitale Medien reflektiert und didaktisch sinnvoll in ihren Unterricht einzubinden.

Dafür braucht es:

- Didaktische Konzepte und Unterrichtsmaterialien, die Medienkompetenz systematisch aufbauen,
- Technische Ausstattung und Zugänge, die digitale Bildung im Schulalltag ermöglichen,
- Kooperationen mit externen Expertinnen und Experten, etwa aus Journalismus, Medienpädagogik oder politischer Bildung.

Die Förderung digitaler Medienkompetenz ist damit nicht nur eine pädagogische Aufgabe, sondern auch eine demokratiepolitische Notwendigkeit: Nur wer digitale Inhalte verstehen und einordnen kann, ist in der Lage, sich informiert, kritisch und wirksam an gesellschaftlichen Diskursen zu beteiligen.

6.2.4 Kooperation mit außerschulischen Akteurinnen und Akteuren

Schulen tragen eine zentrale Verantwortung für die politische Bildung junger Menschen. Sie sind jedoch nicht die einzigen Orte, an denen demokratisches Lernen stattfindet. Um Jugendlichen authentische, lebensnahe und handlungsorientierte Erfahrungen politischer Partizipation zu ermöglichen, sind Kooperationen mit außerschulischen Bildungspartnerinnen und -partnern unverzichtbar. Diese externen Lernorte schaffen Zugänge zu gelebter Demokratie, ermöglichen Begegnungen mit gesellschaftlich engagierten Personen und fördern die politische Selbstwirksamkeit der Schülerinnen und Schüler.

Mögliche Kooperationsformate umfassen unter anderem:

- Workshops mit Organisationen, etwa aus den Bereichen Demokratiebildung, Menschenrechte, Antidiskriminierung oder Umweltpolitik,
- Besuche politischer Institutionen, wie Gemeinderat, Landtag, Parlament oder EU-Vertretungen, um politische Abläufe erfahrbar zu machen,
- Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen, wie die heimische Gemeinde, um Partizipation auf kommunaler Ebene zu stärken,
- Teilnahme an regionalen oder bundesweiten Bildungsprojekten, Planspielen oder Wettbewerben mit politischem Bezug.

Solche Kooperationen erweitern das schulische Lernumfeld und eröffnen vielfältige Gelegenheiten zur praktischen Erprobung demokratischer Prozesse. Sie fördern zudem Perspektivenvielfalt, gesellschaftliche Verantwortung und einen direkten Bezug zu politischen Handlungsmöglichkeiten außerhalb des Klassenzimmers. Für eine gelingende Zusammenarbeit braucht es verbindliche Strukturen, wechselseitige Kommunikation und die Bereitschaft, politische Bildung als gemeinsame Aufgabe von Schule und Zivilgesellschaft zu verstehen. Nur durch ein starkes Netzwerk unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure kann politische Bildung nachhaltig und ganzheitlich wirksam werden (vgl. dazu auch den Exkurs zu „Active Civics-Education“, der diese Thematik ebenfalls aufgreift).

6.2.5 Zielgruppenorientierung und Diversität

Die Ergebnisse der Untersuchung machen deutlich, dass politische Bildung nicht alle Jugendlichen gleichermaßen erreicht. Politisch interessierte oder medienaffine Schülerinnen und Schüler partizipieren häufig bereits aktiv. Andere fühlen sich überfordert. Insbesondere politisch unsichere, bildungsbenachteiligte oder weniger selbstbewusste Jugendliche fühlen sich ausgegrenzt oder sie fühlen sich nicht angesprochen. Politische Bildung muss daher stärker auf Heterogenität und Diversität eingehen und zielgruppenspezifisch gestaltet werden.

Konkret bedeutet das, dass ...

- ... niedrigschwellige Formate für politisch unsichere Jugendliche geschaffen werden, die Raum für Fragen, Austausch und individuelle Meinungsbildung bieten, ohne vorausgesetztes Fachwissen.
- ... eine geschlechtersensible Didaktik insbesondere Mädchen und junge Frauen dazu ermutigt, ihre politische Stimme zu finden und sich aktiv einzubringen.
- ... in bildungsbenachteiligten Umfeldern besondere Fördermaßnahmen ergriffen werden müssen, um strukturelle Ungleichheiten nicht zu verstärken, sondern um gezielt politische Bildung und Teilhabechancen zu stärken.
- ... durch den Einbezug unterschiedlicher Lebensrealitäten Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, Geschlechtsidentität, etwaigen Beeinträchtigungen oder ihrem sozialen Status ein gleichberechtigter Zugang zu politischer Bildung ermöglicht wird.

Ziel einer diversitätssensiblen politischen Bildung ist es, alle Jugendlichen in ihrer Individualität ernst zu nehmen, ihnen Zugänge zu demokratischer Teilhabe zu eröffnen und ihnen zu vermitteln, dass ihre Perspektiven und Stimmen in einer pluralistischen Gesellschaft von Bedeutung sind. Nur so kann politische Bildung ihren Anspruch einlösen, Demokratie für alle erfahrbar, gestaltbar und gerecht zu machen.

6.2.6 Fazit der Forschungsergebnisse

Die Ergebnisse dieser Arbeit verdeutlichen klar: Politische Bildung ist nicht nur ein demokratischer Auftrag, sondern entspricht auch einem spürbaren Bedürfnis seitens der Jugendlichen – vorausgesetzt, sie wird lebensnah, interaktiv und partizipativ vermittelt. Die Jugendlichen wünschen sich politische Bildung, die an ihre Lebenswelt anschließt, aktuelle gesellschaftliche Fragen aufgreift und echte Mitgestaltungsmöglichkeiten eröffnet.

Die in diesem Kapitel formulierten Empfehlungen zeigen konkrete Wege auf, wie schulische und außerschulische politische Bildung zukunftsfähig und wirksam weiterentwickelt werden kann. Sie richten sich an Lehrerinnen und Lehrer, Schulentwicklerinnen und Schulentwickler, Bildungspolitikern und Bildungspolitikern sowie jene Akteurinnen und Akteure, die gemeinsam Verantwortung für eine demokratische Erziehung tragen. Ziel muss es sein, junge Menschen darin zu bestärken, ihre Rolle als mündige, informierte und engagierte Demokratinnen und Demokraten selbstbewusst wahrzunehmen, nicht nur im Klassenzimmer, sondern im gesellschaftlichen und politischen Leben insgesamt. Eine starke politische Bildung ist damit nicht nur Bildungsziel, sondern auch eine zentrale Säule demokratischer Resilienz und Zukunftsfähigkeit.

6.3 Resümee der Arbeit

Die vorliegende Forschungsarbeit mit dem Titel **„Zwischen Klassenzimmer und Wahlkabine: Der Einfluss des Unterrichtsfachs Geschichte und Politische Bildung auf die politische Willensbildung Jugendlicher in Österreich“** widmete sich der zentralen Forschungsfrage **„Inwieweit kann die politische Willensbildung von Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 16 und 18 Jahren in Österreich durch schulische Bildung gefördert werden?“** Darüber hinaus wurden ergänzende Unterfragen formuliert, die spezifische Aspekte der politischen Bildung und Partizipation von Jugendlichen beleuchten sollten. Ziel war es, zentrale Defizite wie auch Potenziale schulischer und außerschulischer Angebote zu identifizieren und ihre Wirkung auf die politische Sozialisation zu prüfen. Die Interpretation der Ergebnisse erlaubt es, sowohl bestehende Schwachstellen im Bereich der politischen Bildung aufzuzeigen als auch jene Faktoren zu benennen, die eine wirksame politische Willensbildung unterstützen können. Gleichzeitig wird deutlich, inwiefern schulische

Bildung dazu beiträgt, die politische Partizipation junger Wählerinnen und Wähler im Alter zwischen 16 und 18 Jahren zu fördern und deren demokratische Handlungskompetenz zu stärken.

Die empirische Untersuchung am Wimmer Gymnasium Oberschützen mit über 70 Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren zeigt ein differenziertes Bild: Einerseits bringen Jugendliche ein grundsätzliches Interesse an Politik mit. Viele verfolgen aktuelle Themen über soziale Medien und wünschen sich, dass diese stärker im Unterricht aufgegriffen werden. Andererseits bestehen deutliche Wissenslücken, insbesondere in Bezug auf institutionelle Strukturen, Beteiligungsmöglichkeiten und die kritische Nutzung digitaler Informationsquellen. Diese Ergebnisse decken sich mit österreichweiten Studien, die ähnliche Tendenzen aufzeigen: Jugendliche sind interessiert, fühlen sich aber sowohl in der Schule als auch in außerschulischen Kontexten zu wenig angesprochen. Ein zentrales Ergebnis der Arbeit ist die Erkenntnis, dass schulische politische Bildung von vielen Jugendlichen als zu theorielastig wahrgenommen wird. Sie wünschen sich einen Unterricht, der stärker auf Tagespolitik eingeht, aktuelle Ereignisse diskutiert und mehr Raum für Partizipation eröffnet. Gerade die alltägliche Präsenz politischer Informationen über soziale Medien verstärkt das Bedürfnis nach kritischer Einordnung und Reflexion im Unterricht. Schule wird damit zu einem wichtigen Korrektiv, das Jugendlichen Orientierung, Urteilsfähigkeit und Handlungsoptionen bieten soll.

Die Arbeit verdeutlicht außerdem, dass politische Bildung in ihrer derzeitigen Form vielfach unzureichend verankert ist. Unterschiede in den Lehrplänen zwischen Schultypen und Bundesländern führen zu Ungleichheiten in der politischen Kompetenzentwicklung. Während einige Jugendliche frühzeitig mit politischen Prozessen vertraut gemacht werden, fehlen anderen diese Zugänge. Daraus ergibt sich die bildungspolitische Aufgabe, politische Bildung verbindlicher im Curriculum zu verankern, fächerübergreifend zu gestalten und mit ausreichend Ressourcen auszustatten. Darüber hinaus ist zu betonen, dass bestimmte Aussagen der Schülerinnen und Schüler nicht nur als reine Befunde, sondern auch als Kritik und Anregung für den aktuellen Unterricht verstanden werden können. Immer wieder wurde der Wunsch nach „mehr“ politischer Bildung und einem stärkeren Einbezug der Tagespolitik geäußert. Gleichzeitig ist dieser Wunsch nicht eindeutig zu interpretieren: Was genau bedeutet „mehr“ in diesem Zusammenhang? Welche Vorkenntnisse bringen die Jugendlichen mit, und wie gut sind sie in der Lage, Informationen kritisch einzuordnen? Diese Fragen verdeutlichen die

Komplexität des Themas und machen klar, dass der bloße Ruf nach mehr politischen Inhalten nicht automatisch zu einer verbesserten politischen Bildung führt.

Gerade im Fach Geschichte und Politische Bildung zeigt sich, dass es nicht allein um die Vermittlung von Fakten geht. Vielmehr lebt ein lebendiger Geschichtsunterricht von Diskussionen, Reflexionen und gemeinsamen Auseinandersetzungen. Geschichte ist ein Denk- und Sprechfach: Schülerinnen und Schüler sollen nicht bloß Inhalte aufnehmen, sondern diese hinterfragen, miteinander ins Gespräch kommen und unterschiedliche Perspektiven einnehmen. Politische Bildung darf daher nicht auf Frontalunterricht reduziert werden, sondern muss einen Raum für kritisches Denken und Dialog eröffnen. Für Lehrkräfte bedeutet dies eine besondere Herausforderung. Um auf Fragen der Jugendlichen eingehen und Diskussionen produktiv leiten zu können, bedarf es eines umfassenden fachlichen Wissens und einer hohen didaktischen Flexibilität. Lehrkräfte müssen in der Lage sein, aktuelle politische Ereignisse mit historischem Hintergrundwissen zu verknüpfen und so Orientierung im Spannungsfeld zwischen Information, Interpretation und Meinungsbildung zu geben. Nur so kann politische Bildung sowohl den Anspruch erfüllen, Wissen zu vermitteln, als auch die Jugendlichen dazu befähigen, eigenständig und kritisch an politischen Diskursen teilzunehmen. Die Ergebnisse der Arbeit haben damit sowohl theoretische als auch praktische Implikationen. Theoretisch leisten sie einen Beitrag zur Diskussion über die Wirksamkeit politischer Bildung im schulischen Kontext und bestätigen bestehende Forschungsergebnisse. Praktisch geben sie Hinweise für eine zeitgemäße Ausgestaltung von Unterricht und Schulkultur, die Jugendliche in ihrer politischen Urteils- und Handlungskompetenz stärkt. Dabei ist zu betonen, dass die Arbeit bestimmten Limitierungen unterliegt. Aufgrund der regionalen und schulformspezifischen Stichprobe können die Ergebnisse nicht repräsentativ für ganz Österreich verallgemeinert werden. Auch berücksichtigt die Studie vorwiegend die Perspektive der Jugendlichen, während andere relevante Akteurinnen und Akteure, etwa Lehrkräfte oder Eltern, unberücksichtigt blieben. Schließlich handelt es sich um eine Momentaufnahme, die in Anbetracht gesellschaftlicher und technologischer Dynamiken regelmäßig neu untersucht werden sollte. In der Folge können die Forschungsfrage und die dazugehörigen Unterfragen wie folgt beantwortet werden:

Zentrale Forschungsfrage

Die Ergebnisse der Arbeit zeigen, dass schulische Bildung einen wesentlichen, aber nicht allein ausreichenden Beitrag zur politischen Willensbildung von Jugendlichen leistet. Das Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung kann Interesse an Politik wecken, Wissen

über demokratische Prozesse vermitteln und Urteilsfähigkeit fördern. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass der Unterricht lebensnah, interaktiv und an aktuellen Themen orientiert gestaltet wird. Während Jugendliche schulische politische Bildung grundsätzlich als relevant anerkennen, kritisieren sie ihre derzeitige Ausgestaltung als zu theoretisch und nicht ausreichend wirksam. Besonders der Wunsch nach einer stärkeren Einbindung von Tagespolitik, Diskussionen und praxisnahen Formaten zeigt, dass politische Bildung nur dann nachhaltig wirkt, wenn sie über die reine Wissensvermittlung hinausgeht und Räume für aktive Auseinandersetzung schafft. Somit kann schulische Bildung die politische Willensbildung junger Menschen entscheidend fördern – vor allem dann, wenn sie mit außerschulischen Angeboten, der Förderung von Medienkompetenz und einer kritischen Reflexion sozialer Medien verbunden wird.

Unterfrage 1

Jugendliche verfügen über ein grundsätzliches Interesse an Politik, weisen jedoch deutliche Wissenslücken auf, vor allem im Hinblick auf institutionelle Strukturen, konkrete Beteiligungsmöglichkeiten und die kritische Einordnung von Informationen.

Unterfrage 2

Der Unterricht wird von vielen als wichtig anerkannt, jedoch zugleich als zu theorielastig, wenig lebensnah und in seiner Wirksamkeit begrenzt wahrgenommen. Es fehlt häufig an Bezug zu aktuellen Themen und an Raum für Diskussion und Partizipation.

Unterfrage 3

Ein vorhandenes Interesse am Fach stärkt die Bereitschaft, sich mit Politik auseinanderzusetzen und politische Urteilsfähigkeit zu entwickeln. Besonders wenn Unterricht lebensnah, interaktiv und partizipativ gestaltet ist, trägt er entscheidend zur politischen Willensbildung bei.

Es konnte festgestellt werden, dass Jugendliche grundsätzlich bereit sind, sich auf politischem Wege zu engagieren. Dies setzt jedoch voraus, dass die Schule ihnen entsprechende Räumlichkeiten und Möglichkeiten bietet. Eine auf Partizipation und Zukunftsorientierung ausgerichtete, lebendige politische Bildung ist ein zentraler Beitrag zur Stärkung demokratischer Resilienz und gesellschaftlicher Teilhabe.

7. Quellen- und Literaturverzeichnis

7.1 Primärquellen

Bohrn, K., & Zandonella, M. (2023). *Junge Menschen & Demokratie in Österreich 2023*. Wien: SORA Institut. Im Auftrag des Österreichischen Parlaments.

Bundesregierung Österreich. (2025). *Jetzt das richtige tun. Für Österreich: Regierungsprogramm 2025-2029*.

Krammer, R. (2008). *Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen: Ein Kompetenz-Strukturmodell. Ein Projekt im Rahmen der Demokratie-Initiative der Bundesregierung*. Pädagogisches Institut des Bundes. https://www.politiklernen.at/dl/qlulJKJKoLnJqx4KooJK/Krammer_Kompetenz-Strukturmodell.pdf

RIS (Rechtsinformationssystem des Bundes). (2025, 15. April). *Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen (Fassung vom 15.04.2025)* (S. 197–205). <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>

RIS (Rechtsinformationssystem des Bundes). (2025, 15. April). *Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – Handelsakademie und Handelsschule (Fassung vom 15.04.2025), Politische Bildung und Geschichte (Wirtschafts- und Sozialgeschichte)* (S. 85–87). <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008944>

RIS (Rechtsinformationssystem des Bundes). (2025, 27. Mai) *Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Schulorganisationsgesetz (Fassung vom 27.05.2025)* (S. 2–34) <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009265>

Seite „Grundsatzprogramm NEOS“. In: neos.eu, online unter: <https://www.neos.eu/programm/wahlprogramme-und-beschluesse> (02.06.2025).

Seite „Grundsatzprogramm ÖVP“. In: dievolkspartei.at, online unter: <https://www.dievolkspartei.at/Programme-Statuten-Logos> (02.06.2025).

Seite „Grundsatzprogramm SPÖ“. In: spoe.at, online unter:
<https://www.spoe.at/?s=Parteiprogramm> (02.06.2025).

7.2 Sekundärliteratur

7.2.1 Bücher (Monographien)

- Achour, S., Busch, M., Massing, P., & Meyer-Heidemann, C. (2020). *Wörterbuch Politikunterricht*. Wochenschau Verlag.
- Achour, S., & Wagner, S. (2019). *Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Ammerer, H., & Windischbauer, E. (2011). *Kompetenzorientierter Unterricht in Geschichte und Politische Bildung: Diagnoseaufgaben mit Bildern*. Verlag Österreich.
- Ammerer, H., Geelhaar, M., & Palmstorfer, R. (2022). *Demokratie lernen in der Schule: Politische Bildung als Aufgabe für alle Unterrichtsfächer*. Waxmann.
- Bortz, J., & Döring, N. (2006). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler* (4. Aufl.). Springer Medizin Verlag.
- Detjen, J., Massing, P., Richter, D., & Weißenö, G. (2012). *Politikkompetenz – ein Modell*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-00785-0>
- Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE). (2004). *Anforderungen an nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der politischen Bildung an Schulen: Ein Entwurf* (2. Aufl.). Wochenschau Verlag.
- Hellmuth, T., & Klepp, C. (2010). *Politische Bildung*. Verlag J. B. Metzler.
- Hussy, W., Schreier, M., & Echterhoff, G. (2013). *Forschungsmethoden in Psychologie und Sozialwissenschaften für Bachelor* (2. Aufl.). Springer.
- Kromrey, H. (2009). *Empirische Sozialforschung* (12. Aufl.). Lucius & Lucius.
- Kromrey, H., Roose, J., & Strübing, J. (2016). *Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung mit Annotationen aus qualitativ-interpretativer Perspektive* (13. Aufl.). UVK Verlagsgesellschaft.

- Kubinger, K. D. (2003). Gütekriterien. In K. D. Kubinger & R. S. Jäger (Hrsg.), *Schlüsselbegriffe der Psychologischen Diagnostik* (S. 195–204). Beltz PVU.
- Kuckartz, U., & Creswell, J. (2014). *Mixed Methods: Methodologie, Forschungsdesigns und Analyseverfahren*. Springer VS.
- Litz, H. P., & Rosemann, G. (2010). *Qualitativ-analytische Forschungsmethoden in den Wirtschaftswissenschaften*. Carl von Ossietzky Universität.
- Luksik, S., & Wonisch, R. (o. J.). *Einige Meilensteine der politischen Bildung in der Zweiten Republik* [PowerPoint-Präsentation]. Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB).
- Meyer, D., Hilpert, W., & Lindmeier, B. (2020). *Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung* (Schriftenreihe Band 10230). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Mitnik, P., Lauss, G., & Schmid-Heher, S. (2018). *Was darf politische Bildung? Eine Handreichung für LehrerInnen für den Unterricht in politischer Bildung* (1. Aufl.). Zentrum für Politische Bildung, Pädagogische Hochschule Wien.
- Moosbrugger, H., & Kelava, A. (2012). *Testtheorie und Fragebogenkonstruktion* (2. Aufl.). Springer-Verlag. <https://doi.org/10.1007/978-3-642-20072-4>
- Praprotnik, K., & Perlot, F. (2022). *Das politische System Österreichs: Basiswissen und Forschungseinblicke*. Böhlau Verlag.
- Reinhardt, S. (2022). *Handbuch Politikdidaktik*. Springer VS.
- Reinhardt, S., & Richter, D. (2021). *Politikmethodik*. Springer VS.
- Röbken, H., & Wetzel, K. (2017). *Qualitative und quantitative Forschungsmethoden*. Carl von Ossietzky Universität.
- Sander, W. (2009). Kompetenzen in der politischen Bildung – eine Zwischenbilanz. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)*, 38(3), 293–307.
- Weißeno, G., & Ziegler, B. (2022). *Handbuch Geschichts- und Politikdidaktik*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-29668-1>
- Zandonella, M., & Ehs, T. (2020). *Die Auswirkungen von sozialer Ungleichheit auf die Demokratie*. SORA.
- Zeilner, F. (2011). *Geschichte der politischen Bildung in Österreich als Unterrichtsprinzip und als Unterrichtsfach*. Peter Lang.

7.2.2 Beiträge in Sammelbänden

- Bertelmann, L., Düber, M., & Rohrmann, A. (2020). Inklusive politische Bildung durch Teilhabe und Einmischen. In D. Meyer, W. Hilpert & B. Lindmeier (Hrsg.), *Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung* (S. 76–84). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hellmuth, T. (2023). Politische Bildung und/oder Demokratiebildung? In *Informationen zur Politischen Bildung*, 50, 18–24. Forum Politische Bildung. <https://www.politiklernen.at/site/publikationen/informationen/50/article/1237.html>
- Hellmuth, T. (2022). Politische Bildung in Österreich. In W. Sander & K. Pohl (Hrsg.), *Handbuch Politische Bildung*. Wochenschau Verlag.
- Kelle, U. (2022). Mixed Methods. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 163–175). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37985-8_9
- Mayring, P., & Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (2., vollständig überarb. & erw. Aufl., S. 633–648). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21308-4_42
- Rudolf, B. (2017). Teilhabe als Menschenrecht – eine grundlegende Betrachtung. In E. Diehl (Hrsg.), *Teilhabe für alle!? Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation* (S. 13–43). Selbstverlag.
- Wehling, H. G. (2016). Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. In B. Widmaier & P. Zorn (Hrsg.), *Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung* (S. 19–27). Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG.

7.2.3 Berichte und Dokumente von Organisationen

- Bundesministerium für Bildung und Frauen. (2015). *Unterrichtsprinzip Politische Bildung: Grundsatz erlass 2015*. <https://www.bmbwf.gv.at>
- Bundesministerium für Bildung und Frauen. (2016). *Kommentar zum Lehrplan der Neuen Mittelschule und der AHS-Unterstufe: Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung*. <https://www.bmbwf.gv.at>

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung. (2021, 25. Juni). *Die semestrierte Oberstufe (SOST) kompakt*. Abgerufen am 26. Mai 2025, von <https://www.bmb.gv.at/public.html>

LAG SELBSTHILFE NRW e. V. (2015). *Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen in den Kommunen stärken! Abschlussbericht zum Projekt*. LAG SELBSTHILFE NRW.

7.2.4 Online-Quellen

Bertelsmann Stiftung. (2015). *Nur wer die Wahl hat, muss sich auch entscheiden: Wie „Wählen ab 16“ das politische Interesse Jugendlicher stärkt*. Bertelsmann Stiftung. Abgerufen am 21. März 2025, von https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Studie_Waehlen_ab_16_2015.pdf

Bundesministerium für Inneres. (2024). *Nationalratswahl 2024: Ergebnisse und Informationen*. https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2024/start.aspx

Bundesministerium für Inneres. (2025, 31. März). *Wahlrecht*. In [oesterreich.gv.at](https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/transparenz_und_partizipation_in_der_demokratie/demokratie-und-wahlen/wahlen/1/Seite.320210). Abgerufen am 01.10.2025, von https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/transparenz_und_partizipation_in_der_demokratie/demokratie-und-wahlen/wahlen/1/Seite.320210

DerStandard.at. (2024, 29. Dezember). *Wer wählte wie? Wählergruppen und ihre Motive*. Abgerufen am 23. März 2025, <https://www.derstandard.at/story/2000109168988/wer-waehlte-wie-waehlergruppen-und-ihre-motive>

Filzmaier, P., & Klepp, C. (2009). Mehr als Wählen mit 16: Empirische Befunde zum Thema Jugend und politische Bildung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 38(4), 409–426. Abgerufen am 2. März 2025, von <https://ozp-journal.uibk.ac.at/OEZP/article/download/1308/1003/1300>

Geschichte Kompakt. (2021, 8. März). *Fachdidaktische Prinzipien*. Abgerufen am 22. März 2025, von <https://www.geschichte-abitur.de/geschichtsunterricht/fachdidaktische-prinzipien>

- Kroisleitner, O., & Titze, A. (2024, Juni 16). *Warum die Jungen nicht zur EU-Wahl gingen*. Der Standard. Abgerufen am 03. Juni 2025, von <https://www.derstandard.at/story/3000000224094/warum-die-jungen-nicht-zur-eu-wahl-gingen>
- Stadt Wien. (2023). *Fehlendes Wahlrecht und Demokratiedefizit*. In *Integrationsmonitor 2023 – Gleichstellung & Partizipation*. Abgerufen am 03. Juni 2025, von https://www.wien.gv.at/spezial/integrationsmonitor/gleichstellung-and-partizipation/fehlendes-wahlrecht-und-demokratiedefizit/#chart_id
- Statistik Austria. (2025, 26. Mai). *Statistik des Bevölkerungsstandes: Vorläufige Ergebnisse für den Stichtag 01.04.2025*. Abgerufen am 02. Juni 2025, von <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/bevoelkerung-zu-jahres-/-quartalsanfang>
- Ö3. (2025). *Ö3-Jugendstudie 2025: Lebenswelt und Einstellungen der Generation Z*. Abgerufen am 16. April 2025, von <https://www.oe3jugendstudie.at>
- Parlament Österreich. (2025). *Demokratie Monitor: Jugendliche vertrauen politischen Institutionen immer weniger*. Abgerufen am 16. April 2025, von https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2025/pk0020
- Parlament Österreich. (2025, 5. März). *Welche Bedeutung hat politische Bildung für eine Demokratie?* Abgerufen am 29. April 2025, von <https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/Welche-Bedeutung-hat-politische-Bildung-fuer-eine-Demokratie>
- Parlament Österreich. (o. D.). *Demokratiebildung*. <https://www.parlament.gv.at/erleben/demokratiebildung/>
- Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz. (2024). *Demokratiebildung als Auftrag der Schule*. Abgerufen am 21. März 2025, von https://www.swk-bildung.org/content/uploads/2024/06/SWK-2024-Stellungnahme_Demokratiebildung.pdf
- Universität Wien. (2017). *Studie zum Wahlverhalten junger Menschen in Österreich nach der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre*. Österreichisches Parlament. Abgerufen am 21. März 2025, von https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2017/pk0990

- Wiener Zeitung. (2024, 29. Dezember). *Die Angst vor Politik in der Schule*. Abgerufen am 23. März 2025, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/918171-Die-Angst-vor-Politik-in-der-Schule.html>
- Zeglovits, E., & Zandonella, M. (2013). Wählen mit 16: Jugendliche und Politik in Österreich. *Südosteuropäische Gesellschaft*, 61(4), 460–480. Abgerufen am 21. März 2025, von <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/32285>
- Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule. (o. J.). *Lehrpläne der berufsbildenden Schule – Kaufmännische Schulen - Handelsakademie*. Abgerufen am 22. März 2025, von <https://www.politik-lernen.at/lehrplaene>
- Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule. (o. J.). *Politische Bildung*. Abgerufen am 22. März 2025, <https://www.politik-lernen.at/politischebildung>

7.2.5 Universitätsdokumente

- Röbken, H., & Wetzel, K. (2017). *Qualitative und quantitative Forschungsmethoden*. Carl von Ossietzky Universität.

8. Weitere Verzeichnisse

8.1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Luksik, S., & Wonisch, R. (o. J.). *Einige Meilensteine der politischen Bildung in der Zweiten Republik* [PowerPoint-Präsentation]. Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB), Folie 4.

Abbildung 2: Luksik, S., & Wonisch, R. (o. J.). *Einige Meilensteine der politischen Bildung in der Zweiten Republik* [PowerPoint-Präsentation]. Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB), Folie 17.

Abbildung 3: Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE). (2004). *Anforderungen an nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der politischen Bildung an Schulen: Ein Entwurf* (2. Aufl.). Wochenschau Verlag, S. 13.

Abbildung 4: Detjen, J., Massing, P., Richter, D., & Weißeno, G. (2012). *Politikkompetenz – ein Modell*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-00785-0>, S. 15.

Abbildung 5: Bohrn, K., & Zandonella, M. (2023). *Junge Menschen & Demokratie in Österreich 2023*. Wien: SORA Institut. Im Auftrag des Österreichischen Parlaments, S. 6.

Abbildung 6: Bohrn, K., & Zandonella, M. (2023). *Junge Menschen & Demokratie in Österreich 2023*. Wien: SORA Institut. Im Auftrag des Österreichischen Parlaments, S. 8.

Abbildung 7: Bohrn, K., & Zandonella, M. (2023). *Junge Menschen & Demokratie in Österreich 2023*. Wien: SORA Institut. Im Auftrag des Österreichischen Parlaments, S. 14.

Abbildung 8 bis Abbildung 14: Eigene Darstellungen.

8.2 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Hussy, W., Schreier, M., & Echterhoff, G. (2013). *Forschungsmethoden in Psychologie und Sozialwissenschaften für Bachelor* (2. Aufl.). Berlin/Heidelberg: Springer, S. 26.

Tabelle 2: RIS – Rechtsinformationssystem des Bundes. (2025, 15. April). *Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen* (Fassung vom 15.04.2025) (S. 197–205).
<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568> (Themenbereiche Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung – AHS-Oberstufe, S. 201–205)

Tabelle 3: RIS – Rechtsinformationssystem des Bundes. (2025, 15. April). *Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – Handelsakademie und Handelsschule* (Fassung vom 15.04.2025), *Politische Bildung und Geschichte (Wirtschafts- und Sozialgeschichte)* (S. 83–87).
<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008944> (Lehrstoff Politische Bildung und Geschichte (Wirtschafts- und Sozialgeschichte) – HAK, S. 83–85)

Tabelle 4: Kubinger, K. D. (2003). Gütekriterien. In K. D. Kubinger & R. S. Jäger (Hrsg.), *Schlüsselbegriffe der Psychologischen Diagnostik* (S. 195–204). Beltz PVU, S. 195.

9. Anhang

9.1 Fragebogen

Fragebogen

Zwischen Klassenzimmer und Wahlkabine: Der Einfluss des Unterrichtsfachs Geschichte und Politische Bildung auf die politische Willensbildung Jugendlicher in Österreich

Liebe Teilnehmerin und lieber Teilnehmer,

im Rahmen meiner Masterarbeit untersuche ich, inwieweit schulische Bildung zur politischen Willensbildung von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren beiträgt. Deine Antworten werden anonym ausgewertet und dienen ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken.

Die Beantwortung dauert ca. 30 Minuten.

Vielen Dank für deine Unterstützung!

** Gibt eine erforderliche Frage an*

1. 1. Demographische Daten *

1. Alter (Einzelauswahl)

Markieren Sie nur ein Oval.

- ☐ 15 Jahre
- ☐ 16 Jahre
- ☐ 17 Jahre
- ☐ 18 Jahre
- ☐ älter

2. 1. Demographische Daten *

2. Geschlecht (Einzelauswahl)

Markieren Sie nur ein Oval.

- ☐ Männlich
- ☐ Weiblich
- ☐ Divers

3. **2. Politisches Interesse und Informationsquellen ***

3. Wie interessiert bist du an politischen Themen? (Skala von 1-4, 1 = gar nicht interessiert, 4 = sehr interessiert)

Markieren Sie nur ein Oval.

1 2 3 4

gar ☐ ☐ ☐ ☐ sehr interessiert

4. **2. Politisches Interesse und Informationsquellen ***

4. Wie häufig informierst du dich über politische Ereignisse? (Einzelauswahl)

Markieren Sie nur ein Oval.

- ☐ Täglich
- ☐ Mehrmals pro Woche
- ☐ Einmal pro Woche
- ☐ Seltener
- ☐ Nie

5. **2. Politisches Interesse und Informationsquellen ***

5. Welche Informationsquellen nutzt du am häufigsten für politische Themen? (Mehrfachauswahl möglich)

Wählen Sie alle zutreffenden Antworten aus.

- ☐ Fernsehen
- ☐ Zeitungen
- ☐ Soziale Medien (Instagram, TikTok, etc.)
- ☐ Schule
- ☐ Familie und Freunde

6. **2. Politisches Interesse und Informationsquellen ***

6. Nenne drei politische Begriffe, die du erklären kannst, und erkläre diese.
(Offene Frage)

7. **3. Politisches Wissen & Kompetenzen ***

7. Welche Prinzipien des Wahlrechts gibt es in Österreich?
(Mehrfachauswahl möglich)

Wählen Sie alle zutreffenden Antworten aus.

- ☐ Allgemeines Wahlrecht
- ☐ Geheimes Wahlrecht
- ☐ Religiöses Wahlrecht
- ☐ Freies Wahlrecht
- ☐ Direktes Wahlrecht

8. **3. Politisches Wissen & Kompetenzen ***

8. Welche der folgenden Aufgaben gehören zu den Befugnissen des Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin? (Mehrfachauswahl möglich)

Wählen Sie alle zutreffenden Antworten aus.

- ☐ Ernennung der Bundesregierung
- ☐ Auflösung des Nationalrats
- ☐ Gesetzesvorschläge einbringen
- ☐ Oberbefehl über das Bundesheer
- ☐ Beschluss von Steuersätzen

9. **3. Politisches Wissen & Kompetenzen ***

9. Was ist der Unterschied zwischen einer EU-Verordnung und einer EU-Richtlinie? (Einzelauswahl)

Markieren Sie nur ein Oval.

- ☐ Eine Verordnung gilt direkt in jedem EU-Staat, eine Richtlinie muss erst in nationales Recht umgesetzt werden.
- ☐ Beide sind identisch und gelten sofort in jedem EU-Staat.
- ☐ Eine Richtlinie gilt für alle Mitgliedsstaaten sofort und direkt, eine Verordnung ist freiwillig.
- ☐ Ich weiß es nicht.

10. **3. Politisches Wissen & Kompetenzen ***

10. Welche staatlichen Ebenen sind für folgende Bereiche zuständig?

(Zuordnung: Bund, Länder, Gemeinden, EU)

- Schulrecht
- Umweltgesetzgebung
- Verkehrsrecht
- Außenpolitik
- Abfallentsorgung

11. **4. Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung ***

11. Welche Faktoren beeinflussen deine politische Meinung am stärksten?
(Mehrfachauswahl möglich)

Wählen Sie alle zutreffenden Antworten aus.

- ☐ Eltern & Familie
- ☐ Freundeskreis
- ☐ Lehrerinnen und Lehrer in der Schule
- ☐ Mitschülerinnen und Mitschüler in der Schule
- ☐ Medien (Zeitungen, TV, Radio)
- ☐ Soziale Medien

12. **4. Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung ***

12. Welche sozialen Medien beeinflussen deine politische Meinung am stärksten? (Mehrfachauswahl möglich)

Wählen Sie alle zutreffenden Antworten aus.

- ☐ TikTok
- ☐ Instagram
- ☐ YouTube
- ☐ WhatsApp
- ☐ Facebook
- ☐ Snapchat
- ☐ andere

13. **4. Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung ***

13. Inwiefern hat dein Schulunterricht deine politische Meinung beeinflusst? (Skala von 1-4, 1 = gar nicht, 4 = sehr stark)

Markieren Sie nur ein Oval.

	1	2	3	4	
gar	☐	☐	☐	☐	sehr stark

14. **4. Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung ***

14. Hast du das Gefühl, dass politische Diskussionen mit Mitschülerinnen und Mitschülern deine Meinung verändern können? *(Einzelauswahl)*

Markieren Sie nur ein Oval.

- ☐ Ja, oft
- ☐ Ja, manchmal
- ☐ Nein, nie

15. **4. Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung ***

15. Welche politischen Themen fehlen deiner Meinung nach im Unterricht? *(Offene Frage)*

16. **5. Politische Partizipation & direkte Demokratie ***

16. Welche Formen der direkten Demokratie gibt es in Österreich? *(Mehrfachauswahl möglich)*

Wählen Sie alle zutreffenden Antworten aus.

- ☐ Volksbegehren
- ☐ Volksabstimmung
- ☐ Volksbefragung
- ☐ Referendum
- ☐ Bürgerinitiative

17. **5. Politische Partizipation & direkte Demokratie ***

17. Hast du bereits an einer politischen Diskussion oder Debatte teilgenommen? *(Einzelauswahl)*

Markieren Sie nur ein Oval.

- ☐ Ja, in der Schule
- ☐ Ja, im Freundeskreis oder in der Familie
- ☐ Ja, online (z. B. in sozialen Netzwerken)
- ☐ Nein, noch nie

18. **5. Politische Partizipation & direkte Demokratie ***

18. Falls du bereits wählen durftest: Welche Faktoren haben deine Wahlentscheidung beeinflusst? *(Offene Frage)*

19. **6. Fragen für Nichtwählerinnen und Nichtwähler**

19. Falls du nicht gewählt hast, was waren deine Gründe?
(Mehrfachauswahl möglich)

Wählen Sie alle zutreffenden Antworten aus.

- ☐ Kein Interesse an Politik
- ☐ Zu wenig Informationen über Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten
- ☐ Politik hat keinen Einfluss auf mein Leben
- ☐ Ich vertraue keiner Partei
- ☐ Ich durfte noch nicht wählen

20. **6. Fragen für Nichtwählerinnen und Nichtwähler**

20. Würde eine bessere politische Bildung in der Schule dich motivieren, wählen zu gehen? (Einzelauswahl)

Markieren Sie nur ein Oval.

- ☐ Ja, auf jeden Fall
- ☐ Vielleicht
- ☐ Nein

21. **7. Politische Bildung in der Schule ***

21. Findest du, dass dich die Schule ausreichend auf politische Entscheidungen vorbereitet? (Skala von 1-4, 1 = gar nicht, 4 = sehr gut)

Markieren Sie nur ein Oval.

- 1 2 3 4
- gar ☐ ☐ ☐ ☐ sehr gut

22. **7. Politische Bildung in der Schule ***

22. In welchen Fächern hast du bisher etwas über Politik gelernt? (Mehrfachauswahl möglich)

Wählen Sie alle zutreffenden Antworten aus.

- ☐ Geschichte und Politische Bildung
- ☐ Geografie und Wirtschaftskunde
- ☐ Religion
- ☐ Deutsch
- ☐ andere

23. **7. Politische Bildung in der Schule ***

23. Hast du durch schulische Bildung deine politische Meinung geändert oder gefestigt? (Einzelauswahl)

Markieren Sie nur ein Oval.

- ☐ Ja, ich habe meine Meinung geändert.
- ☐ Ja, meine Meinung wurde gefestigt.
- ☐ Nein, meine Meinung hat sich nicht verändert.

24. **7. Politische Bildung in der Schule ***

24. Sollte politische Bildung in Schulen verstärkt behandelt werden? (Einzelauswahl)

Markieren Sie nur ein Oval.

- ☐ Ja, viel mehr
- ☐ Ja, ein wenig mehr
- ☐ Nein, es ist ausreichend
- ☐ Nein, weniger als jetzt

25. **7. Politische Bildung in der Schule ***

25. Was würdest du dir konkret im Unterricht von Geschichte und Politische Bildung wünschen? (Offene Frage)

26. **8. Zusatzfragen**

1. Zusatzfrage: Gibt es eine Frage, die in diesem Fragebogen nicht gestellt wurde, die dir aber besonders wichtig wäre? *(Offene Frage)*

27. **8. Zusatzfragen**

2. Zusatzfrage: Ich finde das Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung ... *(Skala von 1-4, 1 = langweilig, 2 = halbwegs in Ordnung, 3 = interessant, 4 = sehr wichtig)*

Markieren Sie nur ein Oval.

1	2	3	4	
langweilig	☐	☐	☐	sehr wichtig

Google

Formulare

9.2 Forschungsergebnisse

Fragebogen

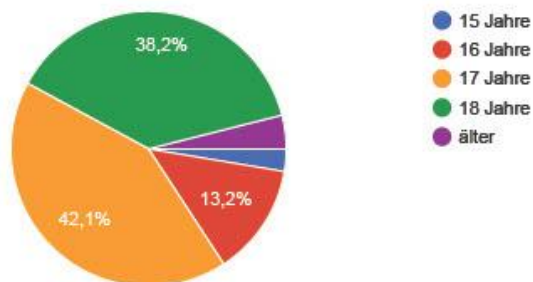
76 Antworten

[Analytics veröffentlichen](#)

1. Demographische Daten

[Kopieren](#)

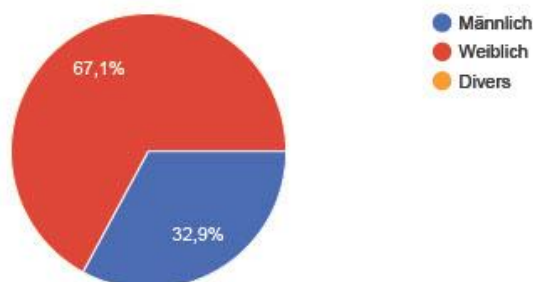
76 Antworten



1. Demographische Daten

[Kopieren](#)

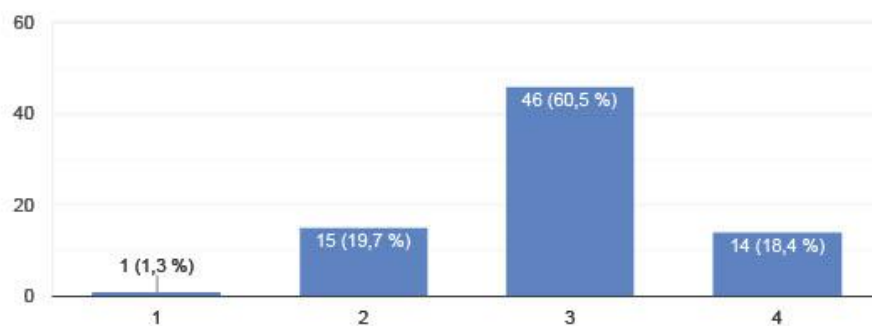
76 Antworten



2. Politisches Interesse und Informationsquellen

[Kopieren](#)

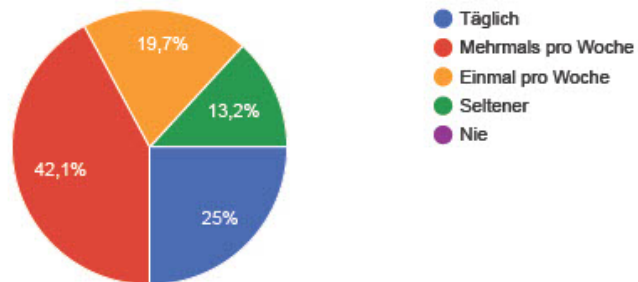
76 Antworten



2. Politisches Interesse und Informationsquellen

 Kopieren

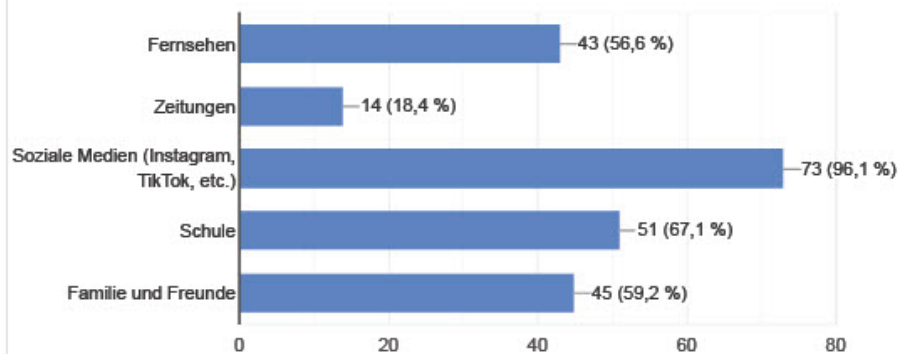
76 Antworten



2. Politisches Interesse und Informationsquellen

 Kopieren

76 Antworten



2. Politisches Interesse und Informationsquellen

76 Antworten

/

Demokratie: Das Recht von jedem bei einer Wahl mitzubestimmen; Landtag: Parlamente der 9 Bundesländer; Absolute Mehrheit: Eine Partei die eine gewissen Anzahl von stimmen hat

Puh keine Ahnung, vllt Wahlrecht -jeder österreichischer Staatsbürger darf in Österreich ab Vollendung des 16. Lebensjahr wählen gehen

Demokratie - Volk hat die „Macht“

Nationalismus - stolz am eigenen Land ist sehr wichtig

Monarchie - Adelsfamilien haben das Bestimmungsrecht

Demokratie: Politisches System, bei dem alle Wahlberechtigten eine Regierung wählen. Das Volk hat die Macht, über die Regierung mitzubestimmen.

Meinungs- & Pressefreiheit: Jeder Mensch darf seine eigene Meinung äußern, ohne dafür bestraft oder ausgegrenzt zu werden. Die Presse darf frei über Themen berichten, ohne vom Staat eingeschränkt zu werden.

Koalition: Zusammenarbeit und Bildung einer Regierung durch zwei oder mehrere Parteien.

Demokratie: Das Volk (alle Bürgerinnen und Bürger) darf entscheiden, also an Wahlen teilnehmen etc. Kurz: Volksherrschaft

Asyl: Ein ausländischer Mensch erhält das unbefristete Aufenthaltsrecht in einem Staat.

Rassismus: Ausländerfeindlichkeit oder Fremdenfeindlichkeit

Direktwahl- Eine Person wird per Wahlzettel direkt für ein Amt gewählt

Demokratie- Das Volk entscheidet (direkt oder indirekt), wer ein gewisses Amt einnehmen darf

Indirektes Wahlrecht- man darf selber, unter gewissen Bedingungen bei Wahlen antreten

Parlament (Bundesregierung etc. trifft sich und diskutiert dort); Bundespräsident (Oberster Chef so zu sagen); Parteien (können gewählt werden und ein paar bilden dann die Regierung)

Demokratie- dass jeder ein Mitsprache Recht hat und jede Meinung gleich viel Wert ist

Parlament- Gesetze werden verhandelt

Koalition - wenn sich mehrere Parteien zusammenschließen um gemeinsam die Mehrheit zu haben

Bundesrat: dort werden Entscheidungen getroffen

Abgeordneter: sitzt im Parlament

Veto Recht: wenn schon nur einer dagegen ist, wird es nicht gemacht

Bundeskanzler: vertretet das Land

Parlament: Sitz der Regierung

EU: Europäische Union

Opposition = Partei, die nicht in der Regierung ist, absolute Mehrheit = eine Partei erhält bei einer Wahl über 50 Prozent der Stimmen, Regierungsbildung = wenn keine Partei über 50



3/36

Prozent der Stimmen hat, wird die Regierung aus mehreren (meistens 2) Parteien gebildet. Diese müssen sich vorerst in den Verhandlungen auf gemeinsame Vorhaben einigen, was einige Zeit in Anspruch nehmen kann

Demokratie: Macht geht vom Volk aus; Korruption: Missbrauch von Geld um Macht zu erlangen; Partei: Politische Fraktion/Organisation/Verein

Allgemeines Wahlrecht: Jeder berechnigte Staatsbürger Österreichs hat das Recht seine Stimme zur Wahl abzugeben.

Absolutismus: Es gibt ein Staatsoberhaupt, das über Vollmacht über das ganze Land verfügt. Der erste absolute Herrscher war Ludwig XIV.

-

Demokratie: Volk bestimmt mit Konservatismus: eher an alte Werte festhalten, Traditionen vertreten Nationalismus: starke und positive Verbindung mit Land, Leute und Tradition

Abgeordnete (Vertreter des Volkes im Parlament), Demokratie (das Volk trifft Entscheidungen im Land), Parlament (Abgeordnete kommen im Parlament zusammen und treffen Entscheidungen,...)

Partei, Wahlen, Demokratie

Deregulierung = Staat greift weniger in den Markt ein; Herdprämie = Frauen, die zuhause bleiben bekommen Geld; Partei = es gibt mehrere derselben zur Auswahl und als WählerIn, sucht man eine dieser raus, sie alle stehen für unterschiedliche Dinge und man kann sie als rechts, mitte, links einordnen

Demokratie: Regierungsform in der die Macht vom Volk ausgeht
Koalition: Bündnis zwischen zwei oder mehreren politischen Parteien
Opposition: die Parteien im Parlament die nicht an der Regierung beteiligt sind

- 1: Koalition -> Bündnis politischer Parteien, um politisch stabile Regierung zu erlangen
- 2: Opposition -> dazu gehören die die nicht in einer Koalition gehören
- 3: Parlament -> Beschlüsse werden beschlossen

Propaganda - Beeinflussung der Meinungen durch gewisse gezielte Werbung, Koalition - Eine Kooperation von zwei oder mehreren Parteien, Wahlannulation - wenn das Ergebnis einer Wahl annulliert wird

Nationalrat: Gesetze werden besprochen und gemeinsam beschlossen, die Sitzanzahl bestimmen die Prozente, welche bei der Wahl erreicht wurden
Koalition: Regierung die aus zwei Parteien besteht
Regierungsbildungsauftrag: gibt der Bundespräsident der Partei nach der Wahl

Nationalrat, Bundesrat, EU Parlament



Demokratie: das Volk darf durch Wahlen mitbestimmen; Föderalismus: Macht ist zwischen Bund und Länder aufgeteilt; Regierung: Minister bilden eine Regierung und entscheiden über wesentliche Bereiche des Staates und lenken diesen

Abgeordnete - Vertreter der Bürger in einem Parlament
Bundesrat - Vertretung der Bundesländer
Gewaltenteilung - Legislative, Judikative, Exekutive -> Macht wird aufgeteilt

Demokratie: Das Volk eines Staates wählt die Regierung
Monarchie: Königs Herrschaft
Aristokratie: Herrschaft der Besten

Demokratische Republik -Staatsform Österreich
Wahlen- in einer Demokratie wird die Bevölkerung befragt
Bundespräsident-Staatsoberhaupt Österreich

Koalition= Zusammenarbeit zwischen Parteien, die die Regierung bilden (über 50 Prozent),
Opposition= Alle Parteien im Parlament ausserhalb der Koalition
Wilde Abgeordnete= Einzelperson im Parlament gehört keiner Partei an

Koalition - Zusammenarbeit von mehreren Parteien in einer Regierung. Opposition - die Parteien, die nicht in der Regierung sind. Demokratie - Regierungsform, bei der die Macht vom Volk ausgeht.

Korruption
fehlende Team Arbeit

Wahlberechtigt: jeder der österreichischer Staatsbürger ist und mindestens 16 Jahre ist
Parlament: Sitz der Regierung
Bundespräsident: hat z.B. die Oberhand über das Heer

Wahllokale (Plätze an die man gehen kann um zu wählen), Bundespräsident (Oberhaupt von Österreich), Nationalrat

Demokratie - Die Macht geht vom Volk aus
Populismus - Einfache Lösungen für schwere Probleme fürs leichtgläubige Volk
Sozialstaat - Staat welcher besonders auf Sicherheit und Gerechtigkeit strebt

Demokratie: Staatsoberhaupt bzw. Regierung wird von Volk gewählt.
Parteien: Vertreten Meinungen und können gewählt werden.
Regierung: Schließt sich nach Wahlen zusammen und regiert den Staat.

Opposition parteien die nicht in der Regierung sind, landtag sitz der Regierung eines Bundeslandes, Parlament sotz der Regierung in Österreich

Demokratie: das Volk entscheidet
Parlament: Sitz der Bundesregierung
Bundesregierung: von Bundespräsidenten ernannt



Wahl -> Volk wählt Parteien für die Regierung
Demokratie -> Macht geht vom Volk aus
Verfassung -> grundlegendes Gesetz eines Staates, auf dem alle anderen Gesetze basieren

Interimsregierung- Regierung, welche die Politik fortsetzt während noch keine Standardmäßige Regierung gebildet wurde

Populismus- mithilfe von dem präsentieren von einfachen lösungen und polarisierender Sprache werden Menschenmengen überzeugt

Gewaltenteilung- ist wichtig für eine funktionierende und sichere Demokratie. Dabei werden die Staatsgewalten in drei geteilt (Exekutive, legislative, Judikative) um zu verhindern, dass es zu Machtmissbrauch kommt.

Demokratie: Volksherrschaft

Gewaltenteilung: Aufteilung der Staatsgewalt in Legislative, Exekutive und Judikative

Partei: eine Gruppe von Menschen mit ähnliche politische Interessen

,

Demokratie (Jeder darf, wenn man eine Staatsbürgerschaft hat, wählen Bsp.: Österreich)

Diktatur (Eine Person oder auch nur eine Partei entscheidet, was im Land geschieht.

Bsp.: Nordkorea)

Migration (Leute, die in ein anderes Land ziehen. Gibt unterschiedliche Gründe dafür)

Parlament- Ort, wo die Gesetze eingenommen wurden.

Partei: mehrere Menschen, die die selben Ziele und Ansichten haben und diese in der Öffentlichkeit vertreten, schließen sich zu einer Partei zusammen

Wahlrecht: Das Recht, wählen gehen zu dürfen

Nationalrat

Korruption: Beeinflussung politischer Geschehnisse durch Kapital

Wahlgeheimnis: jeder Wähler wählt anonym

Migrationsrate: gibt an, wie viele Menschen in einen Staat einwandern und aus einem Staat auswandern

Demokratie: Entscheidungen gehen vom Volk aus, Diktatur: Entscheidung geht von einer einzelnen Person aus Bsp: Hitler, Liberalismus: Freiheit ist hier sehr wichtig

Demokratie: Demokratie ist eine Regierungsform, in der das Volk mitbestimmen kann. Die Bürger wählen Vertreter, die Entscheidungen für das Land treffen.

Partei: Eine Partei ist eine Gruppe von Menschen mit ähnlichen politischen Ideen, die versuchen, Wahlen zu gewinnen und Politik zu gestalten. Bekannte Parteien in Österreich sind z. B. die FPÖ, SPÖ, NEOS oder die Grünen.

Wahl: Eine Wahl ist ein Verfahren, bei dem Menschen durch Abstimmung darüber entscheiden, wer sie vertreten soll.

Opposition: z.B. politische Parteien in dem Nationalrat, die nicht in der Regierung vertreten sind

Öko-Soziale Marktwirtschaft: Das beste Beispiel dafür wäre Österreich. Eine Marktwirtschaft

wo der Preis und die Quantität der Produkte durch Angebot und Nachfrage besteht, es aber einen Fokus auf Umweltschutz und sozial unterprivilegierte Schichten gibt.
Demokratie: Wahlberechtigte Menschen eines Landes entscheiden mit ihren Stimmen mit über das politische Geschehen in dem sie z.B. eine Partei für den Nationalrat wählen.

Regierung: leitet einen Staat

Bundespräsident: Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber des Bundesheeres

Demokratie: das Volk darf über das politische Geschehen mitbestimmen

Aktives und passives wählen, wenn man selbst wählt oder gewählt wird

Aktives, passives wählen → wenn man jemanden wählt oder gewählt wird

Demokratie: Regierungsform, wo Volk wählen darf/direkt gewählt wird

Wahl-man gibt eine Stimme für die bevorzugte Partei ab

Bundespräsident-Staatsoberhaupt

Partei-politische Gruppe die bestimmte Ziele verfolgt

Demokratie (freies Wahlrecht von Staatsbürgern und freie Ausübung der Interessen in der Politik)

Wahlrecht (jeder ab 16 darf Wählen wenn man Staatsbürger ist)

Medienfreiheit (die Medien werden nicht zensiert und dürfen frei über alles berichten)

Expertenregierung: Bei Problemen in der Regierungsbildung kann eine Expertenregierung zustande kommen, die von Experten geführt wird

Wahlbeteiligung: Anzahl der Menschen, die sich an einer Wahl beteiligen

Bundespräsident: Vertritt den Staat Österreich(v.d Bellen)

Demokratie: Demokratie ist eine Regierungsform, in der die Macht vom Volk ausgeht. Die Bürger:innen wählen Vertreter:innen, die Entscheidungen im Namen der Gesellschaft treffen. In Österreich gibt es eine parlamentarische Demokratie.

Wahlrecht: Das Wahlrecht ist das Recht der Bürger:innen, ihre politischen Vertreter:innen durch Wahlen zu bestimmen. In Österreich gibt es fünf Prinzipien des Wahlrechts: allgemein, gleich, unmittelbar, persönlich und geheim.

Verfassung: Die Verfassung ist das grundlegende Gesetz eines Staates, das die Rechte der Bürger:innen sowie die Organisation und Aufgaben der Regierung festlegt. In Österreich ist die Bundesverfassung die höchste Rechtsnorm.

konservativ: politische Richtung, die sich auf alte Werte oder anscheinend alte Werte bezieht

liberal: Freiheitsstreben; Neuwahlen: wiederholte Wahl nachdem keine Regierung gebildet werden konnte

Korruption: Kann unterschiedlich zutage treten. Veruntreuung von staatlichen Geldern, oder bei Posten-Vergabe bei der Bekannte ohne Begründung bevorzugt werden.

Propaganda- politische Werbung. (Seit der NS-Zeit negativ behaftet.

Koalitionsgespräche: Wenn zwei oder mehr Parteien versuchen aus den eigenen Wahlprogrammen die gemeinsamen Nenner zu finden bzw. Kompromisse zu finden.



Demokratie=Herrschaft des Volkes, Volk wählt durch freie Wahlen Parteien.
Bundeskanzler=wird vom Bundestag gewählt, sucht Minister/innen aus. Republik=oberste macht= Staatsoberhaupt: wird vom Volk auf bestimmte Zeit gewählt.

Nationalratswahlen (man wählt den Nationalrat), Bundespräsident (Präsident vom Staat), Abgeordnete (werden von jedem Land ins Parlament geschickt)

-

Opposition: Parteien, die nicht Teil der Regierung sind; Koalition: mehrere Parteien regieren miteinander; Abgeordnete: Personen, die im Parlament sitzen und Teil einer bestimmten Partei sind

Wiederwahlen: Wenn nach einer Wahl keine funktionierende Regierung zustande kommt, dann wird in manchen Fällen die Wahl wiederholt.

Abgeordnete: Vertreter*innen der Bürger*innen in einem Parlament

Briefwahl: Wenn ein Wähler oder eine Wählerin am Tag der Wahl nicht ins Wahllokal kommen kann, weil sie zu Urlaub, dienstlich im Einsatz oder anders verhindert ist, kann sie trotzdem per Briefwahl an der Wahl teilnehmen.

Bundespräsident= Staatsoberhaupt eines Landes

Demokratie= das Volk bestimmt

Wahlrecht= hat man ab einem bestimmten Alter, man darf an Wahlen teilnehmen

ich weiß es nicht

Opposition = die momentan nicht regierenden Parteien; Koalition = Zusammenarbeit mehrerer Parteien in der Regierung; absolute Mehrheit = wenn eine Partei bei einer Wahl 50%+ bei einer Wahl hat

Bildungsministerium: Ist für Schulen zuständig / Wahlrecht: Wer in Österreich wählen darf/ Meinungsfreiheit: Jeder darf seine Meinung frei äußern

Demokratie-das Volk entscheidet wer in ein gewisses Amt kommt; Wahlgeheimnis-man wird nicht gezwungen der Öffentlichkeit mitzuteilen wen man gewählt hat; Passives Wahlrecht-Recht das Wahlen teilnehmen darf

Konservatismus - Wenn alte Werte und traditionellen, ohne diese zu Überdenken weitergeführt werden.

Liberalismus - Wenn auf Freiheit und Menschenrechte Wert gelegt wird

Gewaltenteilung (in Legislative, Exekutive und Judikative) damit niemand zu viel Macht hat

Demokratie: jeder in einem Land darf und soll in der Politik mitwirken und jeder hat gleiche Rechte

Rechtsruck: Im Moment gibt es in DE und Österreich einen großen Anteil in der Bevölkerung, der rechtsextreme Parteien wählt und deren Wahlprogramm unterstützt.

Koalition: temporäres Bündnis bspw. politischer Parteien, Abgeordnete: VertreterInnen der BürgerInnen in einem Parlament, Briefwahl: Wähler und Wählerinnen können auch mit einem



Brief an Wahlen teilnehmen

Koalition: Konsens mehrerer Parteien, um auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, damit eine geeignete Regierung für Österreich entsteht.

Demokratie: die Bevölkerung darf ihre Vertreter wählen und es gibt keine einzelne Person zum regieren.

Partei: Eine Gruppe von Personen, die bestimmte Interessen der Bevölkerung vertritt. Es gibt unterschiedliche Parteien für unterschiedliche Interessen.

ÖVP - Partei

Korruption

Alexander van der Bellen - Bundespräsident

1. Gewaltenteilung = Macht wird in drei Teile geteilt (judikative, exekutive, Legislative)
2. Spitzenkandidat = Person, die bei einer Wahl als erste Person antritt (um zum Beispiel Bundeskanzler zu werden)
3. Demokratie = Staatsform, in der die Mehrheit entscheidet und keine Einzelperson, Menschenrechte

Ukraine Krieg (Geldwäscherei, Korruption, Frage der Macht, unschuldige tote); Israel-Palestina (vergessenes Subjekt, unschuldige tote, Kinder im Spiel!!!!); Trump(gute Ansätze, verrückte Denkwiese aber trotzdem wahr, interessante Ziele die er auch durchsetzt nicht wie unsere Geld verrückten Parteien)

- demokratische Republik: alle Wahlberechtigten (16 Jahre, österr. Staatsbürger) können wählen und jede Stimme zählt gleich viel
- Parteien: Gruppierungen, welche jeweils andere Werte vertreten; Man wählt bei Wahlen den kandidierenden Vertreter einer Partei.
- Regierung: Wird vom Bundespräsidenten angelobt

Demokratie=Österreichische Regierungsform

Bundesregierung=Macht die Österreichischen Gesetze

Parlament= Sitz der Regierungsabgeordneten

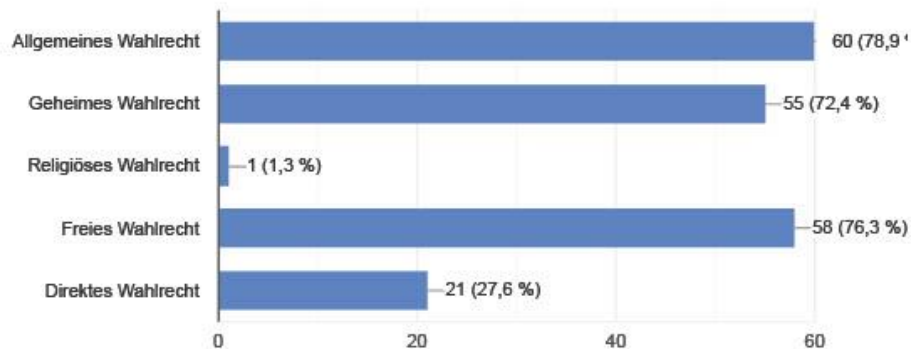
1. Demokratie (Entscheidungen und Macht gehen vom Volk aus)
2. Diktatur (Macht und Entscheidungen gehen von einer einzelnen Person oder Gruppe aus)
3. Wahl (Bevölkerung stimmt beispielsweise für Entscheidungen ab)



3. Politisches Wissen & Kompetenzen

[Kopieren](#)

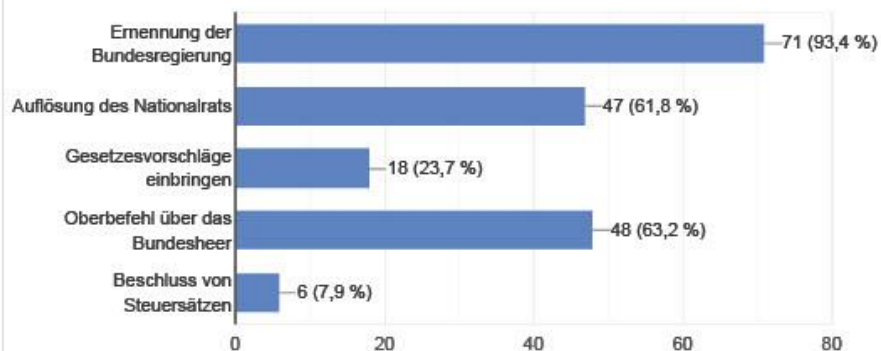
76 Antworten



3. Politisches Wissen & Kompetenzen

[Kopieren](#)

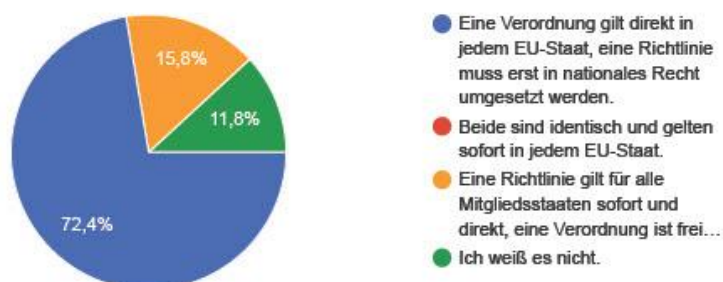
76 Antworten



3. Politisches Wissen & Kompetenzen

[Kopieren](#)

76 Antworten



3. Politisches Wissen & Kompetenzen

76 Antworten

Bund

Gemeinden: Abfallentsorgung ; Länder: Außenpolitik; Bund: Verkehrsrecht, Außenpolitik; EU: Schulrecht

Abfall=gemeinde, Außenpolitik= Eu sonst keine Ahnung

Schulrecht - Bund
Umweltgesetzgebung - Länder
Verkehrsrecht - Länder
Außenpolitik - EU
Abfallentsorgung - Gemeinden

Schulrecht: Bund
Umweltgesetzgebung: EU
Verkehrsrecht: Länder
Außenpolitik: Bund
Abfallentsorgung: Länder

Schulrecht = EU
Umweltgesetzgebung = Bund
Verkehrsrecht = Bund
Außenpolitik = Bund
Abfallentsorgung = Länder

Gemeinden-Abfallentsorgung
Länder-Umweltgesetzgebung, Verkehrsrecht
Bund- Schulrecht, Außenpolitik

Abfallentsorgung-Gemeinden; Außenpolitik-EU; Verkehrsrecht-Länder; Schulrecht-Länder;
Umweltgesetzgebung-Länder

1.Bund 2. EU 3. Länder 4. Bund 5. Gemeinden

Länder EU EU Bund Gemeinden

Schulrecht=Bund
Umweltgesetzgebung=EU
Verkehrsrecht=Bund
Außenpolitik=Länder
Abfallentsorgung=Gemeinden

Genau zuzuordnen ist schwierig, es treffen immer viele Bereiche auf die einzelnen Punkte zu



11/38

-Bildungsministerium
-Umweltministerium
-Verkehrsministerium
-Außenministerium
-Umweltministerium

Schulrecht: EU
Umweltgesetzgebung: Bund
Verkehrsrecht: Länder
Außenpolitik: Bund
Abfallentsorgung: Gemeinden

Schulrecht (Länder), Umweltgesetzgebung (EU), Verkehrsrecht (Länder & Gemeinden),
Außenpolitik (EU & Bund), Abfallentsorgung (Länder)

Bund
EU
Bund
Bund
Gemeinde

Schulrecht: Bund; Umweltgesetzgebung: EU; Verkehrsrecht: Länder; Außenpolitik: EU, Länder;
Abfallentsorgung: Gemeinden

Schulrecht -> Länder
Umweltgesetzgebung -> EU
Verkehrsrecht -> Bund
Außenpolitik -> Bund
Abfallentsorgung -> Gemeinden

Schulrecht, Verkehrsrecht, Außenpolitik

- Bund
- Länder, EU und Bund
- Bund
- EU & Bund
- EU & Bund & Gemeinden

Schulrecht- Bund
Umweltgesetzgebung- EU
Verkehrsrecht- Bund
Außenpolitik- Bund
Abfallentsorgung- Gemeinden

Bund, Länder, Bund, EU, Gemeinden

Schulrecht - Bund
Umweltgesetzgebung - Länder
Verkehrsrecht - Bund / EU



Außenpolitik - Bund
Abfallentsorgung - Gemeinde

Bund: Verkehrsrecht
Länder: Schulrecht, Außenpolitik
Gemeinden: Abfallentsorgung
EU: Umweltgesetzgebung

Schulrecht-Österreich
Umwelt- Bundesland
Verkehr- bundesland
Außenpolitik- Österreich
Abfallentsorgung- Gemeinden

Länder, EU, Bund, Länder, Gemeinde

Schulrecht= Bund
Umweltgesetzgebung= Bund
Verkehrsrecht= Land
Aussenpolitik= EU
Abfallentsorgung= Gemeinden

Bund: Außenpolitik, Verkehrsrecht. Gemeinden: Abfallentsorgung. Länder: Schulrecht,
Verkehrsrecht, Umweltgesetzgebung. EU: Umweltgesetzgebung

-

Bund: Schulrecht, Umweltgesetzgebung EU: Außenpolitik Länder: Verkehrsrecht Gemeinden:
Abfallentsorgung

Bund: Schulrecht, Verkehrsrecht
Länder: Umweltgesetzgebung
Gemeinden: Abfallentsorgung
EU: Außenpolitik

EU: Umweltgesetzgebung
Länder: Außenpolitik und Verkehrsrecht
Gemeinden: Abfallentsorgung
Bund: Schultechnik

Schulrecht (Bund)
Umweltgesetzgebung (Länder)
Verkehrsrecht (Bund)
Außenpolitik (Bund)
Abfallentsorgung (Gemeinden)

Abfallentsorgung gemeinden, Außenpolitik eu, verkehrsrecht länder, umweltgesetzgebung
bund, schulrecht eu



Bund, EU, Länder, Bund, Gemeinden

Schulrecht -> Bund & Länder

Umweltgesetzgebung -> EU & Bund

Verkehrsrecht -> Bund

Außenpolitik -> Bund

Abfallentsorgung -> Gemeinden

Länder: Schulrecht

Bund: Umweltgesetzgebung, Verkehrsrecht, Außenpolitik

Gemeinden: Abfallentsorgung

EU: Umweltgesetzgebung

Schulrecht - EU

Umweltgesetzgebung - Bund

Verkehrsrecht - Bund

Außenpolitik - Bund

Abfallentsorgung - Länder

Länder, Eu

Schulrecht: Bund

Umweltgesetzgebung: EU

Verkehrsrecht: Länder

Außenpolitik: EU

Abfallentsorgung: Gemeinden

Ich weiß nicht

Gemeinden: Abfallentsorgung; EU: Umweltgesetzgebung; Länder: Außenpolitik; Bund:
Schulrecht und Verkehrsrecht

•Bund

•Länder

•EU

•Bund

•Gemeinden

Abfallentsorgung: Land, Schulrecht: Land, Umweltgesetzgebung: EU, Außenpolitik: EU,
Verkehrsrecht: Bund

Schulrecht: Land

Umweltgesetzgebung: Bund, EU

Verkehrspolitik: Bund, Länder

Außenpolitik: Bund

Abfallentsorgung: Gemeinden, Land

1. Bund

2. EU, Länder, Bund



- 3. Bund
- 4. Eu, Bund
- 5. Gemeinden, Bund

Länder, Länder, EU, Länder, Gemeinden

Bund, Gemeinden, Länder, bund, EU

Schulrecht-Bund
 Umweltgesetzgebung-Länder
 Verkehrsrecht-EU
 Außenpolitik-EU
 Abfallentsorgung-Gemeinden

Bund, EU, Länder, Bund, Gemeinde

Bund: Schulrecht, Umweltgesetzgebung, Verkehrsrecht, Außenpolitik
 Land: Umweltgesetzgebung, Abfallentsorgung
 Gemeinde: Abfallentsorgung
 Eu: Umweltgesetzgebung, Außenpolitik

Schulrecht: Bund, Länder

Umweltgesetzgebung: EU, Bund, Länder

Verkehrsrecht: Bund, Länder

Außenpolitik: Bund

Abfallentsorgung: Gemeinden, Länder

Schulrecht: Länder
 Umweltgesetzgebung: EU
 Verkehrsrecht: Bund
 Außenpolitik: Bund
 Abfallentsorgung: Gemeinde

Schulrecht- Länder; Umweltgesetzgebung - EU; Verkehrsrecht - Bund; Außenpolitik- Bund;
 Abfallentsorgung - Gemeinden

Bund: Verkehrsrecht, Länder: Umweltgesetzgebung, Gemeinden: Abfallentsorgung, EU:
 Außenpolitik, Schulrecht

Gemeinde, Bund

Gemeinde: Schulrecht, Abfallentsorgung
 EU: Außenpolitik



Bund: Umweltgesetzgebung
Länder: Verkehrsrecht

Schulrecht: Bund; Umweltgesetzgebung: EU, Bund, Gemeinde; Verkehrsrecht: EU, Bund, Länder;
Außenpolitik: EU, Bund; Abfallentsorgung: EU, Bund, Länder, Gemeinden

Bund: Verkehrsrecht, Außenpolitik
Länder: Schulrecht
Gemeinden: Abfallentsorgung
EU: Umweltgesetzgebung

Schulrecht-Länder, Umweltgesetzgebung-Bund, Verkehrsrecht-EU, Außenpolitik-Länder,
Abfallentsorgung-Gemeinden

Schulrecht-Bund, Umweltgesetzgebung-Länder, Verkehrsrecht Länder, Außenpolitik-Länder,
Abfallentsorgung-Gemeinde

Abfallentsorgung - Bund; Schulrecht - Bund/Land; Umweltgesetzgebung - EU/Bund;
Verkehrsrecht - Bund/EU;Außenpolitik - Bund

Außenpolitik, Schulrecht, Umweltgesetzgebung

Schulrecht-Bund, Umweltgesetzgebung-EU, Verkehrsrecht-Außenpolitik, Abfallentsorgung-
Gemeinde

EU: Umweltgesetzgebung, Abfallentsorgung
Länder: Außenpolitik, Verkehrsrecht
Gemeinden: Schulrecht,

Schulrecht= Bund
Umweltgesetzgebung= Bund
Verkehrsrecht= Land
Abfallentsorgung= Gemeinden
Außenpolitik = Bund

Schulrecht -> Länder, Umweltgesetzgebung -> EU, Verkehrsrecht -> Bund, Außenpolitik ->
Bund, Abfallentsorgung -> Gemeinden

Bund: Verkehrsrecht, Außenpolitik, Schulrecht, Umweltgesetzgebung
Gemeinde: Abfallentsorgung

Abfallentsorgung-Gemeinden
Außenpolitik-Bund
Schulrecht-Länder
Verkehrsrecht-Länder
Umweltschutzgebung-EU

Eu, Länder,Bund,Eu,Gemeinden



1. Bund, 2. EU, Bund, 3. Bund, 4. EU, Länder, 5. Gemeinden

Bildungsministerium, ökosozialer Staat,

Bund: Umweltgesetzgebung, Schulrecht

Länder: Verkehrsrecht

Gemeinden: Abfallentsorgung

EU: Außenpolitik

Schulrecht= Bund, Land

Umweltgesetzgebung=allen

Verkehrsrecht=Bund, Eu,

Außenpolitik=Bund

Abfallentsorgung=allen

Bund: Außenpolitik, Verkehrsrecht

Länder: Schulrecht

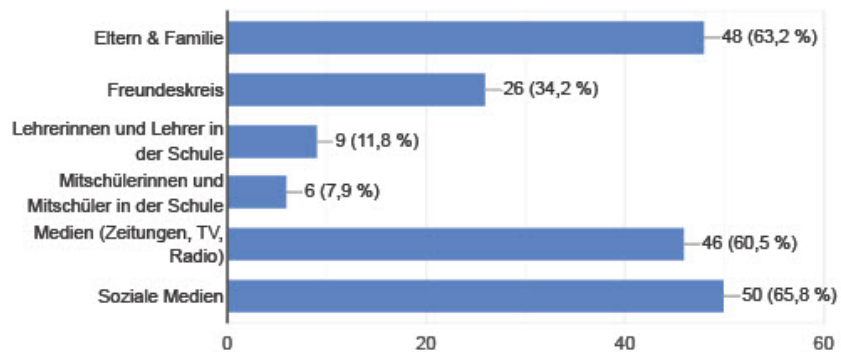
Gemeinden: Abfallentsorgung

EU: Umweltgesetzgebung, Außenpolitik

4. Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung

 Kopieren

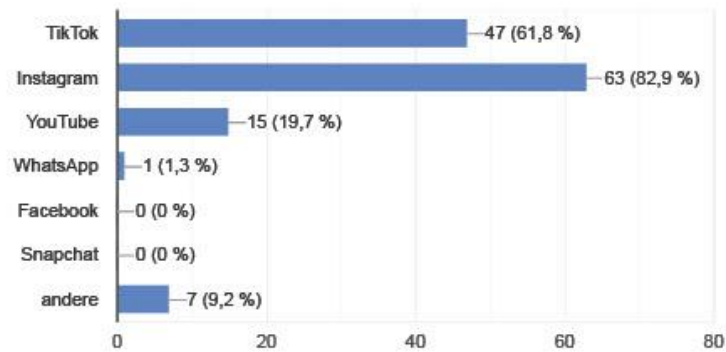
76 Antworten



4. Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung

 Kopieren

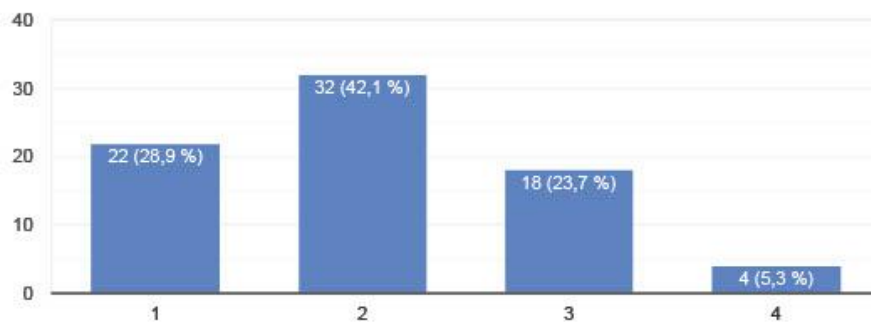
76 Antworten



4. Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung

 Kopieren

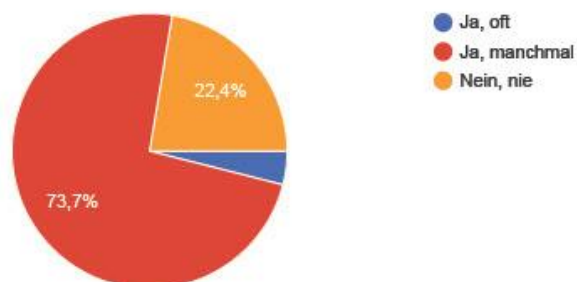
76 Antworten



4. Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung

 Kopieren

76 Antworten



4. Einflussfaktoren auf politische Entscheidungsfindung

76 Antworten

-

Keine

Thematisieren von Links und Rechts - was diese Seiten bewirken

Keine wir haben genug eigentlich

Der Stoff ist manchmal sehr viel, weshalb kaum Zeit bleibt, um die AKTUELLE politische Lage zu betrachten

Mehr über Weltpolitik zu erfahren, Wahlprogramme Österreichischer Parteien Transparent und unvoreingenommen zu „analysieren“

z.B. über die Parteien, wo man sich ab besten über deren Wahlprogramme erkundigt, etc.

Bessere Politische Aufklärung über Parteien, Kandidaten, usw.

Die Wahlen in Österreich

Recht für Schüler

Eventuell geschichtliche Hintergründe der Parteien oder wie die verschiedenen Parteien zu bestimmten Themen stehen

Mehr Umweltkunde/ Einheitlichere und selbstverständlichere Einstellung bezüglich Klimaschutz

Ich finde, dass das Thema des Nationalsozialismus bereits in der Unterstufe genauer behandelt werden sollte. Über den zweiten Weltkrieg habe ich so gut wie nichts gelernt in der Unterstufe.

Ich würde mir wünschen auch mehr über die Politik aus anderen wichtigen Ländern zu lernen.

Rechtliche Angelegenheiten und alle Aspekte des Steuersystems sind sehr wichtig und alltäglich für das Erwachsenenleben. In der Schule werden solche Ratschläge fürs Leben leider selten gegeben.

Anschläge, Terroristische Aktionen

Mehr Aufklärung über die einzelnen Parteien

Oft wird nur die Politik in bestimmten Ländern wie Österreich, Deutschland oder den USA angesprochen. Ich finde, dass man mehrere Länder aufgreifen und über die Politik dort



19/36

sprechen sollte. Mir ist bewusst, dass man nicht alle weltweit besprechen kann, jedoch wäre ein bisschen mehr Variation wünschenswert.

Grundrechte, Digitale Überwachung

/

Ich finde es wird das meiste ganz gut besprochen. Man sollte es nur öfter implementieren.

Der Schulunterricht gleicht meistens nicht einer neutralen Form. Rechte Parteien werden sehr kritisiert und man versucht die Schülerinnen und Schüler davon wegzubewegen. Man wird sehr beeinflusst. Ich bin zwar kein Mensch, der für rechts stimmt, allerdings fällt dies schon sehr auf

Prinzipiell mehr politische Bildung

wichtige politische Organisationen mehr erklären

Vor allem die aktuellen politischen Ereignisse könnten vermehrt im Unterricht eingebracht werden.

Finanzpolitik

alles

Alle, vor allem für was welche Parteien stehen

Aktuelle Themen

In meinem Unterricht keine, aber allgemein denke ich, dass Tagespolitik zu wenig behandelt wird.

Informationen zu Wahlen, generelle Aufklärung

eventuell welche die mehr auf Jugendliche bezogen sind, aber eigentlich keine

Vielleicht ein wenig mehr die vergangenen geschichtlichen Epochen durchgehen, statt wie nur zu überfliegen.

Mehr Diskussionen über die aktuellen politischen Ereignisse.

Die Integration von Jugendlichen in den Gemeinden (Freizeitangebote,...) Löhne, Steuern, Bildungsreformen,...

Frage der Pension, Inflation, Leben wird nicht mehr leistbar

Aktuelle Geschehnisse (zu wenig Geschichtsstunden um das alles unterzubringen)
Russland (Man kennt nur Putin und dass er ned cool ist, aber man behandelt sonst nix darüber



im Unterricht)

Gesellschaftspolitik (Frauenrechte, Rechte für queere Personen, etc.)

Sowohl politische Bildung ans sich (zb:Rechte und Aufgaben verschiedener Positionen in der Politik) als auch Bildung im Bezug auf Vorwissen und Politische Meinung vertreten zu können (zb Wirtschaft&Recht)

alle.

Wahlprogramme der jeweiligen Parteien durchgehen und erklären.

Andere Kriege außer Nahoskonflikt

Vielleicht auch die Politik in anderen Ländern zu außerhalb der EU besprechen

Umwelt, globale politische Ereignisse -> zu Eurozentrisch, Außenpolitik

Aktuelle Themen, die also gerade im Moment passieren. Ich persönlich finde nämlich, dass gewisse gegenwärtige Themen wichtiger sind als vergangene.

Schulsystem

Das meiste ist bei uns gut vertreten

Das Thema Außenpolitik und die momentane Integrationspolitik

Einzelne Parteien aufklären, was sie machen, was ihr Ziel ist

keine

Folgen wenn eine Partei gewinnen würde, grobe Geschichten der Parteien

Dass jede politische Partei/Meinung immer von mehreren Seiten betrachtet werden kann und es nie völlig Richtig oder falsch gibt

Mehr Fokus auf EU, mehr Fokus auf Entwicklungsländer, Grundhaltung der österreichischen Politik d.h. Gewaltenteilung, Rechte, Aufbau, usw

Das bisherige Tun von Parteien

Landwirtschaft, - Bauern,

mehr das Wahlsystem in Österreich durchmachen, das kritische Hinterfragen und reflektieren über Nachrichten in sozialen Medien, auch Außenpolitisch die Parteien (zum Beispiel Deutschland) besprechen.

Aufklärung der Wahlprogramme bzw. der Ziele der einzelnen Parteien bevor man sie wählt.



Es wird zu wenig auf die aktuellen politischen Geschehnisse eingegangen: z.B. die Wahlen in Deutschland, Trump als neuer Präsident, die Frage wie es mit der Ukraine weitergeht, ...

Ich finde, dass politische Themen allgemein zu wenig thematisiert werden. Es ist schwierig sich auf ein Thema, oder manche Themen festzulegen, weil es ebenallgemein zu wenig thematisiert und diskutiert werden.

Parteiprogramme

aktuelle politische Themen der Nachrichten; aktuelle Wahlen aus anderen Ländern

x

Durchgehen der Wahlprogramme der Parteien

Generell die Rolle der Frau

Rechtsextremismus in der heutigen Zeit

Politische Themen, die andere Länder als EU- Länder oder die großen Länder betreffen, von denen man sowieso in den Nachrichten hört. Was ist mit Afrika, Asien, Südamerika?

Grundrechte und Verfassung

Meiner Meinung nach fehlt in unserem Unterricht nichts an politischen Inhalten, da wir einen sehr engagierten Lehrer bezüglich politischer Bildung haben.

Erklärungen für was die einzelnen Parteien stehen

gar keine

Aktuelle Themen, da oft zu wenig Zeit ist (Wegen Maturathemen)

Man schaut sich nicht immer beide Seiten an, man schaut sich nicht immer die eigentlichen Gründe für manche Kriege an und man geht immer sehr emotional und nicht objektiv auf das Thema zu, FAKTEN!

zukunftsbezogene Themen (Inflation, Teuerungen -> immer schwerer, sich ein Leben zu leisten,...)

Generelle Aufklärung welche Partei welche anstrebt verfolgt

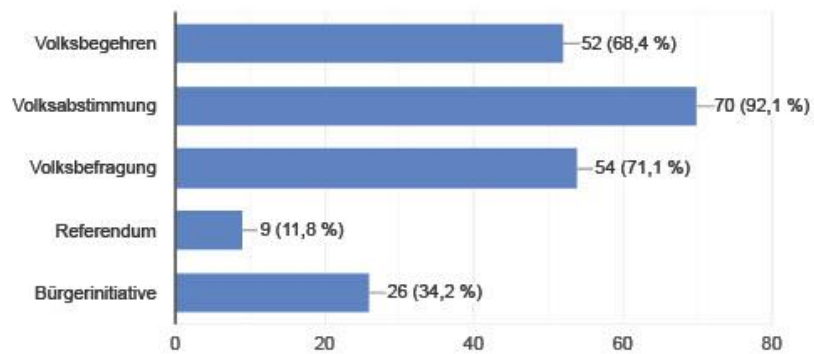
Soziale Gerechtigkeit, Gesundheitsversorgung



5. Politische Partizipation & direkte Demokratie

 Kopieren

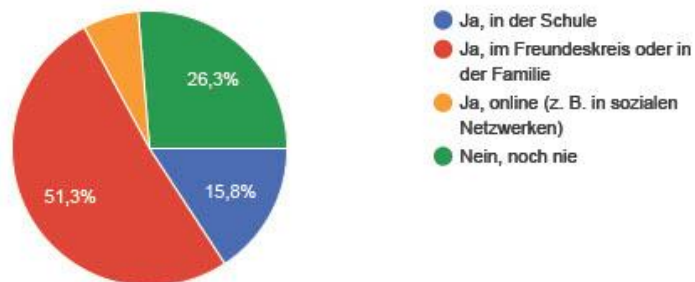
76 Antworten



5. Politische Partizipation & direkte Demokratie

 Kopieren

76 Antworten



5. Politische Partizipation & direkte Demokratie

76 Antworten

-

Zu wissen welche Ziele jede Partei verfolgt

Eltern und Ziele der Parteien

Person, die für die Partei aufgestellt ist; das Wahlprogramm; Meinungen von außen, die die Person „bewerten“

Der Austausch mit der Familie und die Wahlprogramme der Parteien.

Das auftreten der Parteien an die Öffentlichkeit. Wofür die einzelnen Parteien stehen (ihr Wahlprogramm). Welche Partei noch am ehesten Werte vertritt, die ich selber auch vertreten kann.

Umfeld, Medien

durfte noch nicht wählen :)

Welche Ziele die Parteien verfolgen und welche Werte sie vertreten

Durfte noch nicht

Menschenachtung und Gerechtigkeit

Nachrichten in den sozialen Medien, Gespräche und Diskussionen mit meinem Freunden

Familie, Soziale Medien,

Die Ziele der Partei und vor allem die Argumente, wie sie zu ihren Zielen kommen. Ich habe dann geschaut, wessen Ziele am meisten mit meinen Interessen übereinstimmen.

Wirtschaft, Migration, Inflation, Seriosität der Parteien

Medien

Umwelt, Bildung, Gleichberechtigung

Wahlprogramm, Sympathie der Parteien, förderlich für die Zukunft (ja oder nein)

Soziale Medien und Informierung zu den Parteien



24/36

Die aktuelle Lage, die Wahl selbst (EU-Wahl, oder andere etc.) und natürlich die Meinung der Medien und von Freunden

Derzeitige Situation im Land

Social media

Wahlprogramm der Parteien; Spitzenkandidaten; Bildung in der Schule

Ich hab mir ein eigenes Bild über die aktuelle politische Situation gemacht und mich über die einzelnen Parteien informiert. Beeinflusst wurde ich dabei eigentlich nicht.

Meine eigene Meinung, die sich durch das Verarbeiten von Informationen und Fakten entwickelt hat.

die Wahlprogramme der Parteien und die derzeitige Situation in verschiedenen Bereichen (umwelt, bildung,...)

Gleichberechtigung von Frauen, Umwelt, kein Austritt aus der EU, Akzeptanz

Eigene Zukunft, Zukunft des Landes, Umwelt, Gesellschaft

Persönliche Überzeugungen, Unterricht in der Schule (Geschichte), soziale Medien

Die Partei muss meine Werte vertreten können

Für was sich die Partei einsetzt, wem sie vertreten

Themen, die Parteien vertreten, die mir wichtig sind. Außerdem, dass Parteien nicht radikal sind.

Freunde und Familie, wenn sie offen über deren Ansichten reden

Nachrichten (Fernseher, Zeitung, usw.)

Eltern, Familie, schule, eigene Meinung

Aussicht auf eine friedliche, leistbare Zukunft, Gewährleistung der Pension, Friede

Wahlprogramme der Parteien

Auftritt der Parteien in den Medien

Diskussionen & Gespräche mit Familie, Freunden, etc.

Grundlegend bin ich stark beeinflusst von der Idee, dass alle Menschen sich in Österreich verwirklichen können. Darunter ist zu verstehen, dass es für alle Menschen passende maßnahmen gibt, welche das Ziel haben, das Allgemeinwohl in österreich zu verbessern.



Gleichberechtigung, Verhinderung des Eu-Austritts, Akzeptanz verschiedener Bevölkerungsgruppen

Medien (tv, online Zeitschriften), Schule (durch Geschichte) und Familie

Die Ziele der Partei

Das Auftreten der Parteien (Parteimitglieder) und deren Unterschiedlichen Ansätze und Ziele

Grundprinzipien der Parteien, Wahlversprechen -> 80% nichtssagend

Die Meinungen meiner Freunde, die sich meines Wissens nach sehr gut mit Politik auskennen und sich auch viel damit befassen.

1. die Persönlichkeit der Vertreter
2. die Inhalte der Partei, und ob diese für mich überhaupt relevant sind

/

Soziale Medien

Geschwister, Aktive Handeln der Partei

die Einstellung und Ziele der Partei

Sympathie der Kandidaten, Ziele der Partei

Wahlprogramme der Parteien, vergangene Ereignisse, realistische Vorstellungen der Parteien

Eigene Meinung und Interessen, Plan für Zukunft, möglichst gute Repräsentation meiner Ideale über Politik

Umfeld, Verständnis von der Welt um mich

Verlauf des letzten Jahres

meine Interessen und Wünsche für die Politik von Österreich, Pläne die mir wichtig sind auch in meiner Gemeinde umgesetzt werden sollten. Anliegen über die zukünftige Entwicklung in den Bereichen Umwelt, Gemeinde und Soziales.

Familie, Medien,

Gespräche über Politik mit den Eltern

das Auftreten der PolitikerInnen und ihre Glaubwürdigkeit; wie sehr mich das Wahlprogramm angesprochen hat



Am meisten haben mich die Videos der Parteien beeinflusst, aber auch, dass wir die einzelnen Parteien vor der Wahl sehr genau besprochen haben, hat einen großen Einfluss auf meine Wahlentscheidung gehabt.

Wahlprogramm der Parteien, aktuelle politische oder Partei interne Ereignisse

persönliche Meinung

Die Meinung mit Argumenation der Gleichaltrigen; das Auftreten der SpitzenkandidatInnen; das Angebot der Parteien für Jugendliche

Familie

Elefantenrunden, sozial Media

Informieren durch Familie, Internet und Wahlprogramme

Nachrichten, Gesprächsrunden von Politiker/innen im Fernsehen, Gespräche mit meinem Eltern und Freunden

Wahlprogramm der Parteien, was in den Nachrichten berichtet wurde zum Thema Wahlkampf etc.

Die Bereiche, welche von den Parteien vertreten wurden, sowie die einzelnen Persönlichkeiten (diese spielen aber keine ausschlaggebende Rolle)

Familie, Freunde, Soziale Medien

Ich habe mich mit meiner Familie unterhalten und auch die Sozialen Medien verfolgt.

Spitzenkandidaten, Parteiprogramm, aktuelle Lage in Österreich, Äußerungen der Politiker

Hintergrund der Kandidaten

Wahlprogramme, Austausch mit Freunden

Wenige habe mir mit Wahlkabine meine eigene Meinung gebildet

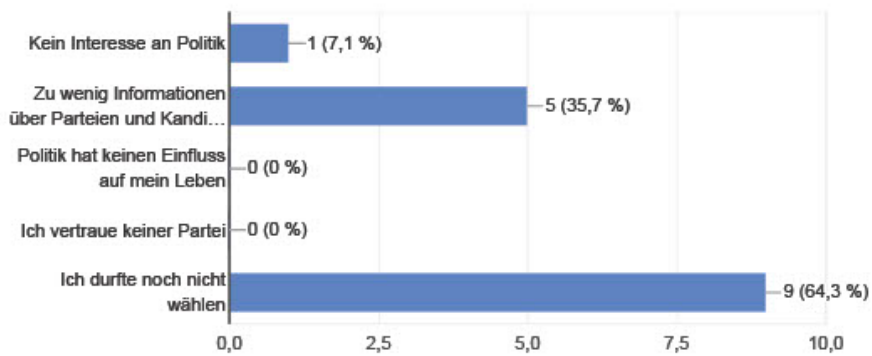
Die Meinungen auf Social Media und die meiner Freunde.



6. Fragen für Nichtwählerinnen und Nichtwähler

[Kopieren](#)

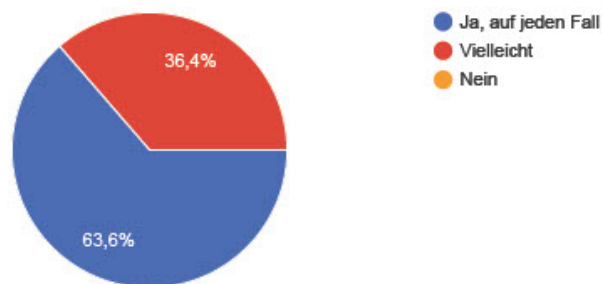
14 Antworten



6. Fragen für Nichtwählerinnen und Nichtwähler

[Kopieren](#)

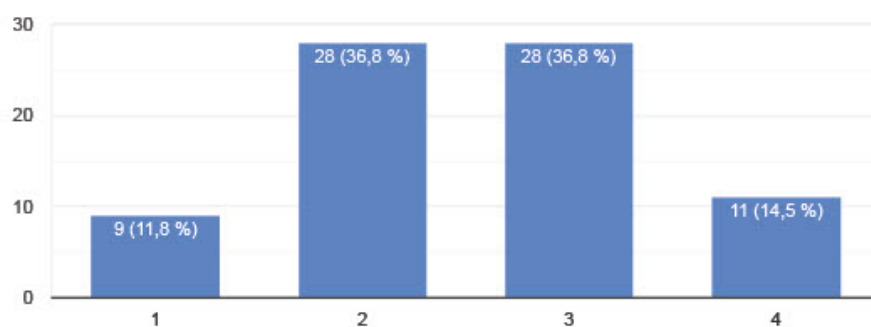
11 Antworten



7. Politische Bildung in der Schule

[Kopieren](#)

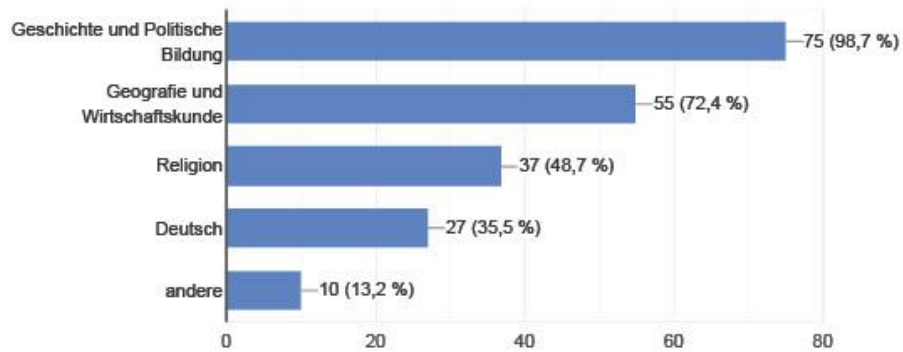
76 Antworten



7. Politische Bildung in der Schule

[Kopieren](#)

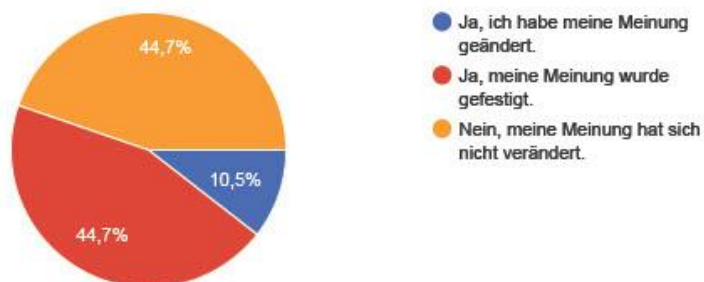
76 Antworten



7. Politische Bildung in der Schule

[Kopieren](#)

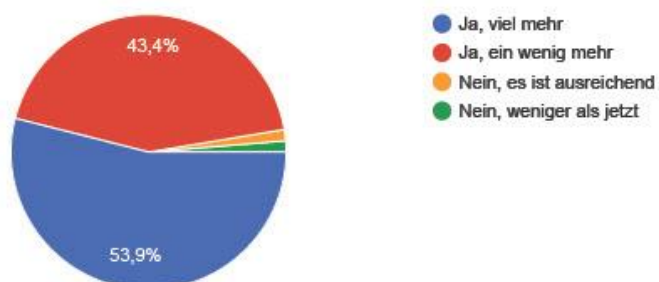
76 Antworten



7. Politische Bildung in der Schule

[Kopieren](#)

76 Antworten



7. Politische Bildung in der Schule

76 Antworten

-

/

Das Lehrer unparteiisch bleiben jedoch auch über Auswirkungen von Links und Rechts reden aber auch über Radikalisierung

Mehr interessante Themen, bessere Gestaltung des Unterrichts

Mehr Thematisierung von aktuellen Themen, mehr Exkursionen (-> mehr Praxis zum Erlernen)

So, wie die politische Bildung bei uns im Unterricht behandelt wird (im Durchschnitt jede Stunde mindestens 15 Minuten, meistens länger), sollte sie an allen Schulen behandelt werden. Ich glaube, dass viele Geschichtslehrer zu sehr auf die vergangenen Ereignisse fixiert sind. Natürlich sind diese auch wichtig, jedoch sollte ein ausgewogener Unterricht stattfinden.

Mehr über Weltpolitik zu erfahren, Wahlprogramme Österreichischer Parteien transparent und unvoreingenommen zu „analysieren“

z.B. über die Parteien, wo man sich ab besten über deren Wahlprogramme erkundigt, etc.

Mehr über Parteien und deren Absichten und Werte lernen

einfach mehr Politik

Wofür steht welche Partei bzw. Wie sieht das Wahlprogramm aus

Im allgemeinen die Themen spannend gestalten und nicht nur die oberflächlichen Informationen vermitteln. In Bezug auf politische Bildung: aktuelle Themen sachlich besprechen oder allgemein über die Politik in Österreich unterrichten, weil sich vielen Jugendlichen nicht auskennen

Über aktuelle Ereignisse am laufenden bleiben und aufgeklärt werden

Dass mehr diskutiert wird und man auch mehr von Gebieten außerhalb Europas lernt. Der Unterricht ist auf die aktuelle Politik leider ziemlich beschränkt auf das eigene Land, über andere wichtige Staaten erfährt man wenig.

erkennbare Neutralität der Lehrpersonen gegenüber den Parteien, Meinungen

Mehr Einblick im Bezug auf Politik in anderen Ländern

Nichts



30/36

Viel Bezug auf die aktuelle politische Lage und Verbindungen zu vergangenen Ereignissen aufstellen.

genaueres Anschauen von Wahlprogrammen, mehr Debatten

Ich würde mir mehr offene Diskussion wünschen, sowohl unter Schülern als auch mit der Lehrperson.

Anderes in den Fokus zu stellen und nicht immer wieder den 2. Weltkrieg

Mehr Diskussionen und Argumente

mehr über Inhalte von Parteien aufklären und über die Personen aufklären, die hinter den Parteien stehen

Behandlung von aktuellen Ereignissen

Mehr auf die aktuellen Geschehnisse in der Politik einzugehen, anstatt auf die Vergangenheit

dass ich mich auskenne und über vieles mehr informiert werde

Mehr über die Parteien lernen

Nicht nur die Basics lernen, sondern auch ab und zu Wissen, was zwar nicht so relevant für die Matura etc. ist aber trotzdem interessant ist, vom Lehrer mitgeteilt bekommen. Sozusagen Side Facts

Viel Diskussionen über die tagespolitischen Geschehnisse in der Welt

Aufklärung

Das mehr darüber gesprochen wird und aufgeklärt wird

nichts, es ist komplett ausreichend wie es ist

Es ist eigentlich ganz in Ordnung, da Tagespolitik einen wesentlichen Teil, bzw fast die gesamten Geschichte Stunden einnimmt.

Beschäftigung mit aktuellen politischen Themen und dass man gemeinsam darüber redet.

Mehr raum für meinungen die nicht die Mehrheit haben, akzeptanz und Verständnis für andere ansichten nicht nur die der lehrer oder der Mehrheit

Dass Aktuelles in Bezug auf unsere Politik vermehrt thematisiert und auch diskutiert wird.
Dass der Unterricht politisch neutral und ohne persönliche Meinung gestaltet wird bzw. keiner wegen seiner persönlichen Ansichten hinuntergemacht oder kritisiert wird.



Diskussionen und Denkanstöße

Von Schulsystem hätte ich gerne eine zusätzliche Unterrichtsstunden in dem Fach. Von GPB würde ich mir wünschen, dass mehr über Tages politische Themen gelehrt und diskutiert wird. Vor allem das Politische System sollte in der Schule beigebracht werden.

Eine genauere Erläuterung der Interessen der Parteien.

Mehr über den 1.&2. Weltkrieg aufklären. Wahlrecht der Frauen mehr bearbeiten.
Generell die Frauenbewegung aufarbeiten.
Abschaffung der Sklaverei.
Menschenrechte

Angeblich hat 1/8 aller Jugendlichen noch nie etwas von Holocaust gehört.

Ich weiß nicht

auch aktuelle Themen zu behandeln, damit man weiß was gerade alles auf der Welt passiert

Globale politische Ereignisse

Bei bevorstehenden Wahlen die Themen der einzelnen Parteien beispielsweise durchgehen, da ich denke, dass man daheim sich eher nicht die Zeit dafür nimmt. Und außerdem mehr aktuelle politische Themen

1. eine Aufbreitung tu allen Inhalten und Themen jeglicher Parteien die uns Beeinflussen
2. eine neutrale Meinung der Lehrer

Debatten und Diskussionen

Wie es dazu kommt, wieso es im allgemeinen, nicht nur in Österreich, drunter und drüber geht

Mehr eingehen auf die Partei, reden anschauen

so viel über Politik zu lernen wie möglich

Genauer auf Thematiken wie Wahlen eingehen und die genauen Ziele der Parteien oder Kandidaten erläutern und mögliche Folgen

Abwegung von Vor und Nachteilen einzelner Institutionen

Mehr Fokus auf EU, mehr Fokus auf Entwicklungsländer, Grundhaltung der österreichischen Politik d.h. Gewaltenteilung, Rechte, Aufbau, usw

Einen Überblick über die Parteien, für was sie stehen und was sie bisher geleistet haben.

Mehr über die Altangspolitik (Gemeinden, Bezirke...) Bürgermeisterwahlen...



klare und eindeutige Erklärung der wichtigsten Begriffe in der Politik. Einfache und verständliche Erklärung von dem politischen Systems Österreichs. Und eher die Basics der Politik mehr zu wiederholen, damit das sitzt anstatt irgendwelche geschichtlich mäßig relevanten Ereignisse. Das heißt mehr politische Bildung und weniger Geschichte.

Ausflüge (zb Parlament,...) weil man so am besten lernt und sich am besten was merken kann

Wirklich mehr über die Politik informiert zu werden. Die einzelnen Parteien durchsprechen, nicht nur oberflächlich behandeln.

Es sollte mehr auf die aktuelle politische Entwicklung auf der ganzen Welt eingegangen werden. Man sollte mehr über politische Themen informieren und diskutieren, um sich so besser eine Meinung bilden zu können. Gerade vor Wahlen kann man sich gemeinsam die Wahlprogramme anschauen und über die unterschiedlichen Aspekte diskutieren.

Ich würde mir konkret wünschen, dass das Thema Politik und alles was in diesem Fall damit verbunden wird und dazugehört, mehr eingebracht wird, um ein besseres Grundwissen aufzubauen. Das sollte auch schon früher starten, und nicht erst in der Oberstufe. Politische Bildung vor allem sollte uns von Beginn an, in einer verständlichen Sprache natürlich, begleiten.

Mehr Informationen zu den einzelnen Parteien -> Parteiprogramme genauer behandeln

mehr und genauer Ausarbeiten

Genauere Verfolgung von aktuellen Wahlen (auch von Wahlen anderer Länder, besonders Länder der EU); das Europäische Parlament bzw Einzelkomponenten der EU genauer besprechen

x

Mehr Information / Aufklärung über die Wahlprogramme / Parteien

Darstellung der Wahlprogramme in verständlicher sprache

Mehr offene Diskurssionen, Möglichkeiten sich auszutauschen

mehr debattieren und diskutieren über die politische Lage weltweit und in Österreich

Ich habe nichts auszusetzen, da wir uns so gut wie jede Stunde mit politischer Bildung beschäftigen, was ich persönlich sehr gut finde.

Mehr über die politische Lage in Generell

Mehr Zeit für aktuelle Themen

Objektive Sichtweise und nicht emotional

Hintergründe zu den Parteien zu erfahren



Mehr allgemeine Aufklärung über die Wahlprogramme viele wissen nicht was sie Wählen.

Mehr Aufklärung über politische Themen.

8. Zusatzfragen

19 Antworten

Nein

/

Nein es wurde alles berücksichtigt

nope :)

sind Lehrer politisch neutral in der Schule?

Nö, war alles top :)

Nein

Welche Themen im Fach Geschichte und politische Bildung gestrichen gehören. Ich finde nämlich, dass man das teilweise an die Interessen und Wünsche der Schüler anpassen sollte

x

Sind Lehrer in der Schule wirklich politisch neutral ?

-

Ob es Personen gibt, die sich eventuell in der Bildungspolitik bereits engagiert haben.

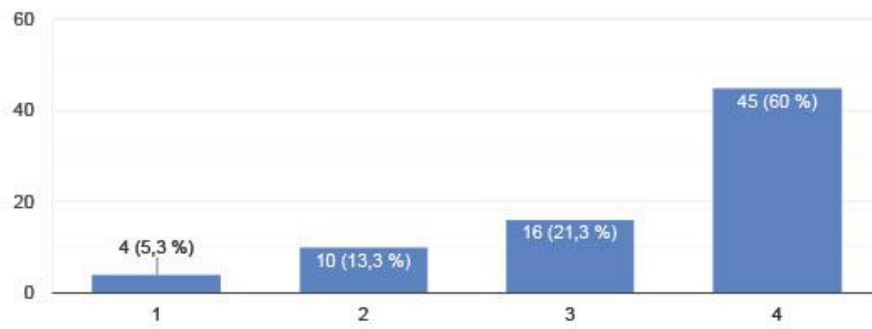
Warum die Politische Bildung nicht ausführlich in der Schule besprochen werden konnte.



8. Zusatzfragen

 Kopieren

75 Antworten



Google Formulare

